

„So macht man bei uns Begeisterung für Heeresvorlagen“ — feuchte mitten in diesen Regierungsvorlesungen voll Verzweiflung ein nationaler Parteiführer. Der Mann hat recht. Der Begeisterungsrausch, der künstlich entfacht, nähert sich schnell dem Gefrierpunkte...

Heber den Verlauf des übrigen Teils der Sitzung wird uns aus dem Bericht des Abgeordneten: Es wurde die Spezialkommission des Militäretats weitergeführt. Genosse Dörflicher verlas in einer eingehenden Darstellung die Ergebnisse, von der die Militärverwaltung gegenüber den Kommunisten Zeugnis ablegt, sobald sie mit ihnen über Abtretung von Zeitungsgebäuden und Erleichterung der oft drückenden Bestimmungen zu verhandeln hat. Er berief sich insbesondere auf das Beispiel von Köln, und wurde von Herrn Trimborn — demselben, den er aus der heiligen Stadt verdrängt hat — unterbrochen. Genosse Dr. Weill gab auf diesen Vorwand die Erläuterungen aus. Er sprach sich für Kenntnis, und wies im übrigen auf die Wirkungen hin, die die Preispolitik der großen Soldaten, mit denen die Militärverwaltung arbeitet, auf die Reichsfinanzen ausübt. Genosse Dr. Weill sprach sich für einen terroristischen Akt der Militärverwaltung gegenüber Arbeiter, die sozialdemokratische Bestimmung verdrängen.

Demnach ist es nach die Ablehnung der militärischen Einmischungen gegen die Stimmen der Rechten, der National-Liberalen und der Fortschrittlichen.

In später Abendstunden war die Beratung des Militäretats beendet.

Deutsches Reich.

Fünfundzwanzigprozentiger Patriotismus.

Die Kalendergeschichte, die das Berliner Tageblatt dieser Tage erzählt hat, erzählt jetzt noch eine niedliche Ergänzung. Wie man sich erinnert, handelte es sich um die Inzeratenschonkerer für ein großes nationales Unternehmen, für das die Herren v. Roedel, Frhr. v. Jeddig, v. Dewig, Graf Westarp, Erzberger und Hubmann verantwortlich zeichneten. Jetzt weiß ein anderes Berliner Blatt von einem Preiswechsel zu berichten, der ebenfalls in Sachen eines nationalen Volkskalenders geführt worden ist.

An eine bekannte vaterländische Buchdruckerei und Verlagsanstalt erging bereits im September vorigen Jahres die Anfrage, unter welchen Bedingungen sie einen durch den Abkender des Schreibens (eine G. m. b. H.) zu vergebenden „Auftrag auf Anfertigung von drei Millionen Kalendern“ herstellen würde. Es könnten nur Ihre allerhöchsten Preise in Anbetracht dieses großen Druckauftrages dienen, und müssen sie berücksichtigen, daß wir bei Auftragserteilung den ganzen anfallenden Rechnungsbetrag hartnäckig deponieren würden, und wir also per Kassa regulieren.“

Dieser Tage später erhielt die Druckerei folgende Karte: Die von Ihnen unterm 12. er. verlangte Karte auf Anfertigung von 3 Millionen Volkskalendern bitten wir uns so zu senden, daß Sie auf Ihre Preise 25 Prozent Zuschlag und uns in einem Separatbrief mitteilen, daß Sie uns auf Ihre notierten Preise 25 Prozent Nachlaß gewähren. (Unterzeichnet.)

Die vaterländische Druckerei reichte wenige Tage später ordnungsgemäß ihren Vorschlag ein, schrieb aber in einem „Separatbrief“ u. a. folgendes:

Es würde unsern Prinzipien entgegen sein, unsere Preise um 25 Prozent höher zu stellen wie nötig. Wir müssen es Ihnen überlassen, dahingehende besondere Wünsche selbst auszusprechen. Seitdem ließ die G. m. b. H. nichts weiter von sich hören!

Alles spricht dafür, daß hier dieselbe Firma in Frage kommt, mit der sich auch das Berliner Tageblatt befaßt hat. Die Geschäftsführung des patriotischen Unternehmens, das unter dem Protektorat der sozialkonservativen Parteien mit Hilfe eines von dem alldeutschen, antihemischen Schriftsteller redigierten Kalenders die Sozialdemokratie vernichten will, verliert sich also ihre Vaterlandsliebe zunächst einmal mit einem unläuteren Zwischengewinn von 25 Prozent der Druckkosten bezahlen zu lassen. Die Rettung des Vaterlandes ist eine so schwierige und mühselige Arbeit, daß der reelle Profit keine entsprechende Gegenleistung darstellt.

Es ist von pikantem Reiz, daß der Preiswechsel von dem Reichshofen, also einem sehr nationalen Blatt, an die Öffentlichkeit gebracht wird. Der deutsche Patriotismus hat wirklich schlechte Tage. Erst die Krupp-Affäre, dann die Abgabe des Herrn v. Helmuth an den Post-Chauvinismus, jetzt die Enthüllung unläuteren Geschäftspraktiken durch den Reichsboten. Was wird nun noch weiter kommen?

Die wütende Post.

Es war zu erwarten, daß die Post die deutschen Worte, mit der der Reichskanzler in der Nordd. Allgem. Ztg. ihren Patriotismus gekennzeichnet hat, mit einer Schimpfkanonade beantworten würde. Wir wollen sie unseren Lesern nicht vorkommen lassen:

Auch die plumpe Grobheit der halbamtlichen Auslassungen regt uns nicht auf; denn seit dem kurze Zeit ist das der oberste Grundzug der Redaktion des halbamtlichen Organs geworden: grob gegen Deutsche, frech gegen Ausländer aller Art. Wenn aber das Blatt sich erdreistet, uns eine Vorlesung über „echten Patriotismus“ zu halten, so weisen wir eine derartige Herabsetzung mit Wohlgefallen zurück. Ausgerechnet die Norddeutsche Allgemeine Zeitung ist berufen, über Patriotismus zu sprechen! ... Wenn es das Reich eines „echten Patriotismus“ ist, über die eigene, für deutsche Interessen eifernde und kämpfende Presse mit dem Wafel herausfallen und vor jeder ausländischen Unverschämtheit seine zu ducken, so sprechen wir offen, daß diese Art Patriotismus eine traurige Abart deutscher Vaterlandsliebe ist. Und ein solches Blatt hat den traurigen Mut, eine Sprache „als Kompromittierend für das Ausland und die Würde des deutschen Namens“ anzusehen, die lediglich aus einer Ehem und einer inneren Empörung geboren worden ist, welche in diesen Tagen jedem deutschen Namen, nur nicht den Führern des halbamtlichen Wafels, in die Seele gebrannt hat. ... Wir lehnen es ein für allemal ab, von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung irgendeine Belehrung über nationales Fühlen und Handeln entgegenzunehmen; denn sie ist der denkbar unausgütliche Lehrer für diese Dinge. Welche man an jenen Stellen nur den zehnten Teil der Liebe, der Hingabe und der Aufopferungsfähigkeit, die wir für den deutschen Gedanken empfinden — das deutsche Volk wäre vor der Schwand von Unwissenheit (Wißhandlung) eines deutschen Kommandanten durch französische Soldaten, der Niederlage von Algerien, den Kollapsen in Venedig, den Schützungen in Tunisville und der Plünderung mit dem Ausschlag der Rechten widerbewahrt geblieben.

Die Post hat recht. Sie hat den bösen Erbfeind Frankreich in ihren Spalten glorreich in die Flucht geschlagen, indem sie ihm seine ganze Erbärmlichkeit vorgehalten hat. Da

kommt die böse Nordd. Allgem. Ztg., und statt der großen Siegerin ihre Anerkennung auszusprechen, bringt es das Regierungsbild fertig, die Post herunterzuputzen. Ja, ja, die Leute, die auf unleren Ministerstufen sitzen, sind nahezu vaterlandstolle Geister. Es ist die höchste Zeit, daß die leitenden Köpfe im Reich schleunigt mit Männern besetzt werden, die aus der Redaktion der Post, dem Alldeutschen Verband, dem Behrverein oder aus einer anderen Brutstätte von echtem und wahren Patriotismus bezogen sind.

Die Deutsche Turnerschaft und der Jungdeutscherbund.

Der Ausschluß der Deutschen Turnerschaft hat über die Köpfe der Mitglieder der korporativen Anstalt der Deutschen Turnerschaft von dem Jungdeutscherbund beschloßen. Dieser Ausschluß hat nun innerhalb der Deutschen Turnerschaft eine starke Protestbewegung hervorgerufen. In Stuttgart nahm am Sonntag ein außerordentlicher Tagung des 11. Kreises der Deutschen Turnerschaft (Württemberg und Hohenzollern) zu dem Ausschluß und dem Jungdeutscherbund Stellung.

Obgleich alle einmütigen Führer der Deutschen Turnerschaft aufgegeben worden waren und selbst die Zentralleitung den Geschäftsführer, Professor Kühn, entlassen hatte, gelang es nicht, den Widerstand zu brechen. Es kam zu äußerst heftiger Debatte, in der von der Opposition kräftig gegen die Vergewaltigung der Mitglieder durch den Ausschluß protestiert und das chauvinistische Treiben des Jungdeutscherbundes abgelehnt wurde. Die Redner konnten sich auf zahlreiche Artikel von Zeitungen, Zeitschriften und Blättern, in denen der verwerfliche Einfluß des militaristischen Geistes und des Kriegsspiels, das im Jungdeutscherbunde gepflegt wird, geltend gemacht wurde. Es wurde auch mit der Abweisung eines großen Teils der Mitglieder der Deutschen Turnerschaft gedroht und die Gründung eines besonderen Turnverbands in Aussicht gestellt. In allen Tonarten suchten die Führer der Deutschen Turnerschaft, darunter besonders die auch zwei bekannte vaterländische Politiker, die Opposition zu beschwichtigen. Unter anderem wurde auch als Vorbild für die richtige Arbeit im Jungdeutscherbund das Verhalten der holländischen Behörden in Aussicht gestellt. Professor Kühn glaubte, mit den Angehörigen beruhigen zu können, daß formelle Fehler gemacht worden seien; er erklärte aber kategorisch, der vaterländische Anhang an den Jungdeutscherbund werde unter allen Umständen aufrecht erhalten. Trotzdem erlitt die Führung eine schwere Niederlage.

Ein von den Rednern empfohlener Antrag, auszusprechen, daß der Ausschluß so unbillig sei, daß der Jungdeutscherbund der Deutschen Turnerschaft das Recht der Mitarbeit gebe, nicht aber auch die Pflicht dazu aufzuerlegen, wurde mit 200 gegen 275 Stimmen abgelehnt. Angenommen wurde dagegen mit 242 gegen 229 Stimmen ein Antrag, der die Bekämpfung der durch den Ausschluß des Jungdeutscherbundes so lange andauernden, bis der nächste ordentliche Parteitag die Entscheidung getroffen hat.

Diese Sitzung in der Deutschen Turnerschaft wird hoffentlich dazu beitragen, den Rednern, die der Deutschen Turnerschaft nachgegangen, die Augen darüber zu öffnen, wozu die Kette geht, und sie zum Anschlag an den Arbeiterkammern zu bewegen.

Die Wahl des Genossen Haupt erneut für ungültig erklärt.

Nach den bisherigen Beschlüssen der Wahlprüfungskommission war mit der erneuten Ungültigkeitserklärung der Wahl des Genossen Haupt Neuburg zu wählen. Diese wurde demnach in der Sitzung vom 23. April, nachdem man noch über die Nachwahlen in der Wählerliste verhandelt hatte, mit 8 gegen 4 Stimmen (ein National-Liberaler enthielt sich der Stimme) beschlossen. Vorher war ein Antrag des National-Liberalen, Genossen Kellhaus auf Wahlprüfung über die erst nachträglich erfolgte Prüfung der Nachwahlen in der Wählerliste gegen die hier sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt worden.

Wahlprüfungskommission des Reichstages.

Die Kommission trat am Mittwoch zusammen, um eine neue Resolution für die dritte Lesung des Staats des Reichstages des Reichstages zu beschließen. Der Entwurf laut einschlägige Annahme. Die Resolution enthält mancher diejenigen hauptsächlichsten Bestimmungen, die der Regierung nach dem hiesigen Fortschritt des Reichstages in Sachen eines eigenen 25. Annahmestillschließung als allerhöchste Forderung an das Reich auszusprechen ist: Ausbau des Erbbaurechts für Zwecke der Wohnungswirtschaft, Schaffung einer Zentralstelle für Wohnungswirtschaft, Einberufung einer Sachverständigenkommission über das Rechtswesen im Laufe dieses Sommers. Es behält Aussicht, daß, wenn die Resolution, wie diejenige zur Wohnungswirtschaft vom Vorjahre (22. Mai 1912) im Plenum einstimmig angenommen werden wird.

Die Budgetkommission des Reichstages.

Lehnte in der Mittwochsitzung die Forderung des Reichshofamtes, die Zahl der Direktoren in diesem Jahre um einen zu vermindern, ab. Der vorzutragende des Verlangens der für verunglückte militärische Lustschiffer verunglückten Personen sollen weitgehende Entschädigungen aus Fonds zur Verfügung gestellt werden. Beim Allgemeinen Personalfonds beantragte Graf Westarp, es möge lediglich ein Gehaltswort vorgelegt werden, der eine Aufbesserung der Bezüge der Pensionäre bringe. — Dazu beantragte Genosse Eufem, die Regierung auch um baldige Belegung einer Novelle zur Altersversicherungsgesetzgebung zu ersuchen, die eine Verabfolgung der Altersgrenze für Altersrentner von 70 auf das 65. Lebensjahr bringe. — Schatzsekretär Kühn widersprach dem Antrag Eufem, der doch mit den Pensionärenten in gar keinem Zusammenhang stehe. — Auch Graf Westarp erob Bedenken, weil es doch fraglich sei, ob man der Industrie schon wieder neue Kosten zumuten dürfe. Die Kommission nahm aber schließlich einstimmig beide Anträge an.

Bei der Allgemeinen Finanzverwaltung wurde vom Abg. Speck angefragt, gegen die Buchmacher bei den Nennen vorgeschien, eventuell zu verhindern, sie zur Totalitarisierung heranzuziehen. — Schatzsekretär Kühn betonte die Schwierigkeit eines solchen Vorgehens. — Abg. Erzberger wies auf den ungeheuren Umfang des Buchmachens und des Wetters bei Nennen hin. Von einem genauen Nennen der Verhältnisse sei ihm geschildert worden, daß in Berlin auch kriminalpolizeiliche dabei mitunter der Decke stecken und an solchen Stellen sich beteiligen, bei denen die Steuer entgangen wird. — Schatzsekretär Kühn glaubte, dieser Mitteilung widersprechen zu müssen. — Einstimmig wurde eine von den Parteimitgliedern beantragte Resolution angenommen, die um ein Gesetz ersucht, das der Hinterziehung der Totalitarisierung einen Regel vorschreibt, eventuell soll eine Konfiszierung der Buchmacher eintraten.

Die Kommission trat sodann in die Beratung des Nachtragsetats ein, der eine Landbank für Südwestafrika schaffen will. Gefordert wird eine Summe von 10 Mill. M., um den anschließenden Kredit gewähren zu können. Der jetzt in Deutschland auf Urlaub befindliche Gouverneur ist von der Landbesitzerfamilie förmlich dazu gedrängt worden, das Geld für die Kreditgewährung zu beschaffen. — Die Redner aller bürgerlichen Parteien äußerten Bedenken, sprachen aber gleichzeitig ihre Bereitwilligkeit zur Bewilligung aus. — Genosse Roske betonte, es handle sich um ein recht unsicheres Unternehmen. Das Risiko sei so groß für das Reich, daß die Bewilligung einfach unverständlich sei, ebenso die Zustimmung des Reichstages. Es sind in Südwestafrika 1600 Ansetzer vorhanden. Für diese aber eine Summe von 10 Mill. M. häufig zu machen, ist nicht zu rechtfertigen. Als es galt, einige Millionen zur Sicherung der Wohnungswirtschaft in Deutschland einzusetzen, machte die Regierung erhebliche Schwierigkeiten. Wird der gezeichnete Kredit gewährt, kann die Verwaltung später auch Schatzanweisungen ausgeben, und das ist besonders bedenklich. Das

projektierte Unternehmen ist also sehr unsicher und viel zu riskant für das Reich. — Gouverneur Seih trat diesen Ausführungen entgegen, ohne sie aber tatsächlich widerlegen zu können. — Abg. Oertel trat für die Vorlage ein. Wenn nicht bald dort Regen eintritt, reißt etwa die Hälfte der Farmer vor der Frage, ob sie den Betrieb noch aufrechterhalten können oder nicht. Für das „ausländische Ausland“ müsse Hilfe geschaffen werden. — Genosse Eufem bekämpfte die Vorlage. In Südwestafrika eine große Viehwirtschaft künstlich schaffen sei doch ein Widerspruch, so lange in Deutschland daran festgehalten wird, durch Grenz- und Zollmaßnahmen die Einfuhr von Vieh aus den Kolonien möglichst zu verhindern. — Gegen die sozialdemokratischen Stimmen wurde der Nachtragsetat genehmigt.

Nach kurzer Debatte wurde dann ein von den bürgerlichen Parteien abgeforderter Änderungsantrag zum Schutztruppen-gesetz einstimmig angenommen.

Die nächste Sitzung soll am kommenden Freitag stattfinden mit der Behauptung als Tagesordnung. Dagegen wurde aber Einspruch erhoben mit dem Hinweis, daß diese Beratung zeitlich nicht getrennt werden solle. Dem Vorstehenden wurde die Entscheidung überlassen.

Der Zwischenfall von Lunéville noch nicht erledigt. Wolffs telegraphisches Bureau meldet: In Sachen der Landung des Zeppelinluftschiffes in Lunéville schweben noch Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich. Es handelt sich um die Bestrafung der, die von Seiten der Luftschiffgesellschaft gegen das Verhalten der Ortsbehörden von Lunéville geltend gemacht werden. Der Dank, den die deutsche Regierung freiwillig für die sofortige Freigabe des Luftschiffes ausgesprochen hat, bedeutete keineswegs den Abschluß der Angelegenheit. Vielmehr sind noch wegen der erwähnten Beschwerden deutscherseits Verhandlungen in Paris im Gange.

Die freie Eisenbahnfahrt für die Reichstagsabgeordneten. Einer Korrespondenz zufolge ist dem Reichstagsrat der dringende gewünschte Gesetzesentwurf, durch den den Mitgliedern des Reichstages freie Eisenbahnfahrt während der ganzen Legislaturperiode gewährt wird.

Ausland.

Belgien.

Der Erfolg des Generalstreiks. — Der Beschluß des Streikkomitees.

Brüssel, 23. April. Das Nationale Streikkomitee trat heute vormittag in Brüssel zusammen. Nach einer Diskussion, in der alle Redner ihre Befriedigung über den Verlauf des Generalstreiks ausdrückten und in der sie die Bedeutung des Streiks empfanden, wurde eine Resolution verlesen, die den Erfolg des Streiks bestätigt:

- 1. als einmütige Demonstration der Solidarität und Disziplin der Arbeiterschaft,
2. durch den Eindruck auf die öffentliche Meinung, die jetzt überzeugt ist von der Unmöglichkeit der Wahlrechtreform,
3. weil die Regierung erzwungen wurde, zuzugeben, daß die Kommission für die Revision des Gemeinde- und Provinzwahlrechts auch das Kammerwahlrecht wird erörtern können.

Die Resolution besagt schließlich: Durch den Generalstreik ist alles erreicht, was jetzt erwartet werden konnte, und die Parteilichkeit dieser Woche ist wiederum erwiesen worden. Kein Friede werde im Lande herrschen, bevor das gleiche Wahlrecht erreicht ist. Unter diesen Umständen sei dem Parteitag die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit vorzuschlagen. Das Komitee beschloß die telegraphische Einberufung des Parteitags zu Donnerstag, vormittags 10 Uhr. Zu Referenten wurden Anseele, Deffre und Vandervelde ernannt.

Die Bedeutung des Kammerbeschlusses.

Brüssel, 23. April. Dem Fremden, in den Formalismus des belgischen Parlamentarismus nicht Eingeweihten wird das Ergebnis der letzten Kammerberatung rätselhaft genug erscheinen. Auf Antrag eines Liberalen ist die Resolution eines Liberalen mit den sozialistischen Stimmen angenommen worden und ein Votum, womit sich die Regierung einverstanden erklärt hat, kann für den Kongreß der Arbeiterpartei als Basis eines Friedensschlusses in Frage kommen.

Vermutlich nun den Beschluß der Kammer im ganzen, so wird man eine ausdrückliche Anerkennung der Forderung der Linken nicht finden; es ist freimüßig verbürgt oder auch nur angebunden, daß sich die zur Beratung der Wahlreform für Gemeinde- und Provinzwahlberechtigung zu berufende Kommission auch mit dem Wahlrecht für die Legislative beschäftigen soll. Von der Revision ist man so noch weit genug entfernt.

Inzwischen, es ist der Ton, der die Russen macht, und der Ton der Mehrheit war heute ein ganz anderer, und vor allem — die Rechte hatte ihren Kapellmeister gewechselt. Herr Boste, der am Freitag die Opposition herausgefordert und sogar Herrn Vrancoville wegen ungenügender Energie die Leutchen gefeilt hatte, war gestern kühn und der sanftere Liberaler suchte untereinander der Aufregung der Opposition vorzubeugen. Jedermann hätte es der Generalstreik, dessen Wucht in der zweiten Woche, den Hoffnungen der Reaktionen entgegen, noch gemacht war, hat den Lebermut der Reaktionen Schatzmacher gebrochen. Sie wollen wohl des „Prinzips“ wegen nicht kapitulieren, aber sie sind es zufrieden, wenn ihnen ein stiller Abmarsch gestattet wird. Trotzdem — sie bleiben Gegner, von denen man sich jeder Verträge zu versehen hat, und der Kongreß der Arbeiterpartei wird sehr ernsthaft die Frage beraten, ob der ungeheure moralische Erfolg, den der Generalstreik der Sache der Revision und der des Proletariats gebracht hat, es erlaubt, dem Proletariat eine Ruhepause vor den unaussprechlichen weiteren Kämpfen zu gönnen.

Holland.

Verstärkung der Küstenverteidigung.

Haag, 23. April. Die Kammer begann heute die allgemeine Beratung über einen Gesetzesentwurf, der Mittel zur Verstärkung der Küstenverteidigung fordert. Die Regierung schlägt vor: den Bau eines Forts bei Wiltigen, dessen Kosten auf 360 000 Gulden geschätzt werden, Verstärkung der Artillerie in den bestehenden Forts Hoek van Holland, Omuiden und Harssen, die auf 700 000 Gulden geschätzt sind, und den Ausbau des Forts Hylbuis, der auf 4 700 000 Gulden veranschlagt ist. Der fortschrittliche deputierte General Oland schlägt vor, anstatt das Fort Wiltigen zu erbauen, sich auf einfache Verteidigungswerke an der Küste zu beschränken. Der Sozialdemokrat Hugenholz stellte fest, daß die Forderungen von 40 Millionen Gulden für die Verteidigungsarbeiten hantieren sozialistischen Agitation auf 12 Millionen herabgesetzt werden seien. Er glaubte, daß eine Festung bei Wiltigen für die Unabhängigkeit des Landes gefährlich sein würde, denn England würde Holland als den Verdächtigsten Deutschlands ansehen und seine Neutralität nicht mehr schützen wollen. Das Reichswortwörterbuch verlangt keineswegs einen Ausbau der Verteidigungsmaßnahmen der Küstenverteidigung. Der Abge-

Schuppen des Militarismus.
 Von unserem Korrespondenten.
 Par. Paris, 22. April.

Die Zeiten ändern sich. Auch der blindeste Militarismus muß an diese Wahrheit glauben. Einst genügte es, das Vaterland in Gefahr zu erklären, um das Volk zur Bewilligung hunderter von Millionen und Tausender von Menschenleben zu zwingen. Auch diesmal glauben die schwarzen und roten Heulen des reaktionären Generalstabs, es würde genügen, den deutschen Schrecken an die Wand zu malen, damit sich die Taschen der Steuerzahler von selbst öffnen. Sie beabsichtigen, die dreijährige Dienstzeit beinahe unbefristet einzuführen.

Dabei halten sie noch eine andere Absicht. Sie suchen die Volkarmee durch eine Söldlingsarmee zu ersetzen. Eine Volksarmee kann zwar der Abwehr am besten dienen, taugt aber nicht gegen den inneren Feind. Zu diesem Zweck soll ein System der gegen bares Geld „Engagierten“ und „Wiederengagierten“ ins Leben gerufen werden.

Die Militaristen haben sich org verreckt. Die öffentliche Meinung, besonders aber die Arbeiterklasse, von den Sozialisten aufgerüttelt, nahm entschiedene Stellung gegen die dreijährige Dienstzeit. Das „nationale“ Ministerium Barthou-Stienne mußte in einem wichtigen Punkte nachgeben. Es versprach geschicklich längere Urlaubsperioden. Aber dieses Auskunftsstückchen half nicht. Sogar die charakter- und prinzipienstarke radikale Partei, dank der heillosen Furcht vor dem unzufriedenen Wähler, wollte von der Verlängerung der Dienstzeit nichts wissen.

Dann fand die Regierung unter dem Druck der Militaristen einen anderen Ausweg. Ihre Vorlage sollte durch eine neue Vorlage, von dem ehemaligen Deutschhändler Joseph Reinach verfaßt und mit dem adeligen Wappen eines Champagnerrieters de Ronchelle beziert, ersetzt werden. Diese neue Vorlage gibt das Dogma der drei Jahre auf, um desto eifriger dem Prinzip der Söldlingsarmee zu huldigen. Eine ganze Reihe von Maßregeln soll den desahlierten Militärdienst bekräftigen, eine neue Klasse von Menschen, die vom Kriege und für den Krieg leben, schaffen.

Genosse Jaurès, der einen glänzenden Feldzug gegen die „drei Jahre“ und für das Nützliche in der Humanität führt, kritisiert scharf und treffend die neue vielfach veränderte militärische Vorlage. Ohne die Gefahr der deutschen Vorlage und der aufgebauhten Grenzvorfälle wäre die militärische Vorlage schon längst aussichtslos geworden. Aber diese Grenzvorfälle wirken auf die öffentliche Meinung verwerfend. Sie vergiften die Stimmung. Man könnte meinen, daß die Kriegsböher in ihrer wilden Eut, in ihrem verbrecherischen Eifer zu einer Art „Propaganda der Tat“ Zuflucht nehmen, um Brennstoff für einen künstlich heraufbeschworenen Weltbrand herbeizufischen. Sie müßten die Gelegenheiten des Weltkrieges nicht verpassen.

Gläublicherweise bilden diese internationalen Brandstifter, diese Bande von gemeingefährlichen Verbrechern oder verantwortungslosen Narren, eine keine Winderheit. Die große Mehrheit atmetet frisch auf, als der letzte Grenzvorfall beendigt erliebigt wurde.

Auch die Enthüllungen von Liebknecht über den Krupp-Kandal wirken hier im Sinne des Friedens gegen die Kriegsböher. Es ist für niemand ein Geheimnis, daß es einen französischen Krupp gibt, den Herr Schneider von Creusot. Allein der französische Krupp läßt sich nicht so leicht erlappen. Er hat in seinem Dienste auch den Bruder Clementau, Paul Clementau, der bei ihm als „Techniker“ tätig ist. Daß der militärische Zeitungseifer bar bezahlt ist, unterliegt keinem Zweifel.

Jedermann weiß, daß z. B. das größte und bedeutendste hiesige Blatt, Le Temps (Die Zeit), für bares Geld arbeitet. Le Temps est l'argent = „Die Zeit ist Geld“ sagt und druckt man hier straf- und widerspruchlos.

Liebknechts Enthüllungen, die einen internationalen Charakter besitzen, wirken erzieherisch. Sie richten die Militaristen und Kriegsböher. Der Ruf: Nach Vorn! wo eine Zusammenkunft der deutschen und französischen Parlamentarier am 11. Mai stattfinden soll, hat hier eine sehr glänzige Aufnahme gefunden. Eine ganze Reihe bürgerlicher Blätter begrüßte freudig die schweizerische Initiative. Sogar Le Temps wurde gezwungen, gegen ihren bösen Willen gute Worte zu machen.

Man sollte glauben, die Schuppen, die der Militarismus in letzter Zeit haben wie drüben über den Vogesen erlitten hat, müßten genügen, jede deutsch-französische Kriegsböher aussichtslos zu machen.

Schuppen des Militarismus.
 Von unserem Korrespondenten.

Die Zeiten ändern sich. Auch der blindeste Militarismus muß an diese Wahrheit glauben. Einst genügte es, das Vaterland in Gefahr zu erklären, um das Volk zur Bewilligung hunderter von Millionen und Tausender von Menschenleben zu zwingen. Auch diesmal glauben die schwarzen und roten Heulen des reaktionären Generalstabs, es würde genügen, den deutschen Schrecken an die Wand zu malen, damit sich die Taschen der Steuerzahler von selbst öffnen. Sie beabsichtigen, die dreijährige Dienstzeit beinahe unbefristet einzuführen.

Dabei halten sie noch eine andere Absicht. Sie suchen die Volkarmee durch eine Söldlingsarmee zu ersetzen. Eine Volksarmee kann zwar der Abwehr am besten dienen, taugt aber nicht gegen den inneren Feind. Zu diesem Zweck soll ein System der gegen bares Geld „Engagierten“ und „Wiederengagierten“ ins Leben gerufen werden.

Die Militaristen haben sich org verreckt. Die öffentliche Meinung, besonders aber die Arbeiterklasse, von den Sozialisten aufgerüttelt, nahm entschiedene Stellung gegen die dreijährige Dienstzeit. Das „nationale“ Ministerium Barthou-Stienne mußte in einem wichtigen Punkte nachgeben. Es versprach geschicklich längere Urlaubsperioden. Aber dieses Auskunftsstückchen half nicht. Sogar die charakter- und prinzipienstarke radikale Partei, dank der heillosen Furcht vor dem unzufriedenen Wähler, wollte von der Verlängerung der Dienstzeit nichts wissen.

Dann fand die Regierung unter dem Druck der Militaristen einen anderen Ausweg. Ihre Vorlage sollte durch eine neue Vorlage, von dem ehemaligen Deutschhändler Joseph Reinach verfaßt und mit dem adeligen Wappen eines Champagnerrieters de Ronchelle beziert, ersetzt werden. Diese neue Vorlage gibt das Dogma der drei Jahre auf, um desto eifriger dem Prinzip der Söldlingsarmee zu huldigen. Eine ganze Reihe von Maßregeln soll den desahlierten Militärdienst bekräftigen, eine neue Klasse von Menschen, die vom Kriege und für den Krieg leben, schaffen.

Genosse Jaurès, der einen glänzenden Feldzug gegen die „drei Jahre“ und für das Nützliche in der Humanität führt, kritisiert scharf und treffend die neue vielfach veränderte militärische Vorlage. Ohne die Gefahr der deutschen Vorlage und der aufgebauhten Grenzvorfälle wäre die militärische Vorlage schon längst aussichtslos geworden. Aber diese Grenzvorfälle wirken auf die öffentliche Meinung verwerfend. Sie vergiften die Stimmung. Man könnte meinen, daß die Kriegsböher in ihrer wilden Eut, in ihrem verbrecherischen Eifer zu einer Art „Propaganda der Tat“ Zuflucht nehmen, um Brennstoff für einen künstlich heraufbeschworenen Weltbrand herbeizufischen. Sie müßten die Gelegenheiten des Weltkrieges nicht verpassen.

Gläublicherweise bilden diese internationalen Brandstifter, diese Bande von gemeingefährlichen Verbrechern oder verantwortungslosen Narren, eine keine Winderheit. Die große Mehrheit atmetet frisch auf, als der letzte Grenzvorfall beendigt erliebigt wurde.

Auch die Enthüllungen von Liebknecht über den Krupp-Kandal wirken hier im Sinne des Friedens gegen die Kriegsböher. Es ist für niemand ein Geheimnis, daß es einen französischen Krupp gibt, den Herr Schneider von Creusot. Allein der französische Krupp läßt sich nicht so leicht erlappen. Er hat in seinem Dienste auch den Bruder Clementau, Paul Clementau, der bei ihm als „Techniker“ tätig ist. Daß der militärische Zeitungseifer bar bezahlt ist, unterliegt keinem Zweifel.

Jedermann weiß, daß z. B. das größte und bedeutendste hiesige Blatt, Le Temps (Die Zeit), für bares Geld arbeitet. Le Temps est l'argent = „Die Zeit ist Geld“ sagt und druckt man hier straf- und widerspruchlos.

Liebknechts Enthüllungen, die einen internationalen Charakter besitzen, wirken erzieherisch. Sie richten die Militaristen und Kriegsböher. Der Ruf: Nach Vorn! wo eine Zusammenkunft der deutschen und französischen Parlamentarier am 11. Mai stattfinden soll, hat hier eine sehr glänzige Aufnahme gefunden. Eine ganze Reihe bürgerlicher Blätter begrüßte freudig die schweizerische Initiative. Sogar Le Temps wurde gezwungen, gegen ihren bösen Willen gute Worte zu machen.

Man sollte glauben, die Schuppen, die der Militarismus in letzter Zeit haben wie drüben über den Vogesen erlitten hat, müßten genügen, jede deutsch-französische Kriegsböher aussichtslos zu machen.

Englische Kommentare zum deutschen Rüstungsparanama.

lk. London, 22. April.

Die sozialdemokratischen Enthüllungen im deutschen Reichstag haben auch in England die Senation des Tages. Bezeichnenderweise begnügt sich die militärische Presse im allgemeinen damit, die Schilderungen ihrer deutschen Korrespondenten über den niederkammeternen Eindruck, den die Enthüllungen in deutschen militärischen Kreisen gemacht haben, wiederzugeben. Die konservativen Blätter, die von dem verlegenen Schuldbezwungen Schwiegen eine Ausnahme machen, machen lautm Verläude, die Klünder der Nordwestenkrämmer als ein speziell deutsches Uebel hinzustellen und womöglich die neuen Ereignisse noch zur Rechtfertigung der deutschfeindlichen äußeren Politik zu benutzen. Demgegenüber gibt die liberale Presse den Gefühlen, die die Vorgänge in Deutschland bei dem englischen Publikum ausgelöst haben, unbehohlenen Ausdruck. Die Daily News schreibt heute:

„Wir dürfen nicht den schmeichelehaften Bassam auf unsere Seele legen, daß diese Dinge auf Deutschland und Frankreich beschränkt sind. Die Nationen zahlen einen schrecklichen Preis für den Kultus des internationalen Hasses. Während die Völker wüten, haben wir jetzt eine kluge und unternehmungslustige Gruppe von Fabrikanten bei uns, die die Wut der Völker in blankes Gold ummünzen. Indem sie ihre Firmen in Gesellschaften umwandeln und die Zahl der Aktienhaber vermehren, haben sie über das ganze Gebiet der modernen Gesellschaft ein Netz gespannt, das wir die Welt allmählich in die Gewalt eines schänderhaften internationalen Trusts gleiten sehen. Es ist der entsetzliche Trust, den die Welt le gesehen hat. Denn kein Gewerbe ist der Tod. Sein Profit liegt in dem gegenseitigen Ward der Menschheit und sein Interesse ist die hässliche Pflanze menschlichen Hasses. Seine Frucht ist zu sehen in den blutigen Kanten von Leichen auf den Schlachtfeldern, und seine Wirkungen dauern fort in dem Schmerz der Trauer und in den Tränen der Kinder.“

Das Wort deutet dann mit bekannten Beispielen die internationalen Verflechtungen der Panzerplattenfirmen aller Länder auf und zeigt, wie jede blutige Schlacht, jede neue Kriegsböher die Aktien und Dividenden aller Teile des internationalen Prozentvertrufes in die Höhe treibt.

„Der Handel in Tod.“ schreibt das englische Regierungsblatt in seinem Leitartikel, „ist nicht bloß national. Er ist international. Mit einem geradezu erbarmenden Jynismus legt er sich über Grenzen, Rassen und Glaubensbestimmnisse hinweg... Es ist möglich, von amtlicher Stelle einen Schuß gegen eine derartige Ausbeutung zu erwarten. Soeben hat ja der „Vorwärts“ urkundlich bewiesen, wie das deutsche Kriegsministerium selber die Fabrikanten zur Rückgabe an der Aufrechterhaltung jingottischen Geistes auffordert, um für die neue Heeresvorlage Zustimmung zu machen. Die Beziehungen zwischen unseren eigenen Regierungsämtern und den Rüstungsfirmen sind notorisch... Nur der private Steuerzahler selber kann hier wirksamen Widerstand leisten. Er ist lange gewartet worden. Wird er sich ewig narren lassen? Der Liebknecht hat, sei er nun Engländer, Deutscher oder Franzose, Dokumente in die Hand gelegt, die vielleicht allen Völkern Europas die Möglichkeit zur Rettung bieten werden.“

Neues aus aller Welt.
 Abkürzung eines Führerforts.

Halle a. S., 23. April. Auf Besche Dengendorfer der Gewerkschaft Thüringen kürzte in der vergangenen Nacht ein Führerfort in die Tiefe. Ein Bergmann wurde getötet, zwei schwer und zehn leicht verletzt.

Hilgerkürze.
 Johannisthal, 24. April. Der Hilger Abramowitzch Neg heute früh 6 Uhr auf einem Wright Doppeldecker mit der Jüdischen Seebowling als Passagier zu einem Probeflug auf. Aus unbekannter Ursache stürzte die Maschine 6-8 Meter hoch seitlich zur Erde und wurde gänzlich zerstört. Abramowitzch hat Arm- und Beinverletzungen und anscheinend auch innere Verletzungen davongetragen. Die Jüdische ist leicht verletzt.

Johannisthal, 24. April. Der Hilger Dumez ist heute früh 7 Uhr auf einem Luftverkehrseindecker aus beträchtlicher Höhe hell zur Erde abgestürzt. Er war sofort tot.

Neue Brandstiftungsversuche der Suffragetten.
 London, 23. April. Während der heutigen Nacht versuchten die Suffragetten, das Bootshaus im Handsworth Park in Birmingham in Brand zu setzen. Es gelang ihnen aber nur, vier Boote zu zerstören. In Minder, auf der Insel Thanet, in der Grafschaft Kent, versuchten die Suffragetten die Kirche anzuzünden. Auch dieser Versuch mißlang. In London wurde ein Versuch bei den Rumbgebungen für Frau Kaufmann vor dem Holborngefängnis unternommen gegen die Polizei bemerkt und im Verlaufe eines Revolvers getrieben wurde, ist heute zu fünf Pfund Sterling Geldstrafe oder 21 Tagen Gefängnis verurteilt worden, da sie keine Bürgschaft für ihr gutes Verhalten in zwölf Monaten übernehmen wollte.

Reuherer Banditen.
 Reuherer, 24. April. Vier Banditen im Taximeter überfallen am Vorkriegstage in der belebten G. Wennue Gasanten und raubten ihnen Geld und Schmuckstücke. Zwei von ihnen konnten verhaftet werden.

Studentenatmosphäre.
 Bittsburg, 23. April. In der Gineinattgrube in Hinkelbille (Pennsylvanien) erfolgte eine Explosion, die die Grube in Brand setzte. Zur Zeit der Explosion waren 100 Mann in der Grube, von denen bisher nur 20 geborgen werden konnten. Man fürchtet, daß die übrigen ungetonnen sind.

Letzte lokale Nachrichten.
 Ein Brandanfall hatte sich am Sonntag, wie berichtet, in der Wohnung des 82 Jahre alten Neuenhofsängers Hennig, Kurfürststraße 35, ereignet. Es war erst Selbstmord angenommen worden, doch dürfte, wie die weiteren Ermittlungen ergeben haben, der Brand bei einem Schwandanzahl des Greises entstanden sein, wobei er dann seinen Tod fand.

In die Erde gefahren.
 Heute vormittag kurz vor 11 Uhr sprang vor den Augen vieler Passanten von der Mitte der Augustenbrücke aus ein lester geliebtes etwa 18-20 Jahre altes Mädchen in die Erde. Obwohl ein Dampfzug sofort ein Rettungskorps auslegte, verstand die Unbekannte alsbald in den Klüden. Das mit einer Tadelbüchse besetzte Mädchen kam in einem Laufe von der Schloßstraße her.

Selbstmord.
 Mittwoch abend erdängte sich im Keller des Hauses Jordanstraße 3 ein 21 Jahre alter Schlossergeselle Schöng.

Ein unbekannter Betrügerin schädigte kürzlich eine Arbeiterfrau Glauch in Reichenau dadurch um einen größeren Betrag, daß sie vorwand, der Frau durch „Verprechen“ ihre kranken Augen zu heilen, indem die Frau Glauch eine Stunde lang an die Dede sehen mußte. Dieselbe Betrügerin verübte dann in Niederlößnitz, ferner in Reichenau und den gleichen Schwindel mit Erfolg. Wie weiter gemeldet wird, betrag vermutlich dieselbe unbekante Person, anscheinend Jägerin, gestern eine arme frange Arbeiterfrau in Reichenau auf der Altonaer Straße auf gleiche Weise um 20 M.

Prognose der südlichen Landeswetterkarte für den 25. April.
 Veränderliche Winde; wechselnde Bewölkung; geringe Temperaturänderung; zeitweise Niederschlag; Gewitterentwicklung.

Betterlage: Ein von Weere der im Anzuge befindliches Tief hat einen teilweisen Druckausgleich herbeigeführt, so daß nunmehr tiefer Druck, von dem Kern an der britischen Westküste ausgehend, sich bis nach Ostdeutschland erstreckt. Zeitliches und Teilweds sind in dieser Ausdehnung zurzeit noch eingelagert. Die letzteren bedingen wechselnde Wetter. Nicht ausgeschlossen erscheint daher ein rascher Witterungsumschwung, der zu Gewittern führen dürfte. Gleich sich der Druck völlig aus, so wird das westliche Tief die Gorberrschafft erhalten. Zeitweise Niederschläge werden sich alsdann einstellen.

Dresdner Polizeibericht vom 24. April.

Western nachmittag wurde in der Pirnaischen Vorstadt ein 15 Jahre altes Dienstmädchen in der Wohnung ihrer Dienstherrin mit einer Schußwunde in der linken Brustseite aufgefunden und im Krankenautomobil ins Johannstädter Krankenhaus übergeführt, wo es bald danach verschied. Es wird vermutet, daß das Mädchen mit einer ihm beim Aufräumen eines Zimmers zu Händen gekommenen Revolverpistole gespielt hat, wobei sich die Waffe entladen haben mag. Selbstmord oder eine irrtümliche Handlung Dritter liegen nicht vor.

Mit vorgestern ein höherer hiesiger Gerichtsbeamter auf der Moskaustraße vor einem Schaufenster stand, fiel ihm von einem Fensterbalken der ersten Etage ein Stück Gips in der Größe eines Hühnerkopfes mit solcher Wucht auf den Hinterkopf, daß er erheblich verletzt zusammenbrach und einige Zeit bewegungslos war. In der in der Nähe befindlichen Buchhandlung von Harrosh wurde dem Verunglückten ein Rotverband angelegt. Die Buchhandlung wurde abgesperrt und das noch vorhandene schadhafte Stück Kauerzement entfernt.

Western vormittag kürzten zwei am Schauspielhausneubau beschäftigte Arbeiter von der nach dem Kellergehöf führenden, nur teilweise fertiggestellten Treppe etwa drei Meter tief in den Keller hinab. Der eine erlitt schwere Kopfverletzungen, der andere kam mit einer leichten Wunde am linken Hinterkopf davon. Ein Verletzter anderer soll nicht vorliegen.

Am Dienstag gegen 11 Uhr nachts überfiel auf dem unbekannten Teile der Saalkauener Straße ein Unbekannter eine 25jährige aus Kaufisch kommende Arbeiterin, wozu sie zu Boden und würgte sie mit ihrer Schwärze am Hals um sie an Schreien zu verhindern. Trotz des heftigen Widerstandes wurde das Mädchen von dem Burden in das angrenzende Feld geführt, und erst dort gelang es der Heberjülenen, sich zu befreien. Der Unbekannte, der etwa 20 Jahre alt sein soll, trug Binden am Finger davon. Wahrnehmungen über verdächtige Personen, die bei Witterung früh dortortige Personen aufsuchen, sind dem Strim. Posten, Dresden-Röhren, Thonardter Straße 5 mitzuteilen.

Letzte Telegramme.
 Oesterreich und Montenegro.

Wien, 24. April. (Privattelegramm.) Eine Artikelbeilage der Verfassung verlangt von den Mächten, daß Montenegro das Ultimatum gestellt werde, innerhalb 48 Stunden Lutari zu räumen. Falls Montenegro sich nicht fügt, soll Oesterreich ermächtigt werden, im Einvernehmen mit seinen Verbündeten seine politischen Interessen selbst wahrzunehmen.

Weitere Meldungen besagen, Oesterreich sei zu scharfem Vorgehen bereit. Man glaube, daß sich daraus keine europäischen Schwierigkeiten ergeben werden. Rußland werde nichts gegen Oesterreich unternehmen. Englands Politik sei auf Vermeidung internationaler Konflikte gerichtet, in Frankreich werde zwar etwas chauvinistischer Kern entstehen, aber man würde sich schließlich der englischen Haltung anschließen. Die Haltung Deutschlands sei ganz klar. Es würde seine Bundesverträge durch moralische Einwirkungen auf die anderen Mächte zeigen, ohne Oesterreich in den Einzelheiten seiner Politik zu folgen. Es würde nur abmahnen seine Stimme erheben, falls eine andere Macht Oesterreich in den Wäuden setzen würde. Die Kronprinzenpartei ist für schärftes Vorgehen. Aber auch der Kaiser soll sich dem Kriegeminister gegenüber im Prinzip für ein scharfes Vorgehen ausgesprochen haben.

Verhaftung Kruppischer Beamter.
 Berlin, 24. April. (Privattelegramm.) Im Reichswehrkurier das Gerücht, daß in Offen zwei Beamte der Firma Krupp wegen der von Liebknecht aufgedeckten Verwicklungsaffäre verhaftet worden seien.

Der Streit um Skutari.

Paris, 24. April. Der montenegrinische Delegierte bei der Pariser Finanzkonferenz, Mutschkowskitch, erklärte einem Berichtserhalter des Matin: Man sagt, Oesterreich Ungarn wolle aus Skutari ablehnen. Wenn Europa dies zugibt, dann wird man über die Reichen unserer ganzen mütterlichen Bevölkerung hinwegschreiten müssen. Sie werden Skutari Oesterreich nicht geben. Vor einigen Tagen haben wir, bevor wir noch die letzten Opfer brachten, die Mächte ersucht, uns für die Aufgabe der Belagerung von Skutari eine Geleitsentschädigung zu gewähren. Es handelte sich nur um eine kleine Grenzentschädigung. Unser Anliegen wurde von der Londoner Volkshochschulleitung total zurückgewiesen. Wir werden Skutari Oesterreich nicht geben. Der König kann sich trotz besten Willens vor der Entscheidung der Mächte nicht beugen. Das Meer und die gesamte montenegrinische Bevölkerung würden sich dem widersetzen. Man hat bei uns dem Glauben erweckt, daß Skutari, falls wir es einnehmen, uns gehören würde. Wir haben die heftigsten Anstrengungen unternommen und ungeheure Opfer gebracht, und heute verlangt man von uns, daß wir die Stadt wieder hergeben. Das ist nicht möglich! — Der Matin sagt hinzu, daß seinen Nachrichten zufolge die Truppen der französischen Kriegsschiffe demontieren würde. Die Flugzeugbrände die sechs Großmächte, die vollendete Tatsache anzuerkennen und den Montenegrinern als Erfolg für Skutari eine Gebietentschädigung zu bewilligen. — Auch einige andere Blätter sprechen sich in diesem Sinne aus. — Jaurès schreibt in der Humanité, die elementare Gerechtigkeit mache es ganz Europa zur Pflicht, das bezüglich Albanien geschlossene Abkommen nicht zu zerreißen. Oesterreich-Ungarn würde dies auch trotz des ihm gegebenen europäischen Versprechens niemals zugeben.

Die serbische Haltung.
 Belgrad, 24. April. Ueber die politische Nachwirkung der Kapitulation von Skutari schreibt das hiesige Regierungsbüro: Die Großmächte, die die Zugehörigkeit Skutaris zu Albanien befreit haben, werden nach dem jetzt geschaffenen Paüt accompli, das durch die heldenmütige Entschlossenheit und Ausdauer der Montenegriner mit Erfolg gekrönt wurde, diesen ihren Beschluß im Namen der Humanität und Billigkeit wohl einer Revision unterziehen und die Wünsche und Bedürfnisse eines Volkes, das so heroische Opfer gebracht, in Erwägung ziehen müssen.

Bulgarien und Griechenland.
 Athen, 24. April. Man glaubt hier, daß die Differenzen zwischen Serbien und Bulgarien einen enfen Charakter annehmen werden. Hiesige politische Kreise halten es aber selbst nicht für wahrscheinlich, daß die Mächte die eroberten Gebiete aufstellen, da sonst Oesterreich auf dem Balkan einen Halt suchen werde. Immerhin ist es möglich, daß es zwischen den Mächten bei der Aufstellung, zu unüberwindlichen Differenzen kommt, wodurch schwere Konflikte ausbrechen könnten. Was Griechenland betrifft, so ist es fest entschlossen, für den Besch Salomnik und seines Hinterlandes zu kämpfen.

Das heutige Blatt umfaßt 16 Seiten.

Sozialdem. Verein Dresden - Altstadt.

Heute Donnerstag den 24. April, abends 9 Uhr

General-Versammlung

im Saale der Zentralhalle, Fischhofplatz.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Bericht der Revisoren.
3. Neuwahlen.

Das Mitgliedebuch ist vorzuzeigen!

Sozialdem. Verein. 4. Wahlkreis.

Bezirke Dresden-Neustadt.

Freitag den 25. April, abends 9 Uhr, im Ballhaus, Bauzner Str. 35

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Militär- u. Deckungsfragen. Ref.: Genosse G. Niem.
2. Geschäfts- und Kassenbericht. — 3. Neuwahlen. — 4. Vereinsangelegenheiten.

Die Parteigenossen und Genossinnen werden ersucht, in dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Rabenau, Gross- u. Klein-Oelsa!

Sonnabend den 26. April 1918, abends 8 1/2 Uhr

Oeffentliche Versammlung

im Gasthof Klein-Oelsa. [K 198]

Tages-Ordnung:

- Kann der moderne Arbeiter noch der Kirche angehören?
Referent Genosse Georg Reinhardt. — Debatte.
Zahlreichen Besuch erwartet.
Oeffentl. politische Versammlung.
Der Einberufer: Paul Walther, Groß-Oelsa.

4. Wahlkreis Gruppe Seifersdorf bei Radeberg.

Donnerstag den 24. April abends 8 1/2 Uhr

Gruppen-Sitzung

Der Vorstand.

Bezirk Ottendorf-Weixdorf

Sonnabend den 26. April abends 8 1/2 Uhr
Alle Delegierten, alle wie neue, haben zu erscheinen.
Ter. Bezirksleiter.

Arbeiter-Sängerbund

I., III. u. VI. Bundes-Männerchor.

Gesamtprobe zur Maifeier

Sonnabend den 26. April, abends halb 9 Uhr
in der Zentralhalle, Fischhofplatz.
Erscheinen aller Sänger dringend notwendig.

Oeffentliche politische Versammlung!

Wilsdruff u. U.

Sonntag den 27. April, vormittags 11 Uhr

Volks-Versammlung

im Sinderschloßchen in Wilsdruff.

Tages-Ordnung:

Der internationale Rüstungswahnsinn und die deutsche Wehrvorlage.

Referent: Reichstags- u. Landtagsabgeordneter R. Fuchs-Strasbourg.
Freie Aussprache.
Männer und Frauen! Erscheint massenhaft in dieser wichtigen Versammlung.
Der Einberufer: Paul Neumann, Wilsdruff.

Tharandt und Umg.

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung, sämtliche Vertheilungsorte, Inseraten- und Druckaufträge nimmt jederzeit entgegen
Paul Fiedler, Dreierberger Straße 115

Gruppe Klobische

Sonnabend den 26. April (nicht Freitag)

Sitzung

Wichtige Tagesordnung.
Erscheinen aller ist Pflicht.
Die Bezirksleitung.

Naturheilverein im Pl. Grunde

(Mitglied des Verbandes der Vereine für Volksgesundheit).
Dienstag den 29. April abends 8 1/2 Uhr
im Restaurant zum Gießler, Heinsberg

Vortrag

des Hrn. Naturheilkundigen Scholts (Weinböhla) über [K 179]

Rheumatismus u. Gicht

deren Ursachen, Verhütung und Behandlung.
Für Gicht 25 Pf. Eintritt.

G.-V. Morgenrot u. Damenchor.

Freitag den 26. April abends 8 1/2 Uhr
in den vier Jahreszeiten

Mitglieder-Versammlung

Das Erscheinen aller aktiven und passiven Mitglieder ist Pflicht.
K 888 Der Vorstand.

Restauration zur Burgk

Böbtau, Burgstr. 15.
Jeden Freitag
Großes Schlachtfest.
Krautklassige Bier u. Weiss.
Eigene Schweinefleischerei.
Es laden ergebenst ein
B 1010 Karl Krutzsch u. Frau.

Schiebholz-Mühle

im herrlichen Pringengrund
hält sich bestens empfohlen. [A 224]

Central-Theater



Ab 1. Mai 1918
Eustspiel
Heinrich Prang
in dem besten und tollsten
Kartstein-Schlager
Der Stolz
der dritten
Kompanie
Militär-Burleske
von Wilhelm Kartstein.
Nie hat Dresden so gelacht!

Jakob Kranz Frisch auf Schänke

Wohnortstr. 17, Tel. 1702
hält sich zur Einkehr best. empf.

E. Schurigs Restaur.

14 Stiftstraße 14
Grosser Mittagstisch.
Bettlag: 756. Schlachtfest
Verkehr-Lokal der Sozialisten.

Mutterspritzen

Hygien. u. raumartikell
Fra. Heusinger
Am See 37
6 Pf. Tippoldtsweider Platz.

Auskunftsstelle

für Frauen-, Unfall- u. Ind.-
Versicherung. Erichtet 1898.
A. Nehmerstr. 10, L.

Versandhaus + Amor +

Hygien. Frauenartikel
Gummisachen, Mutterspritzen billigst
nur Frauenstr. 8 u. 10, L.
[A 189-8]

Lackmeister

in dauernde Stellung nach aus-
wärts gesucht bei guter Be-
zahlung. Umzugsvergütung nach
Übereinkommen. Discretion
sicher. Off. erb. u. P. 2. 1907
in die Erheb. d. Bl. [B 904]

Maurer

werden gesucht [K 992]
Gumpelstr. 11, Zuckorode.

Lackfabrik

sucht für ihre Farbenabteilung
selbständigen und zuverlässig
arbeitenden
Vorarbeiter
Kenntnisse in der Spritz-
fabrikation erwünscht. Hoher
Lohn, dauernde Stellung.
Offerten mit näheren Angaben
befürdert Rudolf Hesse, Leipzig
unter L. Z. 2906. [A 126]

Städtiger Regelaufseher für
bei Abende in der Woche
gehört Bürgerstraße 29. [B 1009]

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Gade, Dresden. — Verantwortlich für den Druck: Heinrich Meißner, Dresden. — Druck von Aden & Kemp, Dresden.

Sächsische Angelegenheiten.

Die sächsische Lebensbilanz.

Das Statistische Landesamt veröffentlicht aus der Feder des Regierungsrats Dr. Lommatsch eine Uebersicht über die sächsische Bevölkerungsbewegung und speziell die Todesursachen im Jahreskreis 1906 bis 1910, die wegen der Details zu den besten Arbeiten nicht nur des Landesamts, sondern der Bevölkerungsstatistik überhaupt gehören. Sie stellt die großen Fortschritte fest, die andauernd in der Sterblichkeitsentwicklung des sächsischen Volkes zu verzeichnen sind, und deutet zugleich die noch massenhaft vorhandenen Mängel an, die den Lebensbedingungen in zahlreichen Familien, Hauptmannschaften und Gemeinden an. In beiden, in den Folgen wie in den Mängeln der Sterblichkeitsentwicklung, müssen wir eine volle Bestätigung alles dessen erblicken, was die sozialdemokratische Partei jahrzehntelang an unerschütterlicher Kritik geleistet hat und wir dürfen nur sagen, daß die Erfolge im wesentlichen durch unsere Arbeit erst erkämpft worden sind, sondern auch, daß wir das 9. haben, unsere noch unerfüllten Forderungen mit um so heftiger Schärfe weiter zu erheben.

Dr. Lommatsch hebt rühmend hervor, daß es gelungen ist, die sächsische Lebenserwartung, die im Jahre 1884 noch nur 30 pro 1000 der lebenden Bevölkerung betrug, im Jahre 1910 auf die Hälfte, auf 15,11, herabzubringen; er übersieht aber, daß er damit die städtische Nachlässigkeit in der Landesverwaltung der früheren Jahrzehnte an den wohlverdienten Pranger stellt. Warum ist es denn erst seit den achtziger Jahren möglich geworden, die Leber zu traurigem Stillstand gelangen zu lassen? So mühsam die sächsischen Sterbestatistiken so gewaltig zu mindern? Warum hat man nicht schon früher daran gedacht, daß Gesundheit und langes Leben einer Bevölkerung nur auf dem Kapital eines Landes ist? Warum hat man alle früheren Forderungen der Arbeiter- und Gewerkschaften, besonders auch der Hygiene der Frauen- und Kinderarbeit, in den Wind geschlagen und Hunderttausende gefühllos in ein elendes Grab sinken lassen? Man hat also gar keine Veranlassung, sich mit den späten Erfolgen zu brüsten. Man wird aber auch die Erfolge nicht gar zu sehr verallgemeinern dürfen, wenn es sich um Gründe handelt, die nur Teilerfolge, die allesamt in der Hauptsache nur auf die Besserung der Säuglingssterblichkeit zurückzuführen sind. Gerade die von Lommatsch im einzelnen dargestellte Entwicklung des letzten Jahreskreises belehrt uns darüber, wie wenig die eigentliche Erwerbskraft des Landes, die produktiven Altersklassen von 20 bis 50 Jahren, von den hygienischen Fortschritten profitiert haben, und wie immer noch in vielen Gegenden des Landes geradezu sträflich mangelhafte Zustände bestehen. Lommatsch sagt an einer Stelle sehr richtig, und das ist eine vernünftige Aburteilung aller Eiferer und Gegner einer umfassenden Sozialhygiene: „Die normale Anforderung, die an das menschliche Leben gestellt wird, ist die, daß die Dauer desselben nicht durch irgendeine vorzeitige Veränderung und plötzliche Zerstörung einer oder mehrerer Organe beeinträchtigt wird, sondern daß der ununterbrochene langsame und naturgemäße Verfall des Organismus nach und nach den Tod herbeiführt. Je mehr es demgemäß gelingt, das junge Leben der Neugeborenen zu erhalten, die nach und nach entwickelten Organe zu kräftigen, das sind später vor den Gefahren der sogenannten Kinderkrankheiten zu bewahren, den gesamten Körper langsam zur höchsten Entfaltung und gesunden Tätigkeit zu bringen, und somit den Menschen in diesem Wohlstande denjenigen Altersstufen zuzuführen, in denen ein langsam fortschreitendes Verschleichen seiner Lebensfunktionen eintritt, desto mehr wird dieses Grundprinzip von der Erhaltung des menschlichen Lebens erfüllt werden. Alle Bestrebungen, alle die großen Errungenschaften der medizinischen Wissenschaften kennen im Grunde nichts anderes als einen Kampf gegen Kräfte, die der Durchführung dieser Anforderungen hinderlich sind.“

Eine ganz gesunde Theorie! Aber warum steht sie nur auf dem Papier des Königlich Statistischen Landesamtes? Warum werden die Gewerbeinspektoren nicht veranlaßt, mit dieser Schärfe diese Theorie in die Wirklichkeit umzusetzen? Sind nicht die Revisionsberichte dieser Inspektoren eine endlose Kette von Verneinungen dieser doch so selbstverständlichen Sozialerkenntnis? Die Zahlen bestätigen es. Die Todesfälle wegen angeborener Lebensschwäche der Proletariatskinder sind seit 1906 von 4063 auf 3448 zurückgegangen, gewiß ein Fortschritt, aber doch nur ein recht bescheidener, denn trotzdem ist es nicht gelungen, die Zahl dieser, die aus natürlicher Altersschwäche das Heilliche gesegnet haben, kräftig zu vermehren. Im Gegenteil, die Zahl 6885 aus 1907 hat sich 1910 bis auf 6747 erhöht, die Arbeiterkinder muß nach wie vor alljährlich ins Gras beißen, ohne die von Lommatsch als das Lebensziel hingestellte naturgemäße Altersaufzucht mitmachen zu können. Noch immer gehen an 500 Frauen an Kindbettfieber zugrunde, weil für die Modernisierung des Erbindeutungsweßens nicht genügend Geld da ist; noch immer sterben an 7000 an der Tuberkulose, über 4000 an Augenentzündung, über 3000 an anderen Erkrankungen der Atmungsorgane, 1100 Kinder an der Diphtherie, wovon zwei Drittel getötet werden könnten, wenn Mittel und Einrichtungen danach wären. Ja, die Zahlen für Augenentzündung, Krankheiten des Herzens bzw. der Kreislauforgane, Gehirnleiden und Krebs haben sich sogar noch gesteigert, und alles überschattend: die Zahl der Selbstmorde, diese schwere Anlage gegen die Gesellschaft, ist ununterbrochen von 1469 auf 1637 gestiegen. Das alles sind „Erfolge“, die man am besten mit bedauerndem Stillschweigen übergeht.

Das Geschäft beim Einweihungsummel.

Am 18. Oktober wird, wie vom Deutschen Patriotenbund angekündigt wird, das sogenannte Völkerschicksalsdenkmal bei Leipzig eingeweiht. Das soll natürlich ein großer Kummel werden, doch soll dabei auch das Geld gehörig im Rollen fliegen. Erst vor einen runden, harten Obolus erlegt hat, kann bei den Einweihungsfestlichkeiten ein Pfäffchen bekommen. Der 5 M. zahlt, der darf dicht gedrängt neben Lausenden, auf die man hofft, in dem jetzt noch trockenen Seeboden vor dem Steinloch aufstellen nehmen, das heißt stehen. Ist der Patriot Mitglied eines Militärvereins oder einer anderen chaubinistischen Gründung, die sich an dem Einweihungsummel beteiligt, dann kann er das Siechen im Reichsboden schon für 3 M. haben, aber nur, wenn er geschlossen mit seinem Verein antritt. Billiger wird's überhaupt nicht gemacht.

Wer aber über ein besonders wohlgestilltes Portemonnaie verfügt, der darf sich auch freuen, wenn es's gehörig öffnet. Aber es kostet schweren Trud. Denn es heißt in einem mehreren hundertseitigen Beilageheft, dem wir unsere Kenntnis von dem Geschäftsgewinnen des Patriotenbundes entnehmen, nachdem die Festteilnehmer für 3 und 5 M. erlebte und ihren Platz im Seeboden zugewiesen erhalten haben, unter anderem weiter: „Außerdem werden solche Teilnehmer, die außer dem Preise für die Festkarte noch 100 M. entrichten, auf den mächtigen Tribünen zu beiden Seiten des Denkmals einen Sitzplatz erhalten.“ Ein teurer Sitzplatz! Jedes dafür kann man sich ja auch von den armen Schludern, die sich für 3 und 5 M. im Sande des Seebodens die Beine vertreten können, anstaunen lassen. So recht als Stellbuchein für Prozentpatrioten sind diese Tribünen gedacht. Und man hat offenbar auf viele von der Sorte und gleichzeitig natürlich auch auf eben so viele Hundertmarkcheine gerechnet, denn es sollen ja, wie in dem Zirkular verhandelt wird, mächtige Tribünen sein, von denen man dann wohlwollend auf die unten im Staube Stehenden herabsehen kann.

Allerdings hat der Patriotenbund noch viel Geld nötig. Denn der Steinloch, den man Völkerschicksalsdenkmal nennt, ist zum Teil auf Pump gebaut. Er ist zwar bald fertig, aber nicht weniger wie eine Million ist noch zu zahlen. Der große Zirkular beim Einweihungsummel soll wohl hauptsächlich dazu dienen, das Millionen-Ronto etwas zu vermindern. Zu diesem Zwecke geht man ja auch schon seit Jahren mit einer Lotterie schnorren. Durch das erwähnte Zirkular wird gleichzeitig verkündet, daß die 26. Serie demnächst beginnen wird. Sie wird als die glänzendste aller Gelegenheitslotterien bezeichnet. Wie mag es aber da mit anderen solchen Lotterien bestellt sein, wenn das richtig ist! Der deutsche Patriotenbund rühmt seiner Lotterie nach, daß für 15 222 Gewinne insgesamt 28 500 M. ausbezahlt werden. Gleichzeitig wird aber verraten, daß 200 000 Lose zu je 3 M. ausgegeben werden. Man nimmt also 600 000 M. ein und gibt an Gewinnen nur 28 500 M. aus; behält also mehr als die Hälfte, nämlich 341 500 M., für sich. Davon sind allerdings noch Geschäftskosten und Steuern abzuziehen. Aber es bleibt doch ein nettes Geschäft, das hier erneut auf Kosten der Lotterielieferer gemacht werden soll.

Der Patriotenbund versteht das Geschäft. Seine nächsten Verwandten mit gefüllten Portemonnaies will er gelegentlich um eine größere Anzahl Hundertmarkcheine erleichtern und vom Volke halt er es tadelnd ein, wenigstens von denen, die auf die Geschichte hineinfallen.

Noch immer Exerzierplatz-Schwulitäten.

Aus dem gestern erwähnten Anlauf des Geländes auf Rosenbainer Platz für einen Exerzierplatz in Löbau ist nichts geworden. Denn es wird heute aus Löbau gemeldet: „Die Verhandlungen mit den Guts- und Feldbesitzern in Rosenbain, auf deren Flächen der Exerzierplatz für das hier in Garnison kommende Jägerbataillon Nr. 12 angelegt werden sollte, sind wegen zu hoher Forderungen der in Frage kommenden Besitzer resultatlos geblieben. Pro Acker wurden durchschnittlich 300 M. jährlicher Pacht gefordert. In Frage kamen 37,5 Acker. Die kleinen Bauern werden ja nun vorläufig ihr Land behalten, wenn sie sich nicht noch breiischlagen lassen, aber Löbau hat noch immer keinen Exerzierplatz.“

Vom Weberelend.

Aus Hohenstein-Ernstthal wird uns geschrieben: „Im Laufe dieser Woche fanden durch den Schulrat Herrn Sommer an der Schule wieder Untersuchungen der Schulfinder an Turarmut und Unterernährung statt. Diese Feststellung ist sehr bezeichnend für die hiesigen Verhältnisse. In keinem Berufe können so niedrige Löhne gezahlt werden als beim Weber. Es ist einfach rätselhaft, wie sich noch die Vermissten der Armen von dem niedrigen Verdienst ernähren können. Mit dem niedrigen Verdienst geht aber auch das Absterben der Hausindustrie Hand in Hand. Von Jahr zu Jahr schwindet der Hand-Webstuhl immer mehr und treibt viele ältere ehemalige Handweber in die Fabriken, wo sie den jüngeren Webern zum Lohnrücker werden. In der letzten Zeit ließ die Kreisverwaltung Juidau in hiesiger Stadt Erhebungen anstellen über Löhne und Verhältnisse in der Heimindustrie und zog Nachschüsse ein, wie dieser Webindustrie zu helfen sei. Leider dürfte sich dagegen gar nichts tun lassen, denn der Zeitgeist schafft selbst Verderbung, und viele intelligente, schlecht bezahlte Weber haben sich bereits anderen Berufen zugewandt. Hilfe konnten nur vor Jahren die Fabrikanten schaffen, und diese bestand darin, daß man die Weber menschenwürdig einlohtete, anstatt sie auszubedenen bis auf den letzten Blutstropfen.“

Wählerverfammlungen ohne Zuhörer.

Der nationalliberale Landtagsabgeordnete Beda wollte dieser Tage in einer öffentlichen Versammlung in Strebla seinen Wählern Bericht über seine Tätigkeit im Landtage erstatten. Die Streblaer „Defensivität“ wurde dem sage und schreibe sechs Personen gebildet. In Würsichen war wenige Tage später bei der gleichen Gelegenheit der Besuch so schwach, daß die Versammlung überhaupt nicht abgehalten werden konnte. Dazu wird von nationalliberaler Seite bemerkt:

Wirklich hört man sagen, daß die parlamentarischen Vertreter des Wahlkreises zu wenig Fühlung mit ihren Wählern behalten und sich gewöhnlich erst dann zeigen, wenn eine Neuwahl vor der Tür steht. Im diesem Vorwurf zu bezeugen, war Herr Beda nach Würsichen gekommen, um über seine Tätigkeit als Landtagsabgeordneter zu referieren, aber aber nicht kam, das waren die national-gestimmten Wähler!

Zu dem schwachen Besuche der Versammlung in Strebla bemerkt das nationalliberale Blatt in Würzen, es gehe aus diesem Besuche mit aller Deutlichkeit hervor, daß die konservative Partei zu dem letzten Mittel, zu dem Vorkost ge-griffen habe, um der Ausbreitung liberaler Ideen nach Möglichkeit zu steuern. Die Konservativen bestreiten natürlich, daß von ihrer Seite ein Vorkost der nationalliberalen Versammlungen durchgeführt werde.

Dieser Streik ist um so lustiger, weil Beda mit konservativer Hilfe gewählt worden ist.

Folgen der Zündholzsteuer.

Wie der Streichholz- und Tabaksmuggel an der sächsisch-böhmischen Grenze betrieben wird, zeigte eine Verhandlung vor dem Landgericht Chemnitz. Als Hauptperson des Schmuggels wurde der aus Straßburg in Wöhmen gebürtige, in Weißen wohnhafte 34jährige Arbeiter Benzyl Krauß ermittelt. Ihm wurde zur Last gelegt, im August und September 1912 an

mindestens 50 Tagen auf Schleichwegen 80 Kilogramm Tabak und für 7500 M. Streichhölzer von Oesterreich nach Sachsen eingeführt, ohne die Steuer hierfür entrichtet zu haben. Auf seinen Schmugglerwegen trug er einen besonders geeigneten Mantel, in dem er bequem für 2 oder 3 Kronen Waren bergen konnte. Das Urteil lautete auf 1524 M. Geldstrafe und auf 507,50 M. Wertesatz.

Juidau. Die Stadtverordneten stimmten gestern einem Antrage des Rates zu, die durch die Uebernahme des Elektrizitätswerkes und der Straßenbahn am 1. Januar 1914 entstehenden Kosten sowie die zur Erweiterung des Kabelnetzes und Weiterführung der Straßenbahn erforderlichen Summen durch Aufnahme einer Anleihe von 5 Millionen Mark, verzinslich zu 4 Proz., aufzubringen. Die Anleihe soll an ein Bankenkonsortium, bestehend aus der Vereinsbank Juidau, der Sächsischen und der Dresdner Bank sowie der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt, begeben werden.

Freiberg. Wie bestimmt bekannt ist, hat die im vorigen Sommer veranstaltete dreimonatige Erzgebirgische Gewerbe-, Industrie- und landwirtschaftliche Ausstellung einen nicht unbeträchtlichen Reingewinn zu verzeichnen, der vor allem auf das Konto der Ausstellungslotterie zu setzen ist. Man spricht von etwa 20 000 M. Reingewinn. Ursprünglich hatte man mit einem großen Nettobetrag gerechnet, da die gesamte zweite Ausstellungshälfte verregnet war. Ueber die Verwendung des Reingewinns soll demnächst beschlossen werden.

Hier haben sich unter städtischer Förderung Interessenten zusammengesetzt, um die Gründung eines Bergbau-Museums in die Wege zu leiten, das in großartiger Weise alle Erinnerungen an Freibergs Bergbau sammeln und in einer technischen und kulturellen Abteilung zusammenfassen soll. Ende September 1913 wird bekanntlich der staatliche Bergbau hier eingestellt.

M. Chemnitz. Die Einäscherung des Genossen Hermann Pöschner fand am Dienstag nachmittag unter zahlreicher Beteiligung statt. Partei- und Gewerkschaftsgenossen und Genossenschaftsmitglieder sowie eine Deputation der Verfassungskommission erwiesen ihm die letzte Ehre. Es sprachen am Sarge des Verstorbenen Genosse Caspar namens der Partei, Vermer im Namen des Holzarbeiterverbandes, Reichel namens der Lagerhalter und Wiener im Namen des Allgemeinen Konsumvereins, dem der Verstorbene lange Jahre als Vorstandsmittglied, die letzten Jahre als Lagerhalter gedient hat. Ein treues Andenken ist dem äußerst rühmlich gewesenen Genossen sicher.

Mühlau. Das Gewerkschaftsamt hatte an den Stadt-gemeinderat das Ersuchen gerichtet, gemeinsam mit den benachbarten Städten Reßschlau und Reichenbach Vieheinläufe und Schlachtungen vorzunehmen, um der Feuerung zu wehren. Stadtr. Keil hat den Bürgermeister, sich mit den Nachbarkräften in Verbindung zu setzen. Der Bürgermeister antwortete, daß man sich schon längst mit der Frage im Stadtrat beschäftigt habe, zuerst aber davon absehen müsse, da die von der Reichsregierung ernannte Kommission zur Er-forschung der Feuerungsursachen ihre Arbeiten noch nicht beendet habe. (1) Stadtrat Werfel bemerkte, daß das Gesuch, so gut es auch gemeint sei, gegenwärtig nicht zur Durchführung kommen könne, weil es im ganzen Reiche an Schlichtungs-mangeln. Hierauf ließ man das Gesuch auf sich beruhen.

Verbau. Auf ein Gesuch der Arbeiterorganisationen hin hat der Stadtrat die Genehmigung zu einem Umzuge durch die Straßen der Stadt am 1. Mai erteilt.

Limbach. Der frühere konservative Landtagsabgeordnete Rittberger ist durch einen Schlaganfall gelähmt und der Sprache beraubt worden. Da keine Aussicht auf Besserherstellung besteht, ist von den Verwandten der Konturs angeeignet worden.

Altenberg i. Erzg. Zur Erinnerung an den Besuch Goethes in Altenberg soll am Aberggraben ein Gedenkstein errichtet werden. Rüstige Natursteine sollen aus der Umgebung zusammengetragen werden und eine einfache Inschrift an den Dichter erinnern. Das Denkmal soll im Sommer geweiht werden. Ein Komitee ist zur Derwirklichung des Gedenkens tätig.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In der Nacht zum Mittwoch fand auf dem Bahnhof Schönberg i. V. beim Abgehen von Wagen vom Leipzig-Hofer Güterzuge dem Güterbodenarbeiter Schneider beide Unterschenkel überfahren worden. Der Verunglückte, der auf ärztliche Anordnung dem Krankenhaus Witten i. V. zugeführt wurde, ist kurz nach seiner Entlassung desselbst gestorben. — Die Staats-anwaltschaft Plauen setzt 400 M. Belohnung aus für die Ermittlung des Mörder der 15jährigen Arbeiterin Friede Schäfer in Wilmshaus bei Teulen. Die Erörterungen über die Täterschaft des seit Sonntag in Untersuchungshaft befindlichen Dachdeckers Ritter aus Großritzen-walde sind noch nicht abgeschlossen. — Durch Ausfahren auf Grund und bei Diebstahl a. d. Erde zwei bergwärts fahrende Bahnhöfe havariert. Der eine, vom Steuermann Felch geführte, der Antzaglo-fohle geladen hatte, ist auf Grund gegangen. Die Ladung ist größtenteils verloren. Der Kahn gehört der Firma Schinte in Schwandau. Das Led des zweiten Kahnens konnte abgeholt und der Kahn so vor dem Sinken bewahrt werden. — Der zwischen Annaberg und Geyer verkehrende Omnibus erlitt kurz vor Siebenbrunn einen Unfall infolge, als er beim Schwenken Strohballen an einen Baum stieß, in einen Graben fuhr und dann an den diesen begrenzenden Bahndamm anprallte. Von den etwa 2000 Insassen wurden mehrere leicht verletzt. Der Omnibus erlitt einige Beschädigungen.

Stadt-Chronik.

Die Entwicklung des Volksversicherungswesens.

Zu den sozialisierenden Tendenzen unserer Zeit gehört auch das Versicherungswesen, das in den letzten Jahrzehnten eine kolossale Entwicklung genommen hat. Mächtige Versicherungsanstalten sind entstanden mit riesigen Verwaltungsapparaten, und es gibt fast keine Gefahr, gegen die man sich nicht versichern kann, und fast keine Person, die nicht tatsächlich gegen irgendeine Gefahr versichert wäre. Die Versicherungseinrichtungen wollen durch den Zusammenschluß gleichgearteter Elemente, also auf dem Wege der Solidarität, die Gefahren abwendigen, denen der Einzelne nicht Widerstand bieten kann, weil er zu schwach ist. Allerdings haben die Versicherungsanstalten noch manche Mängel und Auswüchse — z. B. das treibende Moment, für die Unternehmer Gewinne herauszuschlagen —, auf deren Beseitigung hingearbeitet werden muß. Die gewerkschaftlich-gemeinschaftliche Volksfürsorge schlägt auch hier Prese.

Der soeben dem Reichstag zugegangene Entwurf eines Gesetzes wegen Minderung der Reichs-Jahressteuer (zur Deckung der Militärborlage), der für das ganze Reich die Verschönerungsbeiträge einer Steuer unterwirft, enthält auch Inter-

Seite 4
Leixdorf
Sitzung
Beitrag
Bund
Merchor.
Feier
9 Uhr
[V71]
notwendig.
ung!
U.
ng
borlage.
burg.
g.
idriff.
FANZ
Schänke
Tel. 1702
best. empl.
restaur.
14
gestrich.
Nachtfest
deutscher.
ZEN
Artikel
nger
der Platz.
stelle
u. Jand.
1903.
10. I.
aus
Artikel
billig
10. I.
160-8
ter
K332
kerode.
k
teilung
stiftung
er
städ-
boher
lang.
haben
125
er für
Woch
3 1009

effante, teilweise noch nicht veröffentlichte Angaben über den Umfang des privaten und öffentlichen Versicherungswesens. Ausgenommen ist die soziale Versicherung durch die Reichsversicherungsordnung, die ja steuerfrei bleiben soll. Unter allen Versicherungszweigen steht oben an die Versicherung unbeweglicher und beweglicher Gegenstände gegen Feuer- und Diebstahl. Vom Jahre 1906 auf das Jahr 1911 haben sich die gegen Feuer versicherten Werte im Deutschen Reich von 166 auf 213 Milliarden Mark vermehrt. Von dieser Summe entfallen circa 115 Milliarden Mark auf Immobilien (Hausgrundstücke etc.) und 98 Milliarden Mark auf Immobilien (Hausgrundstücke etc.). Circa 134 Milliarden Mark sind bei Privatgesellschaften und 79 Milliarden Mark bei öffentlichen Anstalten (Landesbrandkassen etc.) versichert. Die jährlich zu entrichtenden Prämien betragen bei privaten Anstalten 165 Millionen und bei den öffentlichen Anstalten circa 98 Millionen Mark. — In zweiter Linie kommen die Lebens- und Rentenversicherungen. Die Versicherungssumme beträgt zurzeit etwa 15 Milliarden Mark. Die Jahresprämien erhöhten sich von 644 Millionen Mark im Jahre 1909 auf 745 Millionen Mark im Jahre 1911. Unter letztgenannten Summen befinden sich 56 1/2 Millionen Mark vom Ausland gezahlter Tarifrämien. In weiterer Linie steht die Unfall- und Haftpflichtversicherung. Die Einnahmen an Tarifrämien erhöhten sich vom Jahre 1909 auf 1911 von 91 auf 110 Millionen Mark. Hierzu kommen noch im Jahre 1911 etwa 80 Millionen Mark Einnahmen an Tarifrämien. Die in der Einbruchsdiebstahl- und Gas- und Wasser-Vericherung versicherten Werte erhöhten sich von 1909 bis 1911 von 11 auf 13 Milliarden Mark. Für die Transport- und Seeverversicherung besteht noch keine Statistik. Die hier versicherten Werte werden aber auf 12 Milliarden Mark geschätzt. Die Vieh- und Hagelversicherung soll — ein Geschenk an die Landwirtschaft — steuerfrei bleiben. Die Statistiken des Aufsichtsamtes für Privatversicherung zeigen, daß die Gesellschaften 1911 eine Prämien-einnahme von 40 Millionen Mark hatten. Die sonstigen Versicherungen (Sturmschäden, Reise- etc. Versicherungen) brachten noch 4 1/2 Millionen Mark Prämien-einnahmen.

Bei sämtlichen der Reichsaufsicht unterstehenden Versicherungsunternehmen (mit Ausnahme der sozialen Versicherung und der Rückversicherungsanstalten) wurden 1909 aus den in Deutschland abgeschlossenen Versicherungsverträgen insgesammt 979 Millionen Mark Versicherungsprämie eingenommen. Inzwischen haben sich, wie die Zahlen zeigen, die Einnahmen noch wesentlich erhöht.

Die zweifelhafte „Öffentlichkeit“.

Ueber die Öffentlichkeit des Militärgerichtsverfahrens wird uns unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse am Dresdner Militärgericht geschrieben. Fortwährend wird in der Presse — und auch jetzt bei Beratung des Militärrechts im Reichstage — über die Zunahme der geheim geführten Militärgerichtsverfahren Klagen geführt. Mit Recht. Gegen Angehörige des Offiziersstandes wird fast immer hinter verschlossenen Türen verhandelt; stets mit der Begründung, daß militärische Interessen oder die Disziplin gefährdet seien. Wenn Erstinstanz vor Gericht steht, wird eben, von Ausnahmen abgesehen, die Öffentlichkeit ausgeschlossen, ganz gleich, ob es sich um eine Duellaffäre oder um andere mit dem Dienst in keinem Zusammenhange stehende Dinge handelt. Die Militärjustiz schließt sogar die Öffentlichkeit aus, wenn Sachen zur Verhandlung stehen, deren Einzelheiten bereits vorher bekannt waren, und man versucht dann noch der Presse einen Wautorkord umzuhängen, indem man die Einführungsbestimmungen zum Militärgelehr heranzieht, wonach über in geheimer Verhandlung zur Sprache gekommene Dinge nicht berichtet werden darf.

Eine andere lässige und zur Kritik herausfordernde Erscheinung ist die Zunahme der geheim gehaltenen Militärgerichtsverfahren. Das hiesige Kriegsgericht verfolgt hier eine Praxis, die geeignet ist, die geordnete Öffentlichkeit des Militärgerichtsverfahrens illusorisch zu machen. Eine eigentliche Bekanntgabe der Verhandlungen findet am hiesigen Kriegsgericht nicht statt; es ist wohl eine schwarze Tafel angebracht, wo die Verhandlungstermine angefahren werden, aber diese Tafel ist nur zu dem Zwecke da, damit sich die beiden Divisionen wegen des Verhandlungsaalles gegenseitig verständigen können. Das ist mehrfach von Kriegsgerichtsständen berichtet worden. Also ein Recht der Presse, von den Verhandlungen zu erfahren, besteht nach Ansicht des hiesigen Kriegsgerichts nicht. Auf wiederholte Vorstellungen ist immer erklärt worden, daß es eine Bestimmung, die Verhandlungstermine durch Anschläge bekannt zu geben, nicht gibt. Dieser Mikrotrotismus ist allerdings in hohem Maße geeignet, das öffentliche Verfahren zur Farce zu machen.

Um über die Militärgerichtsverfahren immer genügend unterrichtet zu sein, bedarf es großer Aufmerksamkeit, die auch noch dadurch erschwert wird, daß eine Auskunft so gut wie gar nicht zu erhalten ist. Die Beamten, Angestellten und Schreiber sind angewiesen, die größte Verschwiegenheit an den Tag zu legen. — Schlimm ist es auch mit den Verhandlungen, die auswärts stattfinden. Erfährt man nicht durch Zufall von nach außerhalb verlegten Verhandlungen und ist auch in der Garnison nichts davon bekannt, dann führt das Gericht so gut wie hinter verschlossenen Türen und hält eine „öffentliche“ Sitzung ab. Es muß auffallen, daß gerade recht unfaßbare und unangenehme Dinge auswärts verhandelt und damit der Öffentlichkeit entzogen werden. Erst vor einigen Tagen wieder wurde in einer Verhandlung eine Affäre gegen einen Sergeanten und in einer Strafsache gegen einen Hauptmann in Vaangen verhandelt. Diese Sachen sind durch völlige Geheimhaltung der Öffentlichkeit vorenthalten geblieben. Wenn Zweckmäßigkeitsgründe und Sparmaßnahmerückichten für eine Verlegung der Verhandlung nach auswärts sprechen, so wird man dagegen nichts einzuwenden haben, sondern bekanntgeben und wenn die dort zur Sprache kommenden Dinge auch unangenehm sind. Wozu also diese Geheimnisthümerie? Das Recht der Öffentlichkeit darf unter keinen Umständen beschränkt werden.

Die Kirche

hat einen guten Wagen, sagt ein altes Wort im Volksmunde. In dieses Wort denkt man unwillkürlich, wenn man sieht, welche Summen die Gemeinde Dresden für die in ihren Mauern sich befindlichen Kirchen alljährlich aufzubringen hat. Es gibt zurzeit in Dresden 23 Kirchen, 18 in der Altstadt und 7 in der Neustadt. Uns scheint die Zahl recht reichlich zu sein,

die Geistlichen und sonst noch der entgegengesetzten Richtung Interessierten werden freilich anderer Meinung sein. Denn in verschiedenen Bezirken der Stadt verlangen diese interessierten Kreise neue Kirchen. In Lübbau z. B. soll die Nachfrage der Kirchenbesucher schon längst das Angebot von Kirchenplätzen weit übersteigen. Wir wissen nicht, ob das richtig ist. Best steht aber, daß sich die weitaus meisten „Gotteshäuser“ über allzu starken Andrang nicht zu bewähren haben. — Nach einer Zusammenstellung der Erhebung von Kirchensteuern für die 23 evangelischen Kirchen auf das Jahr 1913 ergibt sich ein Bedarf von 1493 910 M. gedeckt werden, durch Grundsteuer 1 078 581 M., Kirchensteuer mit dem größten „Bedarf“ von 163 508 M. obenan; ihr am nächsten im Reihem kommt die Trinitatiskirche mit 161 168 M. Dann folgt die Lukasikirche mit 98 826 M. und dann geht es herunter bis auf 9568 M., womit sich die Thomaskirche bescheidet. Der Prozentfuß der für die einzelnen Kirchen aufzubringenden Beträge ist sehr verschieden. Er schwankt zwischen 8 (Lukasikirche) und 26 (Weißhofkirche) Prozent. Diese Ungleichheit hat früher zu lebhaften Auseinandersetzungen, auch im Stadtverordnetenkollegium, Anlaß gegeben. Seit einigen Jahren sucht man durch eine sogenannte Hilfskasse diesem Uebelstande entgegenzuwirken, durch Beiträge aus dieser Hilfskasse werden die höchsten Prozentsätze bis auf 14 ermäßigt. Zimmerhin besteht noch eine Differenz von 6 Prozent zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Satz. Die Mitglieder von sechs Kirchengemeinden dürfen sich schmeicheln, den höchsten Satz von 14 Prozent ihrer städtischen Steuern der Kirche zu opfern.

Der städtische Tiefbau

erfordert in diesem Jahre nach den Vorschlägen des Finanzausschusses eine Ausgabe von 2 160 335 M., der eine Einnahme von 476 000 M. gegenübersteht, so daß ein Zuschuß von 1 684 335 M. zu leisten ist. Von größtem Interesse an Straßen kommen in Betracht: Pflasterung der Bodenbacher Straße zwischen der „Grünen Wiese“ und dem Gasthof Vorstadt Seidnitz 40 500 M., Erneuerung gepflasterter Straßen: Rabenberger Straße zwischen der Post- und Stolpener Straße 20 200 M., Doppelstraße im Anschluß an die Unterführung der Heerstraße unter das Bahngleis 12 700 M., Ziegelstraße zwischen dem Grundstücke Nr. 46 und der Schulgasse 39 000 M. und Pfotenauerstraße zwischen der Ostseite der Arnoldstraße und der Neubrückstraße 107 100 M., Neupflasterungen: Gerbergasse zwischen der Großen Zwingerstraße und dem Grundstück Gerbergasse 24 32 840 M., Malergässchen in ganzer Länge 7 490 M., Große Zwingerstraße zwischen der Stra-Allee und der Wettinerstraße 42 000 M. und die westliche Straße an der Kreuzstraße in Verlängerung der Pflanzgasse 10 600 M. Asphalt-Erneuerungen: Albersplatz im Zuge der Hauptstraße zwischen der König-Albert- und Baupner Straße 11 050 M., König-Albert-Straße zwischen der Willersstraße und dem Grundstück Nr. 27 19 300 M., Wilmars, nördliche Seite, 19 600 M., Marienstraße in ganzer Länge 57 000 M., Brunner Straße zwischen dem Birnischen Plage und der Albrechtstraße 51 600 M. und Vorplatz im Zuge der Bildrufer Straße und der Wettinerstraße 9 400 M. Die Verstellung eines Automobil-Projektlages an der Stra-Allee gegenüber dem neuen Schauspielhaus kostet 15 400 M. Dagegen empfiehlt der Finanzausschuß, im Einverständniss mit dem Tiefbauamt, für die Erneuerung der gepflasterten Fahrbahn in der Freiberger Straße zwischen der Papiermühlengasse und dem Jagowwege statt der in den Hausgaltplanen eingezeichneten 29 330 M. nur 15 000 M. zu bewilligen, da das Pflaster zwischen den Straßenbahngleisen und auf der einen Seite der Fahrbahn noch in gutem Zustande ist, daß eine Erneuerung zurzeit nicht notwendig erscheint. Ferner empfiehlt der Finanzausschuß zu streichen vier Beträge von insgesamt 36 570 M. für Umwandlung der geschotterten Kesseldorfer Straße zwischen der Endstation der Straßenbahn und der Burggrenze mit Albergord in eine gepflasterte, für Erneuerung der gepflasterten Albergasse zwischen der Bachstraße und Semmarstraße, für Asphaltierung der westlichen Rundstraße des Albersplatzes zwischen der König- und der Carolinentstraße, für Asphaltierung der östlichen Rundstraße des Albersplatzes zwischen der Georgen- und der Hospitalkstraße.

Die städtischen Markthallen erfordern einen reichlichen Zuschuß, der nach dem städtischen Haushaltsplan für das Jahr 1913 für alle drei Markthallen auf 47 257 M. ansgemessen ist. Dabei sind die Einnahmen in allen drei Markthallen und zwar sowohl Standgelber als auch Keller- und Lagergelber etwas höher als im Voranschlage eingestellt worden. Für Standgelber werden erwartet bei der Hauptmarkthalle 167 600 M., bei der Markthalle am Antonienplatz 119 000 M. und bei der Reichstädter Markthalle 20 200 M. Für Keller- und Lagergelber sind für 1913 eingestellt bei der Hauptmarkthalle 17 400 M., bei der Markthalle am Antonienplatz 12 300 M. und bei der Reichstädter Markthalle 3500 M. Die Gesamteinnahmen stellen sich bei der Hauptmarkthalle auf 257 850 M., bei der Markthalle am Antonienplatz auf 141 150 M. und bei der Reichstädter Markthalle auf 25 800 M. Das sind zusammen 434 600 M. Die Ausgaben für sämtliche drei Hallen betragen 471 787 M., das sind 26 653 M. mehr als im Vorjahre. Die Mehrausgaben sind in der Hauptsache durch Beamtenvermehrung, durch außerordentlichen Unterhaltungsaufwand usw. entstanden.

Ein Eisenbahnprojekt, das vor längerer Zeit lebhaft erörtert wurde, das man aber als zurzeit nicht ausführbar betrachtet, taucht jetzt wieder in der Presse auf. Es handelt sich um eine möglichst kurze Verbindungsstrecke zwischen Dresden und dem nordböhmischen Kohlenbecken. Die neue Bahn sollte bei Reich abbiegen und über Witzern, Aretsch nach Dippoldiswalde und weiter durch das Witzern nach Waldau geführt werden, wo die Strecke etwa 150 Meter tiefer als die jetzige Bahn den Ramm geschnitten hätte. Das Projekt schien endgültig erledigt zu sein. Wie aber nun mitgeteilt wird, ist es der Deutschen Bank, die wegen Erschließung ihrer bedeutenden Kohlenfelder in Nordböhmen eine eifrige Förderin des Plans ist, gelungen, die Kosten für die Vorarbeiten in Verbindung mit den in Frage kommenden Gemeinden zur Verfügung zu stellen, so daß mit dem Ausmessen der Strecke usw. demnächst begonnen werden soll.

Die Zahl der Zwangsversteigerungen im Bezirk Dresden betrug im ersten Vierteljahr 1913 insgesamt 48. Davon betrafen 28 Wohnhäuser mit Zubehör und 7 Hauslotten. Es ergab sich ein Hypothekenausfall von zusammen 616 480 M. Außerdem fanden im genannten Zeitraum noch 8 Zwangsversteigerungen an bei denen jedoch, in einem Falle der Zu-

schlag ausgelegt, in zwei Fällen das Verfahren aufgehoben und in fünf Fällen das Verfahren einstweilen ausgelegt wurde. Generalversammlung im 5. Kreise. Die Genossen und Genossinnen der Parteiorganisation im 5. Wahlkreise, Dresden-Mittstadt, werden auch an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß heute Donnerstag, abends 9 Uhr, die Generalversammlung in der Zentralhalle stattfindet.

Viktoria-Salon. Der neue Komiker Weinreich in der Militär-Burleske „Der Stolz der 2. Kompagnie“ gibt Donnerstags den 1. Mai (am Himmelfahrtstag) seine Premiere. Es finden an diesem Feiertag zwei Vorstellungen statt, und zwar nachmittags 4 Uhr mit ermäßigten Preisen und abends 8 Uhr. In beiden Vorstellungen tritt Weinreich mit seinem Ensemble auf.

Unfälle. Auf der Gallenbrücke scheuten vor einer Lokomotive die Pferde eines der Firma Wäpge gehörigen Postgeschirres. Der Kutscher Moritz Geibel kam hierbei, als er gerade das Schließzeug anging, zu Schanden und verlegte sich den linken Arm so erheblich, daß er nach seiner Wohnung im Schleichhaus 9 gebracht werden mußte. — Ein heftiger Zusammenstoß erfolgte zwischen einem Privatautomobil und dem Geschäftsautomobil eines Fleischvermeiers aus Vorstadt Galla an der Ecke der Könnern- und Wettinerstraße. Es entstand verschiedener Materialschaden, insbesondere an dem Privatautomobil.

Vermischte Nachrichten. Die Geschäftsräume der Stadthauptkassette werden am 25. und 26. April geöffnet. Deshalb können an diesen Tagen dort nur dringliche Angelegenheiten erledigt werden. — Ein Lande d i e wurde auf seiser Tat ertappt. Auf der Frauenstraße erschien in einem Kolonialwarengeschäft ein Mann in Arbeitskleidung, um für einige Pfennige Kaffee zu kaufen. Während die Verkäuferin den Kunden bediente, ließ er konventionell hinter seiner Schürze verschwinden. Der Diebstahl wurde jedoch bemerkt und die Verkäuferin eilte dem mehrfachen Kunden nach. Es gelang ihr, den Mann auf der Großen Weißberggasse einzufangen. Der Spitzbube wurde einem Gendarmen übergeben. — Im „Briefkasten“ eines hiesigen Wochenblattes war dieser Tage zu lesen: „In Ergänzung Ihrer Zuschrift können wir Ihnen mitteilen, daß besagte Säule der P a u s e b e i s t e t p a r t e i nicht nur mit der Frau des genannten hiesigen Geschäftsmannes Reisen zu gewissen nach Württemberg gemacht, sondern sie jetzt sogar auch in sein Haus aufgenommen hat, da der respektive Ehegatte sich von ihr loslöste und ihr die Tür wies. Dieses Triolenverhältnis wird natürlich von der Gattin des Scheiters durchaus nicht gebilligt, und sie soll bereits die Scheidungsklage eingereicht haben. Selbstredend billigen wir diese Eheirungen nicht, zumal der Herr das Ehrenamt eines Stadterordneten innehat, aber wir möchten doch davon absehen, auf die Affäre einzugehen. Es handelt sich ja im großen ganzen nur um eine Privatangelegenheit, und so lange sich die Sache nicht zu einem öffentlichen Skandal auswächst, liegt kein Anlaß vor, die Öffentlichkeit damit zu belästigen.“

Aus der Umgebung.

Leubnitz-Neuostra. Morgen Freitag abend 7 1/2 Uhr öffentliche Generalversammlung im Ratssitzungszimmer. Wichtige Tagesordnung! Burgwitz. Die schon seit längerer Zeit schwebenden Differenzen zwischen einem Genossen und Herrn Gasthoff besitzer Kellig hier sind jetzt endgültig beigelegt worden. Die Verwalterung. Gleichgültig sei vor der Agitation der Agenten der privaten Versicherungsgesellschaften gewarnt, indem in kürzester Zeit die von den Genossenschaften und Gewerkschaften gegründete Volksfürsorge ins Leben treten wird. Niederwiesdorf. Freitag den 25. April findet in Jahns Restauration öffentliche Gemeinderatsitzung statt. Die Tagesordnung ist sehr wichtig.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Eine Diebstahlschlichtung. Von fünf Personen nahm auf der Anlageplatz Platz, die in den Monaten Dezember und Januar hier ihr Wesen trieb. Die am meisten Beteiligten waren der Arbeiter Walter Max Dietrich, 21 Jahre alt, der im März in Breslau zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, und der schon mit Zuchthaus verurteilte 27jährige Arbeiter Richard Oskar Fischer. Als Minderbeteiligte kamen in Betracht der 39jährige Händler Emil Wägold und der 32jährige Arbeiter Wilhelm Knoche, sowie als Gehilfin die Ehefrau des H. Eine große Reihe Diebstähle von Wertgegenständen, Raumzeug und Aemien kommt letztlich auf das Konto Dietrichs. Er hat früher selbst einmal Gehirnan und einen Kartoffelhandel gehabt, bezwungen denoraute er diesen Artikel. Fischer Spezialist waren hauptsächlich Fahrräder und Kinderwagen. Aber auch Kleidungsstücke, Betten und alle anderen Gegenstände finden Grade ihr Wesen. namentlich, wenn Leute zusammen „auf Arbeit“ gingen. In einem Hause war die Frau eine goldne Uhr mit Ketten und 100 M. bei mehreren Hochrod- und einem Bettendiebstahl war Wägold und bei einigen anderen Knoche beteiligt. Außerdem mußten sie, da sie im Besitz von Legitimationspapieren waren, hauptsächlich den Verkauf der gestohlenen Sachen besorgen. Frau H. war da mit tätig. Sämtliche Angeklagten waren gesund und gaben das ihnen zur Verfügung stehende. Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, warum er sich nicht um Arbeit in seiner Branche gekümmert hätte, antwortete Fischer: für einen, der im Zuchthaus war, ist es schwer, wieder in geordnete Verhältnisse zu kommen, er wußte genau, daß er „dank der Polizei“ keine Arbeit erhalten hätte, man würde förmlich von der Polizei verfolgt. Der Vorsitzende gab zu, daß ähnliche Verhältnisse bestanden hätten, alle diese Bestimmungen würden jetzt aber milder gehandhabt. Das Urteil lautete bei Dietrich auf eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, bei Fischer auf 3 Jahre 3 Monate Zuchthaus, 6 Jahre Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, Wägold 1 Jahr 10 Monate, Knoche 6 Monate und Frau Knoche 1 Monat Gefängnis.

Der unglückliche Don Juan.

Der wegen Betrugs und Diebstahls bestrafte Kontorist Rudolf Prählich hatte ein Verhältnis mit einer Arbeiterin, Fräulein H. Er verkehrte bis 31. Januar 1913 jeden Abend in deren Familie; an diesem Abend nahm er die dem Mädchen gehörige, auf dem Tische liegende Uhr in Werte von 80 M. mit. Denselben Tag war er auch stellungslos geworden. Angeblich, um sich Stellung zu suchen, war er am 4. Februar in Wirma, dort verabschiedete er die Uhr des Mädchens, da ihm sonst das Geld nicht zur Rückfahrt nach Dresden reichte. Hier angekommen, traf er einen Freund, mit dem er sich noch in einem Beschäftigungs-Büro befand. Am Eschlag des selben Tages er als Kandidat seine Dams nach Hause, von der er am Hauptbahnhof erfuhr, daß sie in — Klingenberg wohnte. Er fuhr mit nach Klingenberg. Beim Aussteigen auf dortigem Bahnhof trat er

Schl. fürzte und verlor das Bewußtsein, das er erst im Krankenhaus überleben, wobei er transportiert wurde, wieder erhalten haben will. Hier wurde er verlegt bis zum 24. Februar. Während der Krankheitsdauer lernte er einen jungen Mann B. aus Großharthmannsdorf kennen, der gleich ihm Patient war, aber nach der Entlassung B. noch im Krankenhaus verbleiben mußte. Am 23. Februar begab sich der Angeklagte nach Großharthmannsdorf zur Mutter seines neuen Freundes und bemog sie unter falschem Vorwande, ihm 8,50 M. für ihren Sohn zu geben, die er sofort einbezogen wollte. Er erhielt das Geld sofort, begab sich aber damit nach Dresden. Da es abends war, kam er nicht zum Hause seiner Mutter zurück. Hierbei bemalte er sich, dem Pianisten Benarim feilgenommen. Hierbei wurde er vom kontrollierenden Beamten festgenommen. Hierbei wurde er vom kontrollierenden Beamten festgenommen. Hierbei wurde er vom kontrollierenden Beamten festgenommen. Das Urteil lautete wegen Rückfallsdiebstahls, Rückfallsbetrugs und Heberei auf 9 Monate Gefängnis, 1 Tag Haft und 8 Jahre Ehrenrechtsverlust.

Schöffengericht.

Bedenkliche Manipulationen

frachten den Maurer Karl Hermann Richter wegen Diebstahls auf die Anklagebank. Er kam in der Nacht vom 9. März auf eine Volkzeitung und gab dort ein Sparrassenbuch mit 92 M. Einlage ab mit der Erklärung, er habe das Buch soeben auf der Richterstraße gefunden und wolle hinterlassen haben. Bald danach kam aber eine Frau Kutzig und sagte an, daß ihr in einer Schankwirtschaft ein Sparrassenbuch gestohlen worden sei. Es stellte sich heraus, daß K. das Sparrassenbuch in dem Lokal weggenommen hatte, als niemand in dem Zimmer war. Außerdem soll er eine Sparrasse mit etwa 10 M. Inhalt weggenommen haben. Er gesteht das jetzt; bei einer früheren Vernehmung durch die Polizei hat er aber angegeben, das Buch weggenommen zu haben. Die Sparrasse sollte er angeblich am Markt abgeben, da er der Meinung gewesen sei, sie wäre freigegeben worden. Das Gericht hielt ihn des Diebstahls für erwiesen und verurteilte ihn zu einem Monat Gefängnis.

Militärgericht.

Hinter verschlossenen Türen

wurde gegen den Intendantenregistrierer Lieber von der Intendantur des 12. Armeekorps wegen tätlicher Verletzung verhandelt. Die strafbare Handlung soll nach der Anklage gegen ein bei ihm bedienstetes gewöhnliches Hausmädchen begangen worden sein. Das nach schließlicher Verhandlung verkündete Urteil lautete auf Freisprechung.

Soziales.

Die Unfallversicherung.

so. Die gegenwärtige Gesetzgebung hat die Unfallversicherung im wesentlichen den Berufsvereinigungen übertragen. Diese Berufsvereinigungen sind die Organisationen der Unternehmer selbst. Hieraus erklärt sich genügend, daß unsere Unfallversicherung noch recht mangelhaft ist. Beweis dafür erbringt die vom Reichsversicherungsamt herausgegebene Zusammenstellung, der Jahresbericht der technischen Aufsichtsbeamten der Berufsvereinigungen.

Ende des Jahres 1912 hatten von 68 gewerblichen Berufsvereinigungen 376 Stellen für solche Beamte eingerichtet. Gegenwärtig sind 371 Stellen durch 302 Personen besetzt. Bei 300 Stellen sind die Beamten gleichzeitig als Rechnungsprüfer tätig. Am besten ist die Aufsicht bei den 12 Baugewerkschaften geregelt, die allein 126 solcher Beamten besitzen. Dagegen ist die Überwachung am schwächsten bei den 48 landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen, die für 5434 100 Betriebe mit 17 170 000 versicherten Personen nur 51 technische Aufsichtsbearbeiter besetzen. 20 dieser landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen hatten überhaupt keine derartigen Aufsichtsbearbeiter!

Die Beamten bei den gewerblichen Berufsvereinigungen weisen zusammen 59 823 Revisionstage nach, von denen im einzelnen 43 842 Tage auf Betriebsbesichtigungen, 8061 Tage auf Lohnüberprüfungen und 7999 auf die Kontrolle der Anzeigempfehlen sowie auf andere Dienstgeschäfte entfallen. Bei den Baugewerkschaften und bei den Tiefbaugewerkschaften sind in den vorhandenen 111 146 Betrieben 227 902 Revisionen ausgeführt worden. Bei den übrigen Berufsvereinigungen sind von 547 374 in den vorhandenen nachgewiesenen Betrieben 63 622 Revisionen durchgeführt worden. Das sind etwa 18 Prozent. Von den landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen erklärt man die Zahl der revidierten Betriebe gar nicht. Das Reichsversicherungsamt bemerkt aber, daß bei ihnen die Durchführung von Unfallversicherungsmaßnahmen erstens vorwärts schieben!

Die bessere Überwachung der Betriebe hätte den Erfolg, daß die Zahl der Unfälle, besonders der schweren, stetig, zum Teil sogar erheblich gesunken ist. Die Unfallversicherung kostete sämtliche Berufsvereinigungen im letzten Jahre 3 380 718 M. Davon entfallen auf die landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen nur 188 136 M. In den Summen sind auch Prämien für Rettung, Veranlassung und Abwendung von Unglücksfällen enthalten. An Strafgebühren von den Unternehmern nahmen die gewerblichen Berufsvereinigungen 376 420 M. und die landwirtschaftlichen 105 833 M. ein. Diese sind aber nicht sämtlich wegen Verstöße gegen die Unfallversicherungsvorschriften verhängt worden.

Wie unangenehm den Unternehmern die Überwachung der Betriebe ist, geht daraus hervor, daß über Beschwerden wegen Zusammenhängen gegen die Unfallversicherungsvorschriften 2865 Beschwerden von Unternehmern beim Reichsversicherungsamt eingingen. Von den Beschwerden hatten 30 vollen, 82 teilweise Erfolg. Ein Teil der Beschwerden richtete sich gegen die Aufhebung von Kosten, welche durch die Überwachung der Betriebe entstanden sind, wenn sie der Unternehmer wegen wiederholter Nichterfüllung seiner Verpflichtung verursacht hat.

Im Herbst 1912 sind neue Normalunfallversicherungsvorschriften für die Berufsvereinigungen unter Mitwirkung vieler Behörden usw. herausgegeben worden. Dieselben sollen der nächsten Nachprüfung der Unfallversicherungsvorschriften zugrunde gelegt und möglichst wörtlich übernommen werden. Die neuen Vorschriften erhalten ausgestaltete Bestimmungen über elektrische Leitungen, Baugewerke, Fürsorge der Verletzten sofort nach dem Unfall usw. Der Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs wird erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet. Es sollen die Polizeiverwaltungen ersucht werden, durch die Schuttmannschaft die technischen Aufsichtsbeamten in ihrer Kontrolltätigkeit über den Brauntweinverkauf auf Bauustellen zu unterstützen.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

In der eigenen Schlinge gefangen!

Die Zweispieltigkeit der Führer der deutschnationalen Handlungsgehilfen und ihre lächerliche Ständebücherei rächt sich jetzt bitter. Man wird sich der Lobeshymnen erinnern, die sie der Angestellten-Versicherung gesungen haben, und der Schmähungen, die sie über die bösen Sozialdemokraten ergossen, die in diese Lobesgesänge nicht mit einstimmen wollten und auf die Ungültigkeit derselben hinwiesen.

Jetzt ist nun eingetreten, was von unseren Rednern und unserer Presse vorausgesagt wurde: Wenn erst die Handlungsgehilfen usw. die hohen Beiträge bezahlen sollen, dann wird ihre Wegweisung für diese Art Angestellten-Versicherung ganz bedeutend abgehört werden. Und so ist es nun auch gekommen. Nächstens hatten sie im Stillen gehofft, daß die Prinzipale die

ganzen Beiträge übernehmen würden, wenn sie auch öffentlich überall erklärten, daß sie gern die auf sie entfallende Hälfte der Beiträge bezahlen würden.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hat denn auch bald an die für sie in Frage kommenden Körperschaften (Industrie und Handel) ein Schreiben gerichtet, dessen Tendenz darauf hinausging, den Prinzipalen die Übernahme der auf die Angestellten entfallenden Beiträge zur Angestellten-Versicherung nahezu legen. Wie die Deutsche Industrie, das Organ des Bundes der Industriellen und Handelsvereinigungen, aber auf die Handelskammern und Industrievereinigungen eine ganz entgegen-gesetzte Wirkung als die von seinen Verfassern gewünschte ausgeübt. Diese haben nämlich daraufhin an ihre Mitglieder das Ersuchen gerichtet, nach Abgabe der gesetzlichen Vorschriften zu verfahren und in keinem Falle die Angestellten-Beiträge zu übernehmen.

Das Vorgehen der Deutschnationalen wird von dem Organ des Bundes der Industriellen bedauert und darauf hingewiesen, daß ja besonders die nationalen Angestellten-Organisationen die Förderung einer Sonderorganisation zum Ausdruck gebracht und auf jeden Reichszweck verzichtet haben. Zum Schaden wird dann noch in dem Artikel der Deutschen Industrie der Dehn geäußert, indem es zum Schluß heißt:

„Um so peinlicher muß es jetzt wirken, wenn der Grundgedanke des Gesetzes, das Angestellte und Prinzipale zu gleichen Leistungen verpflichtet, verwirrt werden soll, und von einer großen Handlungsgehilfen-Organisation versucht wird, den Geist der Selbsthilfe, der dieses Gesetz geschaffen hat, das wir immer als eine staatlich organisierte Selbsthilfe-Aktion bezeichnen haben, zu fälschen. Das Vorgehen des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes erscheint besonders eigenartig, wenn man sich der Entschiedenheit des Gesetzes erinnert und daran denkt, daß bei der Entscheidung der Frage, ob Ausbau der Invalidenversicherung oder Sonderorganisation, vor allem die Erklärung der Angestellten mitbestimmend wirkte, daß die Handlungsgehilfen-Versicherung zur Übernahme der halben Lasten bereit sei, eine Erklärung, die zuerst vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbande ausgeht.“

So mußte es kommen! Die aufs Schwerste enttäuschten „nationalen“ Handlungsgehilfen, die nun die hohen Beiträge für minimale Leistungen müssen, mögen sich bei ihren Führern bedanken, die durch ihr zweispaltiges Verhalten dazu beigetragen haben, daß eine wirkliche Angestellten-Versicherung durch Anknüpfen an die Invaliden-Versicherung und Ausbau derselben hintertrieben wurde durch die Hervorkehrung des Ständebüchleins. Ja, wenn es nicht kostete. Jetzt aber haben sich die Herren Nationalen in der eigenen Schlinge gefangen und müssen sich von den unsocialen Unternehmern auf ihre eigenen Großsprecherien festnageln lassen.

Man könnte den deutschnationalen Heiden diese Köpfe abhacken, wenn nicht auch eine Unmenge von unschuldigen Handlungsgehilfen und Angestellten mitgeschädigt worden wäre. Wir glauben aber, das Verhalten der Führer der nationalen Handlungsgehilfenverbände in der Frage der Angestellten-Versicherung dürfte ihnen noch zum Verhängnis werden. Wie wir es vorausgesagt und vorausgesetzt, so ist es gekommen. Manche der Betroffenen, die bisher blindlings den aufreizend-nationalen Schwabkonzerten folgten, werden nun zur Erkenntnis kommen, wer ihr Bestes gemollt hat und wer ihre Interessen verraten hat.

Volksk.

Zur Situation im Malergewerbe.

Eine gestern abend stattgefundene gut besuchte Malergewerkschaftsversammlung nahm Kenntnis von dem Stande der Aussperrung. Es wurde berichtet, daß die Arbeitgeber nach wie vor in ihrer Presse nachhaken, die unwohl sind, weiter dreizeiten. So soll A. W. unfer Geld alle und bereits 1 Million von einer Berliner Bank aufgenommen worden sein. Die frisch-Bundensche und Christen hätten überhaupt keine mehr. Um Unterstützung zahlen zu können, wählten die Besigen abereiten und arbeiten, damit die Verheirateten etwas erhalten könnten. Das ihr Wunsch, am 1. April von unserer Seite den Streik beginnen zu sehen, nicht in Erfüllung ging, ist ihnen unangenehm. Am 9. April haben Verhandlungen stattgefunden, deren Ergebnis für die Schließen unannehmbar war. Diese Ablehnung wegen die Herrn aus und seien unter Anführung solcher Zahlen von Friedensliebe selbst ihren eigenen Mitgliedern gegenüber. Im Dresden erhielten die Schöpfen des Arbeitgeberverbandes Einladungen zu Versammlungen Drei Versammlungen auf einem Formular für den 14., 17. und 21. April. In diesen, hauptsächlich über in der ersten Versammlung, wurden in langer Rede die alten Mägen vorgebracht. Die Ständebücher mußte erhalten, und es könnte beobachtet werden, daß ganz Deutschland auf die verfrachte Aussperrung blicke. (Zweifellos aus Mitleid!) Ein Arbeitgeber, der zum Frieden mahnte und für Abschluß eines örtlichen Tarifvertrages eintrat, mußte eine dreizehntel Stunden lange Wortpause abwarten. Interessant ist, daß der Verfall der Arbeitgeber, Kruse-Berlin, seinen Worten erzählte, im Ministerium des Innern gewesen zu sein und Bericht erstattet zu haben. Er habe dabei feststellen können, daß noch immer 38 000 Schiffe ausgesperrt seien und die Suche für sie sehr schwierig aussehe. Der Beamte im Ministerium, Dr. Caspar, habe ihm gesagt: „Dann müssen wir eben warten, bis der Übermut der sozialdemokratischen Schiffe gesunken ist.“ Für uns ist noch wichtig, daß Beamte dieses Ressorts derartige Redewendungen gebrauchen sollten. Mit dem Vorgehen des Bauarbeiterverbandes habe er eine Zusammenkunft, an der auch die drei Unparteilichen teilnahmen. In welchem Zwecke, weiß man. Es brennt den „kampfmüden“ Herren Arbeitgebern auf die Nägel. Der erhoffte Kampf im Baugewerbe scheint auch nicht zu kommen; durch diesen hofften sie ihre voranschreitliche Niederlage beseitigen zu können.

Trotzdem aber wehren sich die Unterstellten auf Sonderart, auch die Abschlässe betrieblicher Lärze. Die Abhänge und der Mauerische Grund sind für die Bewegung abgekauft, weil alles in Arbeit liegt. Die Arbeitgeber kämpfen um die Erhaltung ihrer Organisation und die Fortsetzung der Organisation der Schiffe. Aber der Geist der Versammlung zeigt, daß sie nach einem Kampfe von jetzt sieben Wochen begriffen haben, daß dieselbe geführt wird, die Stärke der Organisation zu prüfen. Mögen sich die Arbeitgeber an ihren schwindelhaften Angaben und Zahlen erproben, die Schiffe sind gesamt, diesen Kampf zu Ende zu führen. Die Herren mögen sich gesagt sein lassen, daß an eine Ausdehnung nicht zu denken ist; dazu sind sie mit ihrer verfrachten Aktion nicht imstande. Die Versammlung beschloß einstimmig, den noch im Kampfe stehenden Kollegen für die Pfingstfeiertage erhöhte Auszubehaltung zu machen.

„Gewerkschaftliche“ Stellenvermittlung.

Ein Strafprozeß, der für alle kaufmännischen und technischen Angestellten von besonderem Interesse ist, fand vor dem Ober-Landesgericht in Dresden seinen Abschluß. Im Osten besteht seit Oktober 1910 ein eingetragener kaufmännischer und technischer Hilfsverein, der nach § 2 seiner Satzungen die Bildung seiner Mitglieder über Ständebestellen und kaufmännische Einrichtungen, die Herausgabe einer Stellenvermittlung und die Beschaffung und Vermittlung von Arbeit für seine Mitglieder im Bedarfsfalle bestimmt. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Jahr 10 M. Er aber vom 1. Oktober 1911 auf 12 M. erhöht worden, weil der „Verein“ eine Unternehmungskasse

ins Leben gerufen hat. Der Verein unterhält in Deutschland 30 bis 40 Filialen, die nun eifrig den Mitgliederfang betreiben, anscheinend mit sehr gutem Erfolge. Der Vereinsvorsitzende Schäfer hatte bald nach der Vereinsbildung dem Kaufmann Jung die Gründung einer Filiale in Lübeck vorgeschlagen, die dieser am 1. März 1911 übernahm. Dieser ließ in den Zeitungen Annoncen los, in denen Kantoristen, Buchhalter und Reisende gesucht wurden. Die Inserate enthielten seine Adresse, jedoch ohne Namensnennung. Dem Anfragenden wurde darauf bloß mitgeteilt, daß der Verein nur für Mitglieder Stellen vermittelte, und ihnen anheimgegeben, die Mitgliedschaft zu erwerben. Erfolge davon die Anmeldung und die gleichzeitige Entziehung der Mitgliedsbeiträge auf eine längere Zeit, so gab ihnen J. die Adressen der Arbeitgeber bekannt, die Stellen zu besetzen hatten. Da er keine zur Hand oder wandten sich Arbeitgeber, die Angestellte brauchten, an ihn, so ließ er sich schließlich von der Offener Zentrale eine Liste bekannter Stellen oder Stellenfuchender senden, die er hierauf den Nachfragenden zustellte. Am 14. September 1911 verlegte J. das Feld seiner Tätigkeit nach Chemnitz, wo er ebenfalls eine Filiale eröffnete. Er arbeitete hier nach Lübecker Muster und hatte bereits in den ersten drei Monaten 79 neue Mitglieder gewonnen. Weil er wieder in Lübeck noch in Chemnitz die polizeiliche Genehmigung zum Betriebe eines Stellenvermittlungsbüros eingeholt hatte, mußte er sich wegen Zuwiderhandlung gegen das Stellenvermittlungsgesetz vom 2. Juli 1910 verantworten. Der Angeklagte hat sich damit verteidigt, daß er kein gewerbmäßiger Stellenvermittler, sondern Angestellter eines gemeinnützigen Vereins gewesen sei, dessen Tätigkeit nicht auf wirtschaftlichem Gebiete liege; er habe deshalb ohne weiteres die Stellenvermittlung ausüben dürfen und dazu keiner polizeilichen Genehmigung bedürftig. Die Gemeinnützigkeit des „Vereins“ wollte er damit beweisen, daß er Mitgliedsbeiträge erteilt (seine Kenntnisse schätzte er angeblich aus einem Buche) und Unterricht im Schreibwesen und in der Buchführung gegeben hat. Nichtmitglieder hatten ein höheres Honorar als Mitglieder zu zahlen. Das Landgericht war aber der Ansicht, daß der Verein hauptsächlich nur wirtschaftliche Zwecke verfolgte, daß er sich mit der gewerbmäßigen Stellenvermittlung nur Einnahmen verschaffen wollte. Die angeblichen gemeinnützigen Zwecke waren nur Nebensache und zur Verschleiierung der Zweckhaltung in die Satzungen aufgenommen. Die Bildungszwecke habe der Verein überhaupt nicht verfolgt, der Angeklagte sei auch gar nicht geeignet gewesen, die Weiterbildung der Mitglieder zu fördern. Bei der Zentrale und den Filialen habe es sich nur um Stellenvermittlungsbüros gehandelt. Die Zentrale wollte nur Einnahmen erzielen. So habe der Angeklagte für die Übernahme der Lübecker Filiale 3000 M. bezahlen müssen. Die Vereinszwecke hätte er nicht entfernt den Auszubehenden der Mitglieder und diese auch nur Verschleiierungszwecke. Dergleichen hätte die Unternehmungskasse den Zweck, die wahren Ziele des Vereins zu verschleiern und dem Vereine gleichzeitig neue Einnahmequellen zu verschaffen. Der Angeklagte, in dessen Tasche fast ausschließlich die Mitgliedsbeiträge lagen, sei kein Angestellter, sondern selbständiger Stellenvermittler gewesen. Das Landgericht hat deshalb das freisprechende Urteil des Schöffengerichts aufgehoben und den Angeklagten verurteilt. Das Oberlandesgericht hat die Rechtsauffassung der Vorinstanz geteilt und die Revision des Angeklagten kostenpflichtig verworfen.

Betonarbeiter!

In dem Bericht über die Verammlung der Betonarbeiter sind einige Unrichtigkeiten enthalten: Der Vorsitzende heißt Baum, nicht Baum. Es wird verlangt, daß wegen des technischen Gelanges der angefangenen Arbeiten nur bei großen Unterzügen, Säulen, Treppenläufen und Dachbindern die normale Arbeitszeit überschritten werden darf. Das Gien wird nicht gedroht, sondern geboten. Es soll nicht heißen: nach Ablauf, sondern nach Abschluß des Vertrag.

Handelsgärtnerstreik.

Die bestreiten Arbeitgeber in der Gießingstraße in Striepen sind bisher noch nicht zur Verantw. gekommen; sie haben noch keine Entigung mit ihrem Personal gesucht. Das liegt daran, daß diese Betriebe zum ersten Male befreit werden. Die Arbeitgeber, die ihre Betriebe 30 bis 40 Jahre selbst leiten, können es nicht begreifen, daß nun auch ihre Arbeitskräfte erwacht sind und über Lohn- und Arbeitsbedingungen mitreden wollen.

Die Unternehmer hatten damit gerechnet, daß sich genügend Hilfsarbeiter finden würden, um die Betriebe vorübergehend aufrecht zu erhalten. Das ist nun nicht eingetreten, weil die gebotenen Löhne unter aller Kritik sind. Nicht ein einziger Arbeiter hat sich als Arbeitswilliger einsagen lassen. Die ganze Striepen Bevölkerung sympathisiert mit den Streikenden, denn die Arbeiter und die Geschädigten kennen die schlechten Wohnverhältnisse in den Betrieben respektive haben mit dem Streik gelitten.

Bei Ulberg werden sechs Schulkinder in den Nachmittagsstunden beschäftigt. Diese Kinder werden jetzt in den schwersten Arbeiten herangezogen. So müssen die Kinder schwere Bleikannen schleppen, mit Teakblättern zusehen und schattieren. Solche Arbeiten erfordern die volle physische Kraft eines erwachsenen Mannes. Es wäre Aufgabe der Behörde, gegen einen solchen Unfug einzuschreiten. Außer den Kindern sieht man die Arbeitgeber jetzt fleißig alle schweren Arbeiten mit verrichten, wobei sie bloß Schwere vergleichen.

Die Streikleitung.

Inland.

Gewerkschaftsmitglieder und kapitalistische Privatversicherung.
Ein interessantes Ergebnis hat das Statistik der freien Gewerkschaften zu Breslau durch eine Umfrage festgestellt. Es sollte ermittelt werden, wieviel von den organisierten Arbeitern in einer Privatversicherungsgesellschaft versichert sind.

Im Monat November 1912 wurden an 33 544 Mitglieder Fragebogen ausgegeben. Zur Bearbeitung kamen 12 385 Bogen zurück, gleich 38 Prozent. In der Umfrage beteiligten sich 11 807 männliche und 808 weibliche Personen. Von den 12 385 Personen waren 8001 = 64,7 Prozent versichert, und zwar in einer Mobilienversicherung 3, in einer Lebensversicherung 247, Feuerversicherung 1890 und in einer Lebens- und Feuerversicherung 2801. Die Zahl der Versicherten erhöhte sich, als nach der Versicherung der Angehörigen der an der Statistik sich beteiligenden Mitglieder gefordert wurde. Die Gesamtzahl belief sich dann auf 9718. Von den einzelnen Versicherungsgesellschaften hatten folgende ihren Anteil:

| | | |
|-------------------------|------|-------------|
| Friedrich-Wilhelm | 2101 | Versicherte |
| Viktoria | 4132 | „ |
| Aduna | 361 | „ |
| Königsberg | 327 | „ |
| Brandenburg | 120 | „ |
| Altona | 237 | „ |
| Wobau | 69 | „ |
| sonstige Versicherungen | 2378 | „ |

Die Versicherungen der 8001 Beteiligten laufen ab in 2 Jahren bei 937 Personen, in 3 Jahren bei 1203 Personen, in 5 Jahren und darüber bei 5741 Personen. Bei Begegnen wird die Versicherung in 6554 Fällen ausgesetzt, und in 1447 Fällen nach dem Tode.

Nach einer vorgenommenen Stichprobe zahlten die 9718 Versicherten mit Angehörigen über eine halbe Million jährlich an die Versicherungsgesellschaften, ohne nennenswerte Vorteile zu erlangen. Ein Vergleich mit der gewerkschaftlichen Finanzkraft ergibt, daß die Breslauer Gewerkschaften, die am Jahresanfang 1912 83 890 Mitglieder zählten, eine Einnahme von 830 556 M. hatten, demgegenüber eine Ausgabe von 542 047 M. hatten.

Eine Konferenz der Gewerkschaftsverbände.

Am Montag im Gewerkschaftshaus in Berlin statt. Der Reichstagsabgeordnete Genosse Gustav Bauer, der auch Mitglied des Ausschusses der Versicherungsgesellschaft

schl. stürzte und verlor das Bewußtsein, das er erst im Krankenhaus wieder, wohin er transportiert wurde, wieder erhalten haben will. Hier wurde er verpflegt bis zum 24. Februar. Während der Krankheitsdauer lernte er einen jungen Mann B. aus Strahligsdorf kennen, der gleich ihm Patient war, aber nach der Entlassung B. noch im Krankenhaus verbleiben mußte. Am 24. Februar begab sich der Angeklagte nach Strahligsdorf zur Mutter seines neuen Freundes und bewog sie unter falschen Vorwänden, ihm 3.600 M. für ihren Sohn zu geben, die er sofort in einem Abort im Hauptbahnhof, Fröhlich wurde er vom kontrollierenden Gewandm. festgenommen. Hierbei bemühte er sich, den Wandstreich von der in Strahligsdorf gefahrenen und Liebertragung auf 9 Monate Gefängnis, 1 Tag Haft und 3 Jahre Ehrenrecht, aufzuheben.

Schöffengericht.

Bedenkliche Manipulationen

Brachten den Maurer Karl Hermann Richter wegen Diebstahls auf die Anklagebank. R. kam in der Nacht zum 9. März auf eine Wohlfühlwache und gab dort ein Sparfahnenbuch mit 92 M. Einlage ab mit der Erklärung, er habe das Buch vorher auf der Pfahnenstraße gefunden und wolle hinführen. Bald danach kam aber eine Frau Eulig und zeigte an, daß ihr in einer Schandwirtschaft ein Sparfahnenbuch gestohlen worden sei. Es stellte sich heraus, daß R. das Sparfahnenbuch in dem Lokal weggenommen hatte, als niemand in dem Zimmer war. Außerdem soll er eine Sparbüchse mit etwa 10 M. Inhalt weggenommen haben. Er bestritt das jetzt; bei einer früheren Vernehmung durch die Polizei hat er aber angegeben, das Buch weggenommen zu haben. Die Sparbüchse wurde er angeblich am Willert abgegeben, da er der Meinung gewesen sei, sie wäre stehen gelassen worden. Das Gericht hielt ihn des Diebstahls für erwiesen und verurteilte ihn zu einem Monat Gefängnis.

Militärgericht.

Sünder verlassenen Türen

wurde gegen den Intendantenregistrierer Lieber von der Intendantur des 12. Regiments wegen fahrlicher Verletzung verhandelt. Die fahrlässige Handlung soll nach der Anklage gegen ein bei ihm bedienstet gewesenes Dienstmädchen begangen worden sein. Das nach schließlicher Verhandlung verurteilte Urteil lautete auf Freisprechung.

Soziales.

Die Unfallversicherung.

Die gegenwärtige Gesetzgebung hat die Unfallversicherung im wesentlichen den Berufsvereinigungen übertragen. Diese Berufsvereinigungen sind die Organisationen der Unternehmer selbst. Hieraus erklärt sich genügend, daß unsere Unfallversicherung noch recht mangelhaft ist. Beweis dafür erbringt die vom Reichsversicherungsamt herausgegebene Zusammenstellung der Jahresberichte der technischen Aufsichtsräte der Berufsvereinigungen.

Ende des Jahres 1912 hatten von 65 gewerblichen Berufsvereinigungen 62 insgesamt 378 Stellen für solche Beamte eingerichtet. Gegenwärtig sind 371 Stellen durch 302 Personen besetzt. Bei 300 Stellen sind die Beamten gleichzeitig als Rechnungsprüfer tätig, um besten ist die Aussicht bei den 12 Baugewerksvereinigungen gestellt, die allein 125 solcher Beamten besitzen. Dagegen ist die Überwachung am leichtesten bei den 48 landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen, die für 5.434 100 Betriebe mit 17.170.000 versicherten Personen nur 51 technische Aufsichtsräte besetzen. 20 dieser landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen hatten überhaupt keine derartigen Aufsichtsräte.

Die Beamten bei den gewerblichen Berufsvereinigungen weisen aufkommen 50.829 Revisionstage nach, von denen in einzelnen 43.842 Tage auf Betriebsbesichtigungen, 3061 Tage auf Lohnbuchführungen und 7920 auf die Kontrolle der Rentenempfänger sowie auf andere Dienstreisen entfallen. Bei den Baugewerksvereinigungen und der Tiefbauvereinigungen sind in den vorstehenden 111 146 Betrieben 227 902 Revisionen ausgeführt worden. Bei den übrigen Berufsvereinigungen sind von 547 374 noch vorhandenen nachgewiesenen Betrieben 93 222 revidiert worden. Das sind etwa 19 Prozent. Von den landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen erhöht man die Zahl der revidierten Betriebe gar nicht. Das Reichsversicherungsamt bemerkt aber, daß bei ihnen die Durchführung von Unfallversicherungsmaßnahmen erfreulich vorwärts schreitet.

Die bessere Überwachung der Betriebe hätte den Erfolg, daß die Zahl der Unfälle, besonders der schweren, stetig, zum Teil sogar erheblich gesunken ist. Die Unfallversicherung kostete sämtliche Berufsvereinigungen im letzten Jahre 2.890 718 M. Davon entfielen auf die landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen nur 183 136 M. In den Summen sind auch Prämien für Rettung Verunglückter und Abwendung von Unfallschäden enthalten. An Geldern von den Unternehmern nahmen die gewerblichen Berufsvereinigungen 378 420 M. und die landwirtschaftlichen 105 683 M. ein. Diese sind aber nicht sämtlich wegen Beiträge gegen die Unfallversicherungsvorschriften herbeigekommen.

Was unangenehm den Unternehmern die Überwachung der Betriebe ist, geht daraus hervor, daß über Verletzungen wegen Zuwiderhandlungen gegen die Unfallversicherungsvorschriften 2985 Beschwerden von Unternehmern beim Reichsversicherungsamt eingegangen. Von den Beschwerden hatten 30 vollen, 82 teilweisen Erfolg. Ein Teil der Beschwerden richtete sich gegen die Aufsetzung von Regeln, welche durch die Überwachung der Betriebe entstehen, wenn sie für die Unternehmern wegen wiederholter Nichterfüllung seiner Verpflichtung verurteilt hat.

Gewerkchaftliche Arbeiterbewegung.

In der eigenen Schlinge gefangen!

Die Zweispieltigkeit der Führer der deutschnationalen Handlungsgehilfen und ihre lächerlicher Standesbänke rächt sich jetzt bitter. Man wird sich der Robespierren erinnern, die sie der Angestellten-Versicherung gefangen haben, und der Schmachungen, die sie über die bösen Sozialdemokraten ergossen, die in diese Robespierren nicht mit einstimmen wollten und auf die Ungültigkeit derselben hinwies.

Jetzt ist nun eingetreten, was von unseren Rednern und unserer Presse vorausgesagt wurde: Wenn erst die Handlungsgehilfen um die hohen Beiträge bezüchten sollen, dann wird ihre Begeisterung für diese Art Angestellten-Versicherung ganz bedeutend abgeklüftet werden. Und so ist es nun auch gekommen. Dießmal hat sie im Falle geschafft, daß die Prinzipale die

ganzen Beiträge übernehmen würden, wenn sie auch öffentlich überall erklärten, daß sie gern die auf sie entfallende Hälfte der Beiträge bezahlen würden.

Der deutschnationale Handlungsgehilfenverband hat denn auch bald an die für sie in Frage kommenden Körperschaften (Industrie und Handel) ein Schreiben gerichtet, dessen Tendenz darauf hinausging, den Prinzipalen die Übernahme der auf die Angestellten entfallenden Beiträge zur Angestellten-Versicherung nahezu legen. Wie die Deutsche Industrie, das Organ des Bundes der Industriellen mittelst, hat dieses Schreiben aber auf die Handelskammern und Industrievertretungen eine ganz entgegengekehrte Wirkung als die von seinen Verfassern gewünscht ausgelöst. Diese haben nämlich daraufhin an ihre Mitglieder das Ersuchen gerichtet, nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften zu verfahren und in keinem Falle die Angestellten-Beiträge zu übernehmen.

Das Vorgehen der deutschnationalen wird von dem Organ des Bundes der Industriellen bedauert und darauf hingewiesen, daß ja besonders die nationalen Angestellten-Organisationen die Förderung einer Sonderorganisation zum Ausdruck gebracht und auf jeden Reichsausschuß verzichtet haben. Zum Schaden wird dann noch in dem Artikel der Deutschen Industrie der Note gefügt, indem es zum Schluß heißt:

Um so peinlicher muß es jetzt wirken, wenn der Grundgedanke des Gesetzes, das Angestellte und Prinzipale zu gleichen Leistungen verpflichtet werden soll, und von einer großen Handlungsgehilfen-Organisation verjagt wird, den Geist der Selbsthilfe, der dieses Gesetz geschaffen hat, das wir immer als eine höchlich organisierte Selbsthilfe-Aktion bezeichnet haben, zu fälschen. Das Vorgehen des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes erscheint besonders eigenartig, wenn man sich der Entstehung des Gesetzes erinnert und daran denkt, daß bei der Entscheidung der Frage, ob Rußland der Invalidenversicherung oder Sonderorganisation, vor allem die Erklärung der Angestellten mitbestimmend wirkte, daß die Handlungsgehilfen-Schaft zur Übernahme der halben Löhne bereit sei, eine Erklärung, die zuerst vom deutschnationalen Handlungsgehilfenverbande ausgeht.

So mußte es kommen! Die aufs schwerste enttäuschten „nationalen“ Handlungsgehilfen, die nun die hohen Beiträge für minimale Leistungen müssen, mögen sich bei ihren Führern bedanken, die durch ihr zweispaltiges Verhalten dazu beigetragen haben, daß eine wirkliche Angestellten-Versicherung durch Anknüpfen an die Invaliden-Versicherung und Ausbau derselben hintertrieben wurde durch die Pervertierung des Standesbänkels. Ja, wenn es nicht kostete. Jetzt aber haben sich die Herren Nationalen in der eigenen Schlinge gefangen und müssen sich von den sozialistischen Unternehmern auf ihre eigenen Großsprecherien festnageln lassen.

Man könnte den deutschnationalen Felden diese Köpfe gümmen, wenn nicht auch eine Unmenge von unschuldigen Handlungsgehilfen und Angestellten mitgeschädigt worden wäre. Wir glauben aber, das Verhalten der Führer der nationalen Handlungsgehilfenverbände in der Frage der Angestellten-Versicherung dürfte ihnen noch zum Verhängnis werden. Wie wir es vorausgesehen und vorausgesagt, so ist es gekommen. Manche der Betroffenen, die bisher blindlings den antisemitisch-nationalen Schwabronneen folgten, werden nun zur Erkenntnis kommen, wer ihr Bestes gewollt hat und wer ihre Interessen verraten hat.

Soziales.

Zur Situation im Malergewerbe.

Eine gestern abend stattgehabene gut besuchte Malergehilfen-Versammlung nahm Kenntnis von dem Stande der Ausperrung. Es wurde berichtet, daß die Arbeitgeber nach wie vor in ihrer Presse Nachrichten, die unwarhaft sind, weiter verbreiten. So soll z. B. unser Geld alle und bereits 1 Million von einer Berliner Bank aufgenommen worden sein. Die kirchlichen Zunderschiffen und Christen hätten überhaupt nichts mehr. Um Unterstützung zahlen zu können, wählten die Lehrlinge ab und ordneten, damit die Verheirateten etwas erhalten könnten. Das die Wunsch, am 1. April von unserer Seite den Streit beginnen zu sehen, nicht in Erfüllung ging, ist ihnen unangenehm. Am 9. April haben Verhandlungen stattgefunden, deren Ergebnis für die Schlichten unannehmbar war. Diese Abweisung zogen die Herren aus und fälscht unter Aufsicht der Lehrlinge von Friedensliebhabern ihren eigenen Willen gegenüber. In Dresden erhielten die Schlichter des Arbeitgeberverbandes Einladungen zu Versammlungen der 21. April. In diesen, hauptsächlich aber in der ersten Versammlung, wurden in langer Rede die alten Mägen vorgebracht. Die Standesrechte mußte erhalten, und es konnte beobachtet werden, daß ganz Deutschland auf die verkehrte Ausperrung blickte. (Jedenfalls aus Mitleid!) Ein Arbeitgeber, der zum Frieden mahnte und für Abschluß eines stillen Tarifvertrages eintrat, wurde ein dreierlei Stunden lang Wortpause angedrungen. Interessant ist, daß der Vorkluge der Arbeitgeber, Franz Berlin, seinen Leuten erzählt, im Ministerrum des Innern gewesen zu sein und Bericht erstattet zu haben. Er habe dabei feststellen können, daß noch immer 38 000 Gehilfen ausgeperrt seien und die Sache für sie sehr günstig aussehe. Der Beamte im Ministerrum, Dr. Galper, habe ihm gesagt: „Dann müssen wir eben warten, bis der Liebermut der sozialdemokratischen Schichten gesunken ist.“ Für uns ist noch zweifelhaft, daß Beamte dieses Bestrebens bezügliche Bemerkungen gebrauchen sollten. Mit dem Vorstehenden des Bauarbeiterverbandes habe er eine Zusammenkunft, an der auch die drei Unparteilichen teilnahmen. In welchem Zwecke, weiß man. Es dreht den „kampfmäßigen“ Herren Arbeitgebern auf die Regel. Der erhoffte Kampf im Bauergewerbe scheint auch nicht zu kommen; durch diesen hofften sie ihre vorausgesetzte Niederlage beseitigen zu können.

Kroghem aber mehrten sich die Unterschriften auf Sonderliste, auch die Abschlüsse deutscher Löhne. Die Wählgang und der Glaube der Grund sind für die Bewegung abgeklappt, weil alles in Arbeit steht. Die Arbeitgeber kämpfen um die Erhaltung ihrer Organisation und die Fortdauer der Organisation der Schlichter. Aber der Geist der Versammlung zeigte, daß sie nach einem Kampfe von jetzt sieben Wochen begriffen haben, daß derselbe geführt wird, die Stärke der Organisation zu prüfen. Mögen sich die Arbeitgeber an ihren schwindelhaften Angaben und Zahlen erproben, die Schlichter sind gefasult, diesen Kampf zu Ende zu führen. Die Herren wagen sich gefasult sein lassen, daß an eine Ausperrung nicht zu denken ist; dazu sind sie mit ihrer verkehrten Aktion nicht imstande. Die Versammlung beschloß einstimmig, den nach im Kampfe stehenden Kollegen für die Pfingstfeiertage erhöhte Ausperrungen zu machen.

„Gemeinnützige“ Stellenvermittlung.

Ein Straßengeh, der für alle kaufmännischen und technischen Angestellten von besonderem Interesse ist, fand vor dem Ober-Landesgericht in Dresden seinen Abschluß. Im Jahre 1910 hat der Verein, der nach 4 1/2 seiner Satzungen die Bildung seiner Mitglieder über Standesfragen und kaufmännische Einrichtungen, die Herausgabe einer Zeitschrift und die Beschaffung und Vermittlung von Arbeit für seine Mitglieder im Bedarfsfälle bezweckt. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Jahr 10 M. Er aber am 1. Oktober 1911 auf 12 M. erhöht werden, weil der „Verein“ eine Unternehmungs-

ins Leben gerufen hat. Der Verein unterhält in Deutschland 30 bis 40 Filialen, die nun eifrig den Mitgliederfang betreiben, anscheinend mit sehr gutem Erfolge. Der Vereinsvorsitzende Schöler hatte bald nach der Vereinsbildung dem Kaufmann Jung die Bildung einer Filiale in Radebeurg vorgeschlagen, die dieser am 1. März 1911 übernahm. Dieser ließ in den Zeitungen Annoncen los, in denen Kontoristen, Buchhalter und Reisende gesucht wurden. Die Inserate enthielten seine Adresse, jedoch ohne Namensnennung. Den Anfragenden wurde darauf bloß mitgeteilt, daß der Verein nur für Mitglieder Stellen vermittelt, und ihnen anheimzugeben, die Mitgliedschaft zu erwerben. Erfolgte dann die Anmeldung und die gleichzeitige Entziehung der Mitgliedsbeiträge auf eine längere Zeit, so gab ihnen J. die Adressen der Arbeitgeber bekannt, die Stellen zu besetzen hatten. Hatte er keine zur Hand oder wandten sich Arbeitgeber, die Angestellte brauchten, an ihn, so ließ er sich schnellst von der Offener Zentrale eine Liste dalarter Stellen oder Stellenfahnder senden, die er hierauf den Nachfragenden ausstellte. Am 14. September 1911 verlegte J. das Feld seiner Tätigkeit nach Chemnitz, wo er ebenfalls eine Filiale eröffnete. Er arbeitet hier nach Lübeck Muster und hatte bereits in den ersten drei Monaten 79 neue Mitglieder gewonnen. Weil er wieder in Radebeurg in Chemnitz die holländische Genehmigung zum Betriebe eines Stellenvermittlungsgewerbes eingeholt hatte, mußte er sich wegen Zuwiderhandlung gegen das Stellenvermittlungsgesetz vom 2. März 1910 verantworten. Der Angeklagte hat sich damit verteidigt, daß er kein gewerbmäßiger Stellenvermittler, sondern Angestellter eines gemeinnützigen Vereins gewesen sei, dessen Tätigkeit nicht auf wirtschaftlichen Gebiete liege; er habe deshalb ohne weiteres die Stellenvermittlung ausüben dürfen und dazu seiner politischen Überzeugung bedürftig. Die Gemeinnützigkeit des „Vereins“ wollte er damit beweisen, daß die Einkünfte erteilt (seine Kenntnisse schloßte er angeblich aus einem Tuche) und Unterricht im Schreiben und in der Rechtschreibung gegeben hat. Nichtmitglieder hatten ein höheres Honorar als Mitglieder zu zahlen. Das Landgericht war aber der Ansicht, daß der Verein hauptsächlich nur wirtschaftliche Zwecke verfolgte, daß er sich mit der gewerbmäßigen Stellenvermittlung nur Einnahmen verschaffen wollte. Die angeblichen gemeinnützigen Zwecke waren nur Redenswort und zur Verschleiierung der Wahrheit in die Aussagen ausgenommen. Bildungszwecke habe der Verein überhaupt nicht verfolgt, der Angeklagte sei auch gar nicht geeignet gewesen, die Weiterbildung der Mitglieder zu fördern. Bei der Zentrale und den Filialen habe es sich nur um Stellenvermittlungsdirektoren gehandelt. Die Zentrale wollte nur Einnahmen erzielen. So habe der Angeklagte für die Übernahme der Lübecker Filiale 3000 M. bezahlen müssen. Die Vereinszeitschrift müsse entsprechend nicht entfernt den Aufzeichnungen der Mitglieder und dient auch nur Verschleiierungszwecken. Dergleichen hatte die Unterstaatssekretäre des Justizministeriums, die wahren Ziele des Vereins zu verschleiern und dem Vereine gleichzeitige neue Einnahmequellen zu verschaffen. Der Angeklagte, in dessen Tasche sich ausschließlich die Mitgliedsbeiträge fänden, sei kein Angestellter, sondern selbständiger Stellenvermittler gewesen. Das Landgericht hat deshalb das freisprechende Urteil des Schöffengerichts aufgehoben und den Angeklagten verurteilt. Das Oberlandesgericht hat die Rechtsaufstellung des Landgerichts geteilt und die Revision des Angeklagten kostenpflichtig verworfen.

Wohnarbeiter!

In dem Bericht über die Vermittlung der Wohnarbeiter sind einige Unrichtigkeiten enthalten: Der Verordnungsgeber heißt Wang, nicht Raug. Es wird verlangt, daß wegen des technischen Fortschritts der angefangenen Arbeiten nur bei großen Unterzügen, Säulen, Treppenläufen und Dachbindern die normale Arbeitszeit überdient werden darf. Das Gien wird nicht gebrochen sondern gebogen. Es soll nicht heißen: nach Ablauf, sondern nach Abschluß des Vertrag.

Handelsgärtnerfreil.

Die bestreuten Arbeitgeber in der Geisingstraße in Striesen sind bisher noch nicht zur Bewusst gekommen; sie haben noch keine Einigung mit ihrem Personal gefucht. Das liegt daran, daß diese Betriebe zum ersten Male bestreikt werden. Die Arbeitgeber, die ihre Betriebe 30 bis 40 Jahre selbst leiten, können es nicht begreifen, daß man auch ihre Arbeitskräfte etwa ein und über Lohn- und Arbeitsbedingungen mitreden wollen.

Die Unternehmer hatten damit gerechnet, daß sich genügend Hilfsarbeiter finden würden, um die Betriebe vorübergehend aufrecht zu erhalten. Das ist nun nicht eingetreten, weil die gebotenen Löhne unter aller Kritik sind. Nicht ein einziger Arbeiter hat sich als Arbeitswilliger erweisen lassen. Die ganze Striesener Bevölkerung sympathisiert mit den Streikenden, denn die Einwohner und die Geschäftsleute kennen die schlechten Wohnverhältnisse in den Betrieben respektive haben mit demunter gelitten.

Bei Elberg werden sechs Schulkinder in den Nachmittagsstunden beschäftigt. Diese Kinder werden jetzt zu den schwersten Arbeiten herangezogen. Es müssen die Kinder schwere Maschinen schleppen, mit Beschlagen arbeiten und schaffieren. Solche Arbeiten erfordern die volle physische Kraft eines erwachsenen Mannes. Es wäre Aufgabe der Behörde, gegen einen solchen Mißbrauch einzuschreiten. Würde den Kindern nicht die Arbeitgeber jetzt selbst alle schweren Arbeiten mit verrichten, wobei sie viel Schweiß vergießen.

Inland

Gewerkschaftsmitglieder und kapitalistische Privatversicherung.
Ein interessantes Ergebnis hat das Statistik der freien Gewerkschaften zu Breslau durch eine Umfrage festgestellt. Es sollte ermittelt werden, wieviel von den organisierten Arbeitern in einer Privatversicherungsgesellschaft versichert sind.

Im Monat November 1912 wurden an 32 544 Mitglieder Fragebogen ausgegeben. Zur Bearbeitung kamen 12 865 Bogen zurück, gleich 38 Prozent. An der Umfrage beteiligten sich 11 507 männliche und 868 weibliche Personen. Von den 12 865 Personen waren 8001 = 64,7 Prozent versichert, und zwar in einer Kapitalversicherung 3, in einer Lebensversicherung 3247, Feuerversicherung 1800 und in einer Lebens- und Feuerversicherung 2981. Die Zahl der Versicherten erhöhte sich, als nach der Versicherung der Angehörigen der an der Statistik sich beteiligenden Mitglieder gefordert wurde. Die Gesamtzahl belief sich dann auf 9718. Von den einzelnen Versicherungsgesellschaften hatten folgende ihren Anteil:

| | | |
|-------------------------|------|------------|
| Freiburger-Verein | 2101 | versichert |
| Viktoria | 4132 | |
| Sava | 361 | |
| Rothenburg | 327 | |
| Frankenburg | 120 | |
| Allona | 237 | |
| Wobau | 62 | |
| Sonstige Versicherungen | 2378 | |

Die Versicherungen der 8001 Beteiligten laufen ab in 3 Jahren bei 657 Personen, in 2-5 Jahren bei 1303 Personen, in 5 Jahren und darüber bei 5741 Personen. Bei Lebzeiten wird die Versicherung in 6354 Fällen ausgegahlt, und in 1447 Fällen nach dem Tode.

Nach einer vorgenommenen Stichprobe zahlen die 9718 Versicherten mit Angehörigen über eine halbe Million jährlich an die Gesellschaften Prämien, ohne nennenswerte Vorteile zu erlangen. Ein Vergleich mit der gewerkschaftlichen Finanzkraft ergibt, daß die Breslauer Gewerkschaften, die im Jahresbericht 1912 83 230 Mitglieder zählten, eine Einnahme von 829 890 M. hatten, demgegenüber eine Ausgabe von 542 047 M. stand.

Eine Konferenz der Gewerkschaftsverbände
 fand am Montag im Gewerkschaftshause in Berlin statt. Der Reichstagsabgeordnete Benno Gumbel, der auch Mitglied des „Kaufmanns- und Bauernvereins“ ist, leitete die Konferenz.

nassen. Als zweiten Vorschlag beantragten die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder folgendes: "Zunächste Unterhaltungsarbeiten sind in der Regel an ortsanfängige Gewerbetreibende in der Reihenfolge zu vergeben. Die Vergabe solcher Arbeiten erfolgt nach behördlich ermittelten und festgesetzten Durchschnittpreisen."

Die Mittelständler bekämpften den Antrag; von unseren Genossen wurde er eingehend begründet. Wetterwirtschaft und Arbeitslosigkeit der Behörden und Gemeinden scheiden aus. Gleichzeitigkeit von auch Schwundpreise dadurch ausgeschlossen. Die Abstimmung darüber erfolgt in nächster Sitzung.

Der neue amerikanische Zolltarif.

Aus New York wird uns geschrieben:

Die Aussichten für ein persönliches Regiment sind unter dem neuen demokratischen Regime in Washington nicht idel. Die neue Zolltarif-Vill, die dem 63. Bundeskongress am 8. April, in dem Augenblick seiner Eröffnung, zugewandt wird von Freund und Feind der Maßregel als "Administration-Vill" oder direkt als "Wilson-Vill" bezeichnet. Der neue Herr des Weißen Hauses, Präsident Woodrow Wilson, hat eine mehr als hundertjährige Tradition beiseite gesetzt, indem er sich in eigener, allerdings persönlicher Person zur Verfassung seiner Zolltarif-Vill nach dem Capitol begab.

Der nordamerikanischen Republik steht bekanntlich die Institution des Ministerpräsidenten, wie überhaupt eine offizielle Verbindung der Minister mit der Volksvertretung. Wilson will nun offenbar sein eigenes Ministerpräsident sein, wie er schon sein eigener Zolltarif-Ausschuss gewesen ist. Er geht dabei ein persönliches Wagnis ein. Der parlamentarische Erfolg eines Zolltarifgesetzes, für das er sich selber in so dramatischer, um nicht zu sagen sensationeller Weise eingesetzt hat, würde jetzt eine persönliche Niederlage des Präsidenten bedeuten, und wieviele nippen das Tariffschifflein im Kongress zu fürchten hat, weiß Wilson am besten; weshalb er bereits von vornherein mit der "Verfassung aus Volk", das heißt mit einem schweren Parteistrich bei den Wahlen von 1916, droht. Die Gefahr lauert im Oberhause des Bundesparlamentes, dem Senat, im Volke "Millionärskammer" genannt. Jeder einzelne dieser Landbesitzer ist dochwalter irgendeines Trusts. So alt der amerikanische Schutz Zoll ist, so lange sind auch die Tariffsätze schließlich immer von den schmerzenden und möglichen Ehrentreibern des Bundes-Senats normiert worden, unter gütlicher Mitwirkung ihrer kapitalistischen Vettern aus dem Lande, die als "Jeugen" in den öffentlichen Parlamenten zum Tariffgesetz — auch eine spezifisch amerikanische Einrichtung, die natürlich in der Praxis nur den kapitalistischen Interessen zugute kommt — nachhinlang das Kapital umlagern. Und die "Wohl- und Guter-Senatoren" haben dem Präsidenten, der sein eigenes Tariffgesetz machen will, bereits ihre Absage gesagt.

Der Wilsonsche Entwurf hebt jeden Zoll auf Rohwolle überhaupt auf und ermäßigt den Zuckerzoll um 25 Prozent, wobei vollständige Zollbefreiung des Zuckers zum Jahre 1916 vorgesehen ist. Zucker- und Wollzölle sind aber, neben den Wollwaren-Zöllen des berühmten "Schodules" (Klasse G des Aldrich-Tariffs), die heiligsten Güter der amerikanischen Protektionswirtschaft, und die (demokratischen) Senatoren der Zucker- und Wollstaaten verteidigen "ihre" Zölle denn auch mit wühender Entschiedenheit, wie sie für die Wahrung der Konstitution, der Unabhängigkeitserklärung oder die Erklärung der Menschenrechte nie und nimmer ins Zeug gehen würden. Die New Yorker World, das Hauptorgan der demokratischen Partei, spricht denn auch bereits von Parteizertüchtigung und Parteiberrat. Es bereitet sich zurzeit, wenn sich die hauptsächlich beteiligten Parteien selber darüber auch noch nicht klar sind, ein Kampf der radikalen Demokratie mit dem Oberhause des Parlamentes, ähnlich dem Ansturm auf die englische Lordskammer, vor, und einen ganz wesentlichen Schritt in der Richtung einer Beschränkung der Senats-Prärogative bringt schon der Wilson-Tarif mit der Bestimmung, daß der Präsident befugt sei, Handelsvertragsverhandlungen anzuknüpfen und daß die so zustande gekommenen Verträge nur der einfachen Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses bedürften, um Gesetz zu werden.

Bisher war es das eglische Recht des Senats, Verträge mit auswärtigen Mächten zu ratifizieren, und zwar war dazu Zweidrittelmehrheit erforderlich. Bekanntlich schiederten hieran die Friedens- und Schiedsgerichtsverträge des Präsidenten Taft. Das Hauskomitee, das den Zolltarif-Entwurf formell dem Hause zur Annahme unterbreitet hat, erklärt in klarem Englisch, der Senat sei "nicht direkter Vertreter der Mehrheit des Volkes der Vereinigten Staaten". Uebrigens ist es wahrheitsgemäß, daß in einem Jahre eine Verfassungsänderung zustande kommen wird, die jenes mächtige Bollwerk der Trust-Interessenten und der politischen Reaktion zu Falle bringt, und zwar einfach durch Einführung der direkten Volkswahlen zum Senat, der jetzt eine Art Delegationsversammlung der einzelstaatlichen Parlamente bildet.

Für das nichtamerikanische Publikum, soweit es nicht, wie die Arbeiter, an dem innerpolitischen Fortschritt in der großen Republik idealen Anteil nimmt, ist der weitest wichtige Punkt in der "Wilson-Vill" natürlich der Uebergang zur Handelsvertragspolitik. Die traditionelle Janes-Unterschämtheit des Aldrich-Tariffs nahm noch von sämtlichen handeltreibenden Vätern des Erdballs ohne weiteres alle und jede Vergünstigung in Anspruch, die diese sich nach dem vertraglich festgesetzten Verhältnis von Leistung und Gegenleistung gegenseitig eingeräumt hatten, und im Weigerungsfalle konnten die expressiven Strafsätze des "Narkimalltarifs" verhängt werden. Diesmal ist es der reguläre Tarif des Zollgesetzes, der als Narkimalltarif gedacht ist, wobei der Präsident bei gehörigen Zugeständnissen seitens anderer Nationen Ermäßigungen eintreten lassen kann.

Washington, 23. April. Der Vorsitzende der Kommission für Mittel und Wege, Underwood, legte der Kommission das neue Zollgesetz vor. Nach heftigem Widerstande durch sechs republikanische Mitglieder der Kommission wurde das Gesetz mit 14 gegen 7 Stimmen angenommen. Diese Zahlen entsprechen genau der Zugehörigkeit zur demokratischen und republikanischen Partei. Das Repräsentantenhaus wird, wie verlautet, morgen in die General-Debatte eintreten. Die demokratische Fraktion wird heute abend eine Sitzung abhalten und beschließen, Änderungsanträge möglichst zu beschneiden und die Debatte auf 8 aufeinanderfolgende Sitzungstage zu beschränken.

Neues aus aller Welt.

Aus einem städtischen Betriebe.

Vor einiger Zeit veröffentlichte unter in Kugsburg erscheinendes Parteiblatt einen Artikel, durch den geradezu furchtbare

Zustände in der städtischen Tierleichen-Berichtungsanstalt aufgedeckt wurden. Die sofort eingeleitete Untersuchung hat nun ergeben, daß ein in der Anstalt Bediensteter seit etwa 1 1/2 Jahren das Fleisch von etwa 400 Hunden und 700 Kagen, das vernichtet werden sollte, kerner die Knochenreste vom Schlachthof teils an arme Leute verkauft, teils an Wäfler verarbeitet, veräußert hat. An dem Genuß des verdorbenen Fleisches und der Würste ist eine Anzahl von Personen erkrankt.

Vom Landgericht Kugsburg wurde nun der gewissenlose Parich zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus, seine Gesein zu einem Jahr Zuchthaus und eine Gastwirtin, die das billig erworbene, verdorbene Fleisch dem ahnungslosen Gästen vorgesetzt hat, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Scharlach in der Kaserne.

In Danau, wo gegen Weibskinder unter dem 8. Eisenbahn-Regiment eine Typhus-Epidemie ausbrach, die ungefähr 100 Erkrankungen und mehr als 20 Todesfälle nach sich zog, ist jetzt unter den Soldaten des 8. Infanterie-Regiments Scharlach ausgebrochen. Dieser sind in der 4. Schwadron des Regiments vier Mann erkrankt. Die Erkrankungen sollen leichter Art sein. Von den Typhuskranken des Eisenbahn-Regiments sind auch noch nicht alle genesen.

Gefährliche Übungen.

Magan, 24. April. Gestern nachmittag wurden auf dem

Truppenübungsplatz Neuhammer, wo das Niederschlesische Bionterbatalion Nr. 5 Übungen abhielt, bei einem Sprengversuche Leutnant Kattowitz getötet und Oberleutnant der Reserve Müller-Kranefeld, Leutnant sowie Landwehrlieutenant, Regimentsadjutant, Dohmen-Zugführer schwer verwundet. Außerdem erlitten noch ein Bionterfeldwebel und ein Bionter Bezugsgehilfe.

Schneunglück.

Offen (Ruhr), 20. April. In Neulinghausen wurden auf der hiesigen Heide Umsichtspitze mehrere Arbeiter betäubt. Zwei waren sofort tot, einer wurde schwer verletzt geborgen.

Unglück im Bergwerk.

Brüg (Böhmen), 24. April. Im Restionschachte des hiesigen Bergwerks kam es zu einer Explosion, bei der zehn Bergarbeiter schwer verletzt wurden; drei liegen im Sterben.

Fliegerkurg.

München, 24. April. Auf dem Flugplatz Schleißheim verunglückten die beiden Fliegeroffiziere Oberleutnant v. Gernersheim vom 6. Inf.-Reg. in Bamberg und Leutnant Schirmer vom 11. Inf.-Reg. in Regensburg bei einer Gleitflugübung mit ihrem Otto-Fahrzeuge. Beide wurden etwa 100 m ins Garsenfluggelände gebracht, wo Leutnant Schirmer im Laufe des Abends das Bewußtsein wiedererlangte.

Sie haben nicht nötig Phantasiepreise Tischbutter

von 150 Pf. oder gar 155 Pf. per Pfund für Ihre

Tischbutter

zu bezahlen.

Das Beste, was in Butter überhaupt produziert wird, kaufen

Sie bei mir Webergasse 18. und zwar meine

Extrafine Teebutter 1 Pfund 134 Pf.

bei 5 Pfund 132 Pf.

Weiter empfehle ich:

Allerfeinste Tafelbutter 1 Pfund 128 Pf.

bei 5 Pfund 126 Pf.

Feine Tafelbutter 1 Pfund 124 Pf.

bei 5 Pfund 122 Pf.

Für Restaurants, Hotels, Pensionate etc.:

Obige Butter wird auf Wunsch in Rollen geformt.

Stückenbutter:

Teebutter F. E. K., das Feinste was 70 Pf. | Kleeblatt, hochfeine Qualität 1 Stück 65 Pf.

Rose, extrafine Qualität 1 Stück 68 Pf. | Sternblume, feine Qualität 1 Stück 63 Pf.

Allergrösste frische

Eier

1 Mandel 80 Pfennige.

Ich bringe nur Eier zum Verkauf, welche zweimal gekeult sind, daher volle Garantie für tadellose Ware. Es kann Ihnen niemand am Plage etwas Besseres bieten.

Der Versand von 1 Mandel an aufwärts erfolgt in extra angefertigten Eierkartons.

F. E. Krüger Webergasse 18.

Telephon Nr. 1912.

Freier Versand nach allen Stadtteilen.

[L.1082

Sozialdemokr. Verein für den 6. Kreis

Gorbitz und Nachbarorte.

Sonnabend den 26. April, abends 9 Uhr, im Gasthof Schumann in Rieberg...

Bezirk Wilsdruff: Ort Grumbach.

Sonnabend den 26. April, abends 8 Uhr, in Röhdes Restauration...

Bezirk Schmiedeberg-Altenberg.

Sonnabend den 26. April, abends Punkt 8 Uhr, im Gasthof Waldesruh...

Turnverein Frisch auf, Cunnersdorf

13. Stiftungs-Fest

verschiedenen Ueberraschungen in a. Reigen-Aufführung...

Mitglieder-Versammlung

1. Rechenschaftsbericht vom verwichenen Halbjahr, 2. Neuwahl der...

Verband d. Lederarbeiter, Deuben.

Sonnabend den 26. April 1913 Oeffentl. Tanzabend...

Turnverein Frisch auf, Dippoldiswalde

Anturnen

Gasthof Nieder-Häslich

Grosser Tanz-Abend

Musenhalle

Einziges Varieté u. Volks-Theater des Westens. Täglich abends 8 Uhr...

Allein-Aufführungsrecht. UT

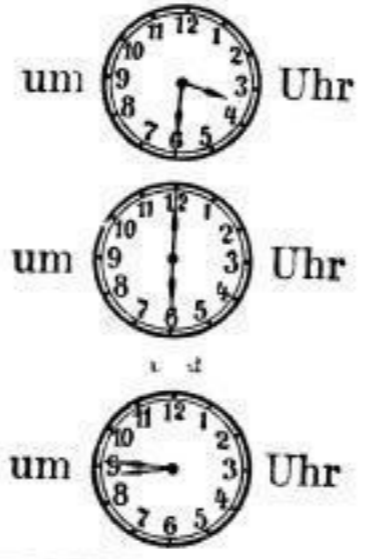
Licht-Spiele

Waisenhausestrasse 22. Telefon 17387

Auf allgemeinen Wunsch

Quo vadis? die dritte Woche verlängert

Vorführung täglich



Sonnabend den 26. April Sonntag den 27. April

Jugend-Vorstellungen

Die Königin der Schmerzen

dritte Abteilung des Films von der Königin Luise.

Wittelsbacher Bierhallen

Moritzstrasse. Das renommierteste bürgerliche Restaurant...

Sarrasani

Telephon 17760 und 17812. Nur noch sieben Tage!

Allabendlich 7 1/2 Uhr: Galavorstellungen.

Wild-West

kleine (herabgesetzte) Preise Nachmittags durchweg halbe Preise

Zur Maifeier!

Maizeitung 10 Pf., Wiener Maizeitung 20, Wahrer Jacob (Mai-Nummer) 10

Legen Sie Wert auf sofortige gute saubere Schuh-Reparatur...

Bedr. mod. Plüschsofas, doch n. n. neu f. 20, 30 u. 38 Pf.

Frauentee Paket 75 Pf., altbewährt.

Kleian's selbstst. Backmehl

Rinderwagen - Klappwagen neu u. gebraucht...

Guterb. Rinderwagen zu verf. Preis 1. Pringshagenstr. 11, 3.

Nur 6.90 kostet eine echte italienische Wandoline...

Zurückgeführt vom Grabe meiner lieben unvergesslichen Mutter...

Sommer-Wohnung! Gr. möbliertes Zimmer (2 Betten)...

Zurückgeführt vom Grabe meines lieben Mannes, des Eisenbedeckers Heinrich Bartel...

Verband d. Hutarbeiter u. -arbeiterinnen

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Kollegin Therese Bach...

Heute früh 4 1/2 Uhr verschied nach länger schwerer Krankheit meine innigstgeliebte Gattin...

Zurückgeführt vom Grabe meines lieben Mannes, des Eisenbedeckers Heinrich Bartel...

5. Klasse 163. A. S. Landes-Lotterie.

Alle Klassen, unter welchen kein Gewinn ist, sind mit 300 Mark gezogen.

Ziehung am 23. April 1913.

Table of lottery numbers for the 5th class, listing various winning numbers and their corresponding prizes.

Table of lottery numbers for the 5th class, continuing the list of winning numbers and prizes.

Persil advertisement featuring an illustration of a man washing clothes and text describing the product as a self-acting washing agent that saves fabric.

Richard Thomas, Dresden-Alttadt advertisement for self-made washing tubs, highlighting their durability and repair services.

Schmelzer's advertisement for bicycles, featuring an illustration of a bicycle and listing various models and prices.

Advertisement for 'Immer das schönste' flowers, listing various types of flowers and bouquets available for purchase.

Vitello Margarine advertisement featuring a large illustration of a woman and text promoting the product as a healthy and delicious spread.

Damen advertisement for a ladies' clothing store, listing various fashion items and accessories.

Zur Maifeier! advertisement for a May festival, featuring a large illustration of a woman and text about a transparent lottery with meaningful prizes.

Gardinen - Reste! advertisement for curtains, listing various styles and prices for remnants.

Gebr. Eisenhardt advertisement for a watch and clock repair shop, listing various services and products.

H. Lorenz advertisement for a watch and clock repair shop, listing various services and products.

Kluge Frauen advertisement for a ladies' clothing store, listing various fashion items and accessories.

Tränkners Möbelhaus advertisement for a furniture store, listing various types of furniture.

Frauen-Tee! advertisement for a tea shop, listing various types of tea and products.

Schmelzer advertisement for a bicycle shop, listing various models and prices.

E. Köhler advertisement for a watch and clock repair shop, listing various services and products.

Gesinnungsgenossen! Werbt für eure Volks-Zeitung!

Reichstag.

147. Sitzung. Mittwoch, den 23. April, nachmittags 2 Uhr.
Am Bundesratsstische: v. Oettingen, Delbrück.

Militäretat.

Der Beratung legitim beim Kapitel „Verteidigungswesen“.

Abg. Pfeiffer (Soz.):

Den Festungsstädten wird die durch ihre wirtschaftliche Entwicklung bedingte Ausdehnung unterbunden, so daß sie ihre kommunalpolitischen Aufgaben nicht erfüllen können. Der Militarismus verschärft hier die durch die Hausgüter verschuldeten Wohnungszustände. Den eingebauten Festungsstädten fehlt Luft und Licht. Daß der Militärverwaltung die Einsicht fehlt, wie schädlich diese Einschränkung der Festungsstädte ist, zeigt schon die Stellung der Festungsstädte im Reichstag. Die Militärverwaltung bei der Durchführung der Festungsarbeiten und anderem Gelände vom Reichlichen Krämernest befreit. Von großen Gesichtspunkten geht die Militärverwaltung nur bei ihren Forderungen aus. (Sehr richtig links.) Die dringend notwendigen Anlagen bei Festungsarbeiten werden sehr häufig am Widerstand der Militärbehörde oder werden durch ihre Forderungen ganz außer Acht gelassen. Natürlich führt das zu unangenehmen Beziehungen zwischen Militärverwaltung und Stadterwaltung, von denen aber nichts an die Öffentlichkeit dringt, weil die Stadtverwaltungen haben, die Militärverwaltung könnte dem öffentlichen Leben schaden. Es muß schon sehr arg geworden sein, wenn eine Stadt sich zur Luft in die Öffentlichkeit entschließt, wie jetzt Köln. Dort sollte eine Gürtelbahn ein Industriegebiet erschließen, die Stadt müßte sich aber mit einer Trümmerlage begnügen, und es ist auch jetzt noch fraglich, ob selbst diese genehmigt wird. Auch bei dem Ausbau der rechtsrheinischen Vorstadt wurde die Stadt gestutzt, 25000 M. für Festungsarbeiten auszugeben. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Mit Recht sagte ein Stadterbauer, ein Kolonnen in Köln möge mehr Schwierigkeiten als selbst in China. (Heiterkeit.) Es wurde bereits eine Vereinigung der Festungsstädte zu Schutz und Erziehung angeregt. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Es darf nicht bedauert werden, um die Festungsstädte aus ihrer schwierigen Lage zu befreien. Das heißt wäre die volle Befreiung der Festungen. Das wird ja in unserer Zeit der imperialistischen Bestrebungen und Kriegstreiberien nicht zu erreichen sein, aber es muß doch ernstlich geprüft werden, inwiefern noch eine Einschränkung der Festungen stattfinden kann. Auf alle Fälle müßten Wall und Graben in den Festungsstädten beseitigt werden, Verankerung der Festungsanlagen sollte nur an die Stadt stattfinden, und zwar zu freier, bei der die Stadt ihren kommunalen Verpflichtungen nachkommen kann. Vor allem ist auch zu verlangen, daß die Kosten für Befestigungsarbeiten vom Militärhaushalt getragen werden, nicht von den Städten. Werden diese Wünsche erfüllt, so würde der Militarismus nicht mehr wie bisher ein Alp auf den Festungsstädten lasten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Trinius (Z.): Ich muß dem Vorredner widersprechen, daß das Verhältnis zwischen Stadt und Militärverwaltung ein schlechtes ist. Die Forderungen, die der Militärhaushalt erhebt, liegen doch im Interesse der Landesverteidigung. Freilich ist es bedauerlich, daß die Militärverwaltung meist Richter in eigener Sache ist und deshalb eine Nachprüfung nicht stattfinden kann. Daß die Festungsstädte schwere wirtschaftliche Nachteile haben, hat der Vorredner sehr richtig auseinandergesetzt. Es tragen diese Städte den größten Teil der allgemeinen Last, und deshalb sollte auch die Allgemeinheit einen Teil, indem die notwendigen Festungsarbeiten durch den Reichshaushalt gedeckt werden. (Bravo! im Zentrum.)

Generalleutnant Wandel: Die Militärverwaltung fordert immer nur das, was im militärischen Interesse notwendig ist. Den Nachteilen der Festungsstädte stehen doch auch manche wirtschaftliche Vorteile gegenüber, z. B. haben sie meist größere Garnisonen. Von einem feindlichen Krämernest, wie der Abg. Pfeiffer behauptet, ist die Militärverwaltung beim Verlauf von Grundstücken nicht leiten. (Beifall rechts.)

Abg. Weinhausen (Sp.) wünscht Aufhebung der Reichsbeschlüsse.

Generalleutnant Wandel hält das Verhalten der Militärverwaltung in Danzig für gerechtfertigt.

Abg. Dr. Weill (Soz.):

Von einem Entgegenkommen der Militärverwaltung in Festungsfragen habe ich in Ecks-Kölnen nichts gehört. Ohne Rücksicht auf militärische Interessen werden Forderungen gestellt, die beinahe den Einzug machen, die Militärverwaltung möchte ihre Rechte zu einer möglichst günstigen geschäftlichen Ausnutzung bringen. Die Erfahrungen in Ecks-Kölnen und die bei der Abhebung der Reichsbeschlüsse zeigen kein Entgegenkommen der Militärverwaltung. Diese Terrainspekulation hat eine außerordentlich unangenehme und soziale Wirkung. Wünschenswert wäre, daß die Militärverwaltung ihre Geschäftstätigkeit auch den künftigen Interessenten gegenüber bewahrt. Eisenpostlandnahme wird per Wagon in Deutschland für 800 M. verkauft, nach Frankreich für 200 M. (Hört! Hört! links.) Die ungeheuren Verluste, die das Dementihaft macht, finden zu einem großen Teil im Ausland Verwendung, denn das Eisen hat einen Fonds geschaffen, aus dem die Konkurrenz, und das ist namentlich ausländische, durch Selbstbindungen befreit wird. Trotz des hohen Kaufens, durch die Konvention, und das ist namentlich ausländische, durch Selbstbindungen befreit wird. Trotz des hohen Kaufens, durch die Konvention, und das ist namentlich ausländische, durch Selbstbindungen befreit wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Trinius (Z.) wünscht Befreiung der Schreiber in den Reichsbeschlüssen.

Abg. Wehr (Nichtsp.) fragt über die Verwendung von ausländischen Arbeitern bei Festungsarbeiten.

Generalleutnant Wandel meint, die ausländischen Arbeiter seien leider nicht entbehrlich.

Vizepräsident Dr. Baasche teilt mit, daß die Regierung in der Staatsproposition die Gewährung eines Grundbusses in der Militärproposition für Aufnahme des Militärabkommens zurückgezogen habe. (Heiterkeit und Beifall.)

Beim Kapitel 43, „Verschiedene Ausgaben“, führt

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

aus: Ich weiß nicht, ob unter dem Titel „Entschädigungen im Bereiche der Militärverwaltung“ auch der Ersatz von Schäden verstanden wird, die durch militärischen Terrorismus hervorgerufen sind. Der Fall des Kaiserreichers Arnold in Potsdam gehört zu den traurigsten Fällen, die wir bisher in Deutschland erlebt haben. Arnold hatte Versicherungsverträge mit verschiedenen Potsdamer Regimenter. Er hatte mit der Sozialdemokratie nichts zu tun, stellte ihr aber mehrfach seinen Garten zur Abhaltung von Versammlungen zur Verfügung. Darauf wurden ihm nicht nur von der Polizei, sondern auch von den Regimenter die Versicherungen gekündigt, so es wurde ihm sogar das Verleihen des Regiments unterstellt. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Kriegsminister hat behauptet, daß dieses Vorgehen der Militärverwaltung keine politischen Gründe gehabt habe. Demgegenüber kann ich nachweisen, daß der Regimentskommandeur des 1. Garderegiments zu Fuß Arnold auf eine Anfrage als Antwort eine Annonce geschickt hat, die die Auflösung einer Versammlung enthält, die in Potsdam abhalten sollte. Als

Arnold dann das Geschäft auf seinen Sohn übertrug, und dieser sich um die Militärverwaltung beim Garde-Regiment und bei der Unteroffizierschule bewarb, wurde sein Besuch abschlägig beschieden, denn beide Kommandos hatten sich bei der Potsdamer Polizei erkundigt, ob der Antragsteller „der Sohn des Sozialdemokraten Arnold“ sei. Daraus geht doch hervor, daß das Verhalten der Militärverwaltung durch politische Gründe bestimmt worden ist und daß der Kriegsminister von den Offizieren falsch informiert worden ist. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Generalleutnant Wandel: Bei der Unterführung des Falles ist schon einmal festgestellt worden, daß sowohl das Garde-Regiment, wie die Unteroffizierschule die alten Dienstverhältnisse beibehalten haben, von einem Vorfall also nicht die Rede ist. Ich lege entschiedenste Verwahrung dagegen ein, daß behauptet wird, ein Offizier hätte die Unwahrscheinlichkeit gesagt. (Beifall rechts.)

Abg. Liebknecht (Soz.):

Das Besondere ist, daß sich die Militärverwaltung bei der Polizei erkundigt hat, ob Arnold der Sohn eines Sozialdemokraten sei, und daß sie ihm dann die Militärverwaltung entzogen habe. Erwiesen ist jedenfalls durch das Eingangsdatum des Kriegsmusters, daß die Militärverwaltung das Recht in Anspruch nimmt, politischen Terrorismus auszuüben. Dieses Eingangsdatum ist für unsere Agitation sehr angenehm, für den Kriegsminister allerdings wohl nicht. Arnold ist zwar noch nicht ruiniert, wird es aber durch die Wegregel der Militärverwaltung werden. Will die Militärverwaltung diesen Schaden nicht gutmachen? Erwiesen ist die traurige Tatsache, daß die Militärverwaltung in diesem Zusammenhang dieses systematisch geschickte Verfahren gegenüber Bürgern ausdrücklich billigt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Oettingen: Ich bemerke mich dagegen, daß die Militärverwaltung irgendwie geschicklich verfährt. Lieber Disziplin gehen meine und des Abg. Liebknecht Ansichten auseinander.

Abg. Liebknecht (Soz.):

Daß das Vorgehen der Militärverwaltung offenbar geschicklich ist, ist nicht zu verkennen. Wenn der Kriegsminister diese Art des Vorgehens für gerechtfertigt hält, so gibt dies Zeugnis über die Sozialdemokratie eine treffliche Basse in die Hand. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Titel wird bewilligt.

Die Einkommensausgabe wird gegen die Stimmen der Rechten, der Nationalliberalen und der Volkspartei abgelehnt.

Bei den „einmaligen Ausgaben“ begründet

Abg. Davidsohn (Soz.):

einen Antrag, 147 000 M. zu streichen, die zur Umkehrung des Exzerzierplatzes vor dem Schützenhaus in Berlin verlangt werden. Der Exzerzierplatz durch Räumern geschädigt werden sollen, ist neu. Auch zu Kompensationen auf dem Exzerzierplatz soll die Summe mitverwendet werden. Mit diesen Kompensationen aber ist bereits begonnen, vermutlich soll der Platz für die sogenannte patriotische Jugendbewegung revidiert werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Generalleutnant Wandel bemerkt darauf, daß die Polizei die Einrichtung der Umgehung angeordnet habe. Der Platz soll den Schulen wie andere Exzerzierplätze an Spielen zur Verfügung stehen. Die Berücksichtigung des Abg. Davidsohn ist also ganz unangebracht. (Beifall rechts; Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Baasche: Den Ausdruck „Verdächtigung“ im Grunde eines Abgeordneten einem Regierungsvorsteher gegenüber halte ich nicht angebracht.

Der Titel wird bewilligt.

Vizepräsident Dr. Baasche ruft den Abg. Liebknecht nachträglich zur Ordnung wegen des Vorwurfs gegen die Militärverwaltung, für Verlehen sei geschicklich.

Beim Kapitel „Kritik der Waffenbesetzung“ beantragt die Kommission, den Herrn Reichstagspräsidenten zu ersuchen, zur Prüfung der gesamten Waffenbesetzung für Reichswehr und Marine eine Kommission zu berufen, in welcher der Reichstag zu wählende Mitglieder des Reichstages und Sachverständige zuzuziehen sind. Der Reichstagspräsident wird ersucht, den Bericht der Kommission den gleichzeitigen Hauptberatern mit Vorlagen zur Befreiung einzuwirken mitzuteilen.

Die Kommission vorschlagene Resolution wie folgt zu fassen: 1. zur Prüfung der gesamten Rüstungsbesetzungen für Reichswehr und Marine eine Kommission von 21 Mitgliedern einzusetzen; 2. den Reichstagspräsidenten zu ersuchen, dem Reichstag unverzüglich einen Bescheid mitzuteilen, durch den der 1. genannten Kommission diejenigen Rechte eingeräumt werden, die den ordentlichen Beratern für die Anordnung der Durchführung und Befreiung zuzugehen.

Abg. Liebknecht (Soz.):

Wir werden getrennte Abstimmung über die beiden Punkte unseres Antrages verlangen. Wir dürfen uns bei der Tatsache nicht verschließen, daß die Regierung in diesem Falle bis zu einem gewissen Grade Partei ist. Die Regierung will sich dagegen verhalten müssen, daß sie mindestens durch Unerschuldungsbüden es den Interessenten ermöglicht hat, das Reich zu schädigen. Wenn aber, was von allen Seiten anerkannt ist, in bezug auf diejenigen Rüstungsbesetzungen, die als mit unläuterem Wandelern betrüßlich schon bekannt geworden sind, eine gewisse Mitschuld der Regierung festgestellt ist, dann wäre es höchst verfehlt, wenn Regierungsvorsteher an der einsetzenden Untersuchungskommission teilnehmen würden. Bei den früheren Kommissionen, besonders bei der Randkommission für Deutsch-Waldschaffstraßen sind auch Erfahrungen gemacht worden, die nicht gerade dazu anregen, daß wir hier der Regierung freie Hand in der Befreiung der Kommission lassen. Es waren damals Mitglieder der Kommission Reute, die Interessen bei der Beweisaufnahme, deren Maximationen untersucht werden sollten. In ihrer Aktivität hatte die Regierung diese Deceps zu Mitgliedern der Untersuchungskommission ernannt. Von einem der Herren wurden sogar Verbrechen über sein Verhalten in der Kommission abgelesen. Wir haben damals die Heberzeugung gewonnen, daß die Kommission ihre Aufgabe nicht erfüllen konnte, weil ihr das Recht, die Zeugen eidlich zu vernehmen, nicht erteilt worden war. Daher verlangen wir einen Bescheid, durch den der jetzt einsetzenden Kommission diese Ermächtigung erteilt wird. Wir können uns auf die Erfahrungen berufen, die man in England mit solchen Kommissionen gemacht hat. Nur so werden wir zu einer gründlichen Erforschung aller üblen Modenschichten gelangen. Wir stellen hier einen Konzern von Militärinteressen gegenüber, die eine kolossale Macht im Staat und in der Gesellschaft haben. Wenn die Kommission nicht die verlangte Befugnis erhält, so erwidern wir darin eine große Gefahr, haben wir es doch in der Budgetkommission erlebt, daß ein Herr meinte, die Untersuchungskommission habe auch die Aufgabe, unbedeutende Angriffe zurückzuweisen. Wir können uns auf viele Dinge gefast machen, wenn Leute in die Kommission hineinkommen, die im Sinne dieser Kritiker ihre Aufgabe ausfüllen. Ein würdiger Standpunkt vertreten, den wir in diesem Antrage formuliert haben. Ich bitte, unseren Anträgen zuzustimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dove teilt mit, daß zwei handschriftliche Anträge Abrecht und Genossen eingegangen sind, wonach zwei Drittel der Kommission aus Mitgliedern des Reichstages bestehen sollen und diese Reichstagsmitglieder nach dem für die Befreiung der Kommission maßgebenden Grundbesitz auf die Fraktionen zu verteilen sind.

Kriegsminister v. Oettingen: Der Abg. Liebknecht hat gesagt, es sei die Mitschuld der Regierung an den Verlehenen, die in den letzten Tagen hier besprochen worden sind, festgestellt worden. Eine solche Feststellung ist nicht erfolgt und konnte nicht erfolgen, weil eine Mitschuld der Regierung gar nicht vorhanden ist. Diese Angriffe auf die Militärverwaltung werde ich daher mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Es liegen zwei Resolutionen vor. Ich darf mich wohl der Hoffnung hingeben, daß die Resolution Abrecht und Genossen abgelehnt und nur die Resolution der Budgetkommission angenommen wird. Ich halte aber einige Bemerkungen zu der Resolution Abrecht für nötig. Sie fordert die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission zur Untersuchung tatsächlicher Verhältnisse. Die Einsetzung einer solchen Kommission würde in der Befreiung ihre Grundlage nicht finden. (Zustimmung rechts.) Weiter will der Antrag Abrecht die Kommission das Recht der Gegenübernehmung wie den Bericht der Kommission, und wünscht dazu die Einbringung eines Gesetzes. Einen solchen Gesetzentwurf kann ich nicht in Aussicht stellen, auch er würde den beschlagene Grundlagen des Reiches widersprechen.

Auch bezüglich der von der Budgetkommission verlangten Kommission hat der Reichstagspräsident das gleiche verfassungsmäßige Bedenken. Die Auffassung des Reichstagspräsidenten ist nach Lage der Befreiung Sache des Reichstages. Der Reichstagspräsident hält es aber für erwünscht, über die Fragen der Befreiung unseres Landes mit Waffen- und Kriegsmaterial in weitem Umfang Sachverständige zu hören, und ist auch ganz bereit, sich dabei der Sachkunde von Mitgliedern des Hauses zu bedienen. Eine solche Untersuchung wird inwieweit so wenig feststellen wie eine Mitschuld der Regierung an Verlehenen. Der Reichstagspräsident legt eine solche Kommission vor allem in dem Vertrauen, wenn zweifelhafte Vorgänge aufzuklären und dabei niemanden zu schonen. Der Reichstagspräsident ist daher bereit, den Wünschen der Reichstagsparteien entgegenzukommen, und eine Kommission einzusetzen, die die beteiligten Sachverständigen und aus geeigneten Sachverständigen berufen werden, wobei die Wünsche der Parteien berücksichtigt werden sollen.

Abg. Graf Bethard (Z.): Meine Freunde, sowie die Reichspartei werden gegen den Antrag Abrecht und gegen die Resolution der Kommission stimmen, wir wünschen nicht in die Rechte der Exekutive einzugreifen. Die Resolution ist ja auch nach der Befreiung des Reichstages gegenstandslos.

Abg. Ersberger (Z.): 1906 ist bereits eine gleichlautende Resolution angenommen worden, und der Bundesrat hat ihr zugestimmt. Der Reichstag muß sich sehr wohl darum kümmern, ob die von ihm bewilligten Summen auch zweckentsprechend auszugeben werden. (Beif. Zus.) Wir werden ja sonst zu einer reinen Registriermaschine werden. Der bloße Antrag, daß wir für Lieferungen, solange sie nur von einem Firma Strupp übertragen waren, 60 bis 80 Proz. mehr bezahlt haben, (Hört! Hört!) nachträglich allein schon die Einsetzung einer solchen Kommission. Ich muß auch entschiedenste Verwahrung gegen eine solche Einschränkung unseres Budget- und Kontrollrechts einlegen, wie sie Graf Bethard will. (Beif. Zus.) Der Antrag Abrecht ist beabsichtigt, da ja nach der Erklärung der Regierung eine solche Kommission nie ins Leben treten würde.

Abg. Baasche (nat.) schlägt sich dem Vorredner an.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Sp.): Wir haben in der Kommission gegen den Antrag gestimmt, weil er uns nicht weit genug geht, denn wir wünschen eine reine Parlamentarische Kommission, denn diese genießt das Vertrauen der weitesten Kreise. Nach den Ausführungen des Staatssekretärs dürfte der Reichstag überhaupt nicht die Initiative zu einer Verfassungsänderung ergreifen. Wir werden für den Antrag Abrecht stimmen, und wenn dieser abgelehnt wird, für den der Kommission, um wenigstens etwas zu erreichen, (Beifall bei der Volkspartei.)

Staatssekretär Delbrück: In dem Antrag Abrecht liegt ein Antrag auf Handlungen, die in der Befreiung nicht begründet sind. Wenn Sie eine Verfassungsänderung wünschen, so gründen Sie sie beantragen; aber einer Verfassungsänderung kann, daß derartige parlamentarische Untersuchungskommissionen nach englischem Muster eingeführt werden, dürfen die Verlehenen Regierungen kaum zustimmen. Das Budget- oder Kontrollrecht des Reichstages bezweckeln aber einschränken sie wollen, liegt mir völlig fern. Eine gemischte Kommission kann nicht der Reichstag einsetzen, sondern nur der Reichstagspräsident, weil das eine Verwaltungsmaßregel ist, und er hat sich bereit erklärt, eine solche Kommission einzusetzen.

Abg. Franz-Rannheim (Soz.):

Der Staatssekretär hat in seiner ersten Rede erklärt, die Anträge seien verfassungswidrig, und hat diesen schweren Vorwurf nicht zurückgenommen. (Staatssekretär Delbrück: Das kann ich ja gar nicht!) Er erhält ihn also aufrecht. Es wird Sache des Reichstages sein, diesen Vorwurf in geeigneter Form energig zurückzuweisen. Der Staatssekretär kann an der Auffassung nur kommen, wenn er meint, eine Kommission, die gewisse Vorgänge prüfen will, will eine Exekutive ausüben. Die Kommission soll lediglich das Kontrollrecht ausüben. (Lebhafter Zustimmung.) In der Befreiung ist eine solche Kommission freilich nicht begründet, aber sie ist auch nicht verboten, es kann in der Befreiung eben nicht jeder Schritt vorgezogen sein, den der Reichstag in der Befreiung seiner Rechte tun darf. (Lebhafter Zustimmung.) Nun zur Frage, wer die Kommission berufen soll. Die Regierung scheint sich aber ihre Position vollkommen im Unklaren zu sein, wenn sie sich gegen diese Anregung wehrt, sie weiß offenbar nicht, was sie gegen die Befreiung geltend machen will, (Beif. Zus.) Die Kommission kann nur wirken, wenn sie dem vollen Vertrauen des Reichstages getragen ist. Eine von der Regierung einberufene Kommission wird ein Vertrauen in Rede nicht gehen. (Lebhafter Zustimmung.) Eine solche Kommission, die die Regierung selbst hat, und daß dieses Vertrauen auf ein Minimum gesunken ist, darüber sollte die Regierung sich seiner Laufbahn hingeben. Soweit der Antrag der Kommission das Recht auf Gegenübernehmung geben will, bedeutet er eine Verleiden der Befreiung, aber eine notwendige. (Sehr richtig!) Wenn die Kommission in dem von der Regierung vorgezeichneten Rahmen arbeitet, kann sie nur das von der Regierung vorgelegte Material prüfen, nicht aber die Geschäfte der Vorgänge aufklären. (Lebhafter Zustimmung!) Wird dieser Antrag abgelehnt, so haben wir den der Kommission amendiert in einer Weise, daß die einsetzende Kommission wenigstens in der Mehrheit aus Vertretern des Reichstages besteht, die noch denselben Grundbesitz innehaben werden wie sonst in Kommissionen dieses Hauses. (Zuruf des Abg. Wendt.) Ich begreife Ihren Schmerz, Herr Wendt, aber wenn die Kommission auf die wertvollen Dienste der freiwillig gebotenen Partei verzichten muß, so wird das für die Aufklärung dienlich sein. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Spahn (Z.): Das Vertrauen des Reiches gegen die Militärverwaltung ist durchaus noch nicht beseitigt. Das Kontrollrecht ist das wichtigste Recht des Reichstages, daher bitte ich, der Resolution der Budgetkommission zuzustimmen.

Abg. Graf Bethard (Z.): Die Verwaltung des Reiches geht dem Bundesrat auf; der Reichstag hat nur formale Mitwirkungsrechte, wie die Befreiung besagt.

Abg. Waldstein (Sp.) konstatiert, daß die Nummer 1 der sozialdemokratischen Resolution nach Ansicht des ganzen Hauses unzulässig innerhalb der letzten Befugnisse des Reichstages liegt. In der Nummer 2 liegt wohl eine Fortbildung unserer konstitutionellen Verfassung vor, aber nur auf dem gesetzlichen Wege des Erlasses eines Gesetzes. Der Abg. Spahn lehnt den Antrag der Sozialdemokraten nur aus tatsächlichen Gründen ab, obwohl er prinzipiell zustimmen muß.

Staatssekretär Dr. Feiler: Der Abg. Franz hat gesagt, daß ein tiefes Mißtrauen im Volke gegen die Regierung besteht, und daß man nicht das Vertrauen hätte, daß eine von der Regierung eingesetzte Kommission unparteiisch arbeiten könne. Tatsächlich für diese Behauptung sind nicht dargebracht. (Lachen links.) Die wenigen Fälle von Verletzung, die gelegentlich überall einmal vorkommen können, werden unendlich die Behauptung begründen, daß eine ganze Regierung das tiefste Mißtrauen verdiene. Auch Abg. Spahn sprach von dem Vorhandensein eines Mißtrauens. Auch Abg. Spahn sprach von dem Vorhandensein eines Mißtrauens. Ich muß gegen solche Behauptungen Verwahrung einlegen. Ich schlage vor, die gemischten Kommissionen mit den von mir vorgeschlagenen Modifikationen anzunehmen, weil mir alle bestritten sind, redlich unsere Pflicht zu tun, und weil in weiten Kreisen des Volkes die Meinung besteht, daß die Regierung um ihre Positionen absolut intakt sind. (Beifall rechts.)

Abg. Ledebour (Soz.): Wenn auf Antrag unserer Partei oder anderer Parteien die Frage der eivilischen Vernehmung durch eine Kommission prinzipiell geregelt wird, dann dürfen wir der Zustimmung des Abg. Spahn und seiner Fraktion hoffentlich sicher sein. Diese Schlussfolgerung ist gerechtfertigt, wenn sich auch der Abg. Spahn jetzt in Schwanken hält. Es ist relativ gleichgültig, ob der von uns beantragte Gesetzesentwurf eine Verfassungsänderung enthält oder nicht. Nicht Stimmard hat fernerzeit selbst die Forderung bekämpft, daß die Einführung der Verfassungsbänderungen erschweren. Es wurde die Möglichkeit offen gelassen, die Verfassung, soweit es nötig wäre, einfach auf dem Wege der Gesetzgebung zu ändern. Dieser Status quo, der damals von der Regierung beantragt wurde, ermöglicht es uns, jetzt leichter eine Verfassungsänderung herbeizuführen, selbst wenn es der Regierung unangenehm ist. Der Staatssekretär und der Kriegsmilitär haben sich dagegen verwahrt, daß die Regierung in den hier in den letzten Tagen erörterten Fragen schuldig sei, vornehmlich durch Unterlassungshandeln. Im Falle der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik ist der Regierung von meinem Freunde Viehnecht eine Reihe von Tatsachen mitgeteilt worden, und es ist daher der Meinung, daß die Unterlassungshandeln schwerer Art anzurechnen, daß sie keine entsprechenden Maßnahmen getroffen hat. Die Korruptionsschandale der Kriegsbekämpfung kann leicht behauptet werden, daß die Regierung gegenüber dem Kriegsbekämpfer nicht die schweren Entschuldigungen Viehnechts, deren Wichtigkeit er durchaus nicht bestritten hat und bestritten konnte, dadurch zu entlasten sucht, daß er sagte, wie könnten ebenso gut behaupten, daß die Munitionsfabrikanten den weiteren Krieg verursacht hätten. (Zuruf: Am Ende haben wir den Balkankrieg verursacht!) Ein solcher Zuruf ist geradezu frech. (Präsident Karpff ruft den Redner für diesen Zuruf zur Ordnung.) Im Falle Krupp hat der Kriegsmilitär, anstatt über solche Missetaten das Urteil zu fällen oder anstatt sich Freimachungsleistungen vorzubehalten, es für angebracht erachtet, dieser Firma ein Loblied zu singen. Das ist ein Verhalten, das meiner Ansicht nach über den Begriff der Unterlassungshandeln hinausgeht. Ich erinnere auch an die Affäre Toppelstirn u. A. Wenn man noch bestritten werden sollte, daß die Regierung an der Tatsache, daß das Deutsche Reich durch Missetaten schwer geschädigt worden ist, durch eine Haltung, die mindestens als Unterlassungshandeln bezeichnet werden muß, mitschuldig ist, dann werden wir uns bemühen, aus der neuesten Zeit noch andere Tatsachen anzuführen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Martin (Reichsp.): Eine Auffassung wünschte auch wir, die geben uns aber unsere unabhängigen Gerichte. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Paasche (natl.): Das Mißtrauen im Volke kann nur durch eine Kommission beseitigt werden, wie sie die Budgetkommission wünscht, nicht wie sie die Regierung verlangt. — Gegen die Behauptung der Rechte des Reichstags auf lediglich staatsrechtliche und rechnungsmäßige Kontrolle, wie Graf Beseler dies konstatiert hat, muß der Reichstag energisch protestieren. (Leb. Beifall.)

Abg. Graf Beseler (konl.): Auch ich habe anerkannt, daß der Reichstag die Anordnungsrechte der Ausgaben zu prüfen hat. Die Diskussion schließt.

Unter Ablehnung der sozialdemokratischen Entwürfe wird die Resolution der Budgetkommission angenommen.

Abg. Zimmermann (natl.) protestiert unter lebhafter Umarmung des Hauses in erregtem Tone gegen den Bericht der Generalstabsoffiziere über den Zustand der Reichsarmee, wodurch der Reichstag erheblich geschädigt wird, und beantragt Aufhebung der Parteiverbindlichkeiten. Generalleutnant Ritter, den Versuch mit den Parteiverbindlichkeiten nicht zu unterbinden.

Die Abg. Grabberger (Zentr.), Dr. Säbhorn (Soz.) und Dr. Semler (natl.) unterstützen den Antrag Zimmermann.

Der Antrag Zimmermann wird angenommen. Der Rest des Etats wird debattiert und erledigt.

Darauf verläßt sich das Haus auf Donnerstag 2 Uhr. (Staat des Reichsmilitärgerichts, des Rechnungshofs, des Reichsschatzamt; kleiner Vorlesung.)

Schluss: 8 Uhr.

Verfammlungen.

Arbeiterturner. Der Bezirksverband hielt am Sonntag den 20. April seine zweite diesjährige Sitzung ab. Der Bezirksvertreter gab unter Mitwirkung der Amtsworte des Dresdner Stadtrats auf das Gesicht um Ueberlassung der Schulturnhalle für Abhaltung eines Turnwarttagungsganges, sowie die Verhandlung des Gesuchs um Ueberlassung der Schulturnhallen zum Vereinsturnen, das in der letzten Stadtkonferenzbesprechung zur Beratung stand, bekannt, dabei die unerschütterliche Haltung des Landgerichtsdirektors Hettner, der nicht die geringste Abmilderung von dem Leben und Streben der Arbeiterturner hat, hervorhebend. Was dieser Herr Landgerichtsdirektor in bezug auf die Arbeiterturner zusammengerechnet hat, das ist größtenteils unrichtig. Bekannt darf man sein, was der Vorsitzende, der interpelliert worden ist, in dieser Angelegenheit äußern wird. — Dem neuorganisierten Vereinen in Obercarsdorf und Nischenhain werden zur Vereinfachung die üblichen Paroleen gewährt. Der Inventarbestand des eingegangenen Vereins in D o s o m a geht an den in nächster Nähe neuorganisierten Verein über. Wegen Zulassung von Nichtmitgliedern zum letzten Bezirksfesttag wurde eine Geldstrafe verhängt. In Gruben verlagte man den Vorstehenden wegen Zulassung von Nichtmitgliedern zu einer Vereinsversammlung. Das ist aber nach den bis jetzt in solcher Sache getroffenen Urteilen ganz unzulässig. Den in Gruben wegen Meinungs in fast genommenen Personen, deren Unterfertigung sich die Vereine annehmen wollten, die aber in dem erforderlichen Maße nicht erfolgt ist, soll durch erneute Aufforderung beigegeben werden. — Die festgesetzte Bundesversammlung gibt zu freierzeit Veranstaltung Anlaß. Unregelmäßigkeiten, die aber nicht von Bedeutung sind, wurden nur zwei gemeldet, trotzdem soll das nächste Mal eine Wahlrechtsreform vorgenommen werden. — Vereinsgrundungen stehen wieder in der 3. Gruppe bevor. Nicht empfehlenswert ist es, daß von Modfahrer- oder Gesangsvereinen Turnabteilungen gegründet werden. — Ueber ein Bezirksfesttagungsblatt gab es arbeits Debatte. Der hohen Kosten wegen ist die Einführung unübersichtbar. Der Preis jedoch muß entstehen ein Blatt schaffen. — Am 22. Juni hält die 2. Gruppe ihr Turnfest in Kadobitz ab (die Gewerkschaften haben hierzu ihrer Beteiligung zugesagt), die 4. Gruppe am 24. August in Cammeritz, die 8. Gruppe am 27. Juli in Weinsbühla. — Der Mittelbergsituation muß damit begegnet werden, daß man in allen Vereinen ständige Kommissionskommissionen bildet. In Tharandt hat man wieder das Bögelungsverbot erlassen. Um das Spiel ordentlich spielen zu können, hat sich der Großhändler Verein einen 4000 Quadratmeter großen Platz gepachtet. Durch ständige Vertagung hat der Großhändler Verein an Mitgliederzahl bedeutend zugenommen. In Freiberg wurde, wie anderorts, ein Sportfest gegründet. Abrechnungen über die Lichtbildvorträge sollen die Gruppenoffiziere umgehend an den Bezirkskassierer abgeben lassen. Zur Kreisfestspiele in Chemnitz wurden Paul, Dornmann und Kreyßmar gewählt. Am 6. Juni findet Vorkommen für Turner und Turnerinnen statt. Näheres ergibt durch Bezirksmitteilungen an die Vereine. Der Turnwarttagung am 31. Oktober, 1. und 2. November findet in Klein-

naumbach statt. Sämtliche Turnwarte müssen dabei selbst vertreten sein. — Nächste Sitzung am 24. August. (Eing. 21./4.)

Kreischa. In einer vom Gewerkschaftsrat Angeln und Umgegen einberufenen Gewerkschaftsversammlung referierte am 19. April im Gericht zu Kreischa Genosse Paul Richter über das Thema: „Die neuesten Angriffe der Reaktion auf das Koalitionsrecht der Arbeiter“. Der Versuch der Versammlung war ein zufriedener, daß angesichts dieses interessanten und lehrreichen Vortrages der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt sein sollte. Der Vortragende erstuchte die Anwesenden, für besseren Besuch späterer Versammlungen zu sorgen. Nach einem Appell an die Anwesenden, mit Arbeitsfreude an dem weiteren Ausbau der Organisation in diesem ländlichen Bezirk tätig zu sein, wurde die interessante Versammlung geschlossen. (Eing. am 23./4.)

6. Kreis, 4. Bezirk. (Gruppenversammlung vom 19. April in der Goldenen Krone in Bötzschen.) Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte über die vorgeschlagene Tagesordnung wurden Änderungsanträge zu derselben abgelehnt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ergriffen die Anwesenden die im Berichtsjahre verstorbenen Mitglieder. Darauf gab Genosse Schneider den Jahresbericht; da er im Berichtsjahre verstorben ist, erwiderte er sich, dies näher zu berichten. Genosse Donat erklärte im Namen der Kreischa, daß Wähler und Wähler in Ordnung befanden worden sind, und stellte Antrag auf Entlassung. Dem wurde einstimmig zugestimmt. Beim Zeitungskommissionsbericht wurde die erzielte Ausführung des Lokalredakteurs an unserer Zeitung besprochen. Unter Punkt 3 wandte sich Genosse Schneider gegen die Ausführungen des Genossen Winter in der am 15. April stattgefundenen Rinderstufungskommission. Genosse Winter behauptete sich dagegen, Verdächtigungen gegen den Genossen Schneider dort ausgesprochen zu haben; er habe nur den Bericht der Zentrale gegeben, nach dem die Genossen W. Schneider Anschuldigungen gegen den Berichtsjahre erhebt. Nach einhelligem Beschluß wurde ein Schlichtungsantrag gegen zwei Stimmen angenommen. Bei der Organisationswahl der Zeitungskommission wurde Genosse Decker gewählt, da man annimmt, daß er die Meinung des Bezirks vertreten hat. Zur Landesversammlung wurden Genosse Winter und Genossin Weitz und zum Interdisziplinärs die Genossinnen Weitz und Bötzsch vorgeschlagen. Zum Schluss wurde noch zu reger Beteiligung an der Waisler aufgerufen. (Eing. 23./4.)

6. Kreis, Bezirk Gauen. (Landesversammlung am 19. April im Plauenischen Hof.) Genosse Busch hielt einen sehr interessanten Vortrag über: „Einnahme und Ausgabe im Arbeiterhaushalt“. Den Jahresbericht erstattete Genosse Winter. Statistiken haben 9 Verwaltungsverfassungen, 2 Frauenvereine und 2 Arbeitervereine und 58 weibliche auf 542. Es wurde eine Zunahme von 24 weiblichen Mitgliedern erzielt. Es fanden 4 Flugblattverbreitungen und eine Zeitungs- und Mitgliedererogation statt. Bei der Neuwahl der Bezirksverwaltung wurden die bisherigen Genossen wiedergewählt. Genosse Winter führte aus, daß es auch in diesem Berichtsjahre darin nicht gelungen sei und wir mit den Erfolgen zufrieden sein könnten. Es sollten aber die Parteigenossen nicht glauben, daß es nun keine Arbeit mehr zu leisten gebe, sondern auch im kommenden Jahre recht reger mitarbeiten. Auch in Gauen gibt es noch einen ganzen Teil gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, die noch nicht Mitglieder der Partei sind und auch noch nicht Leiter der Dresdner Volkszeitung sind; diese müssen gewonnen werden. Auch eine größere Beteiligung besonders am Flugblatttragen sei dringend erwünscht. Genosse Braune gibt Bericht vom Bürgerkomitee. Es wurden im Bezirk Plauen 38 Personen zu Wählern gemacht, davon waren 22 Sachjen und 16 andere Staatsangehörige. Aus der Kreisvorstandsprüfung berichtete Genosse Graf. Die Ansetzung, einen Kandidaten in der Sitzung einzuführen, fand Zustimmung. In die Zeitungskommission wurde Genosse Decker-Winter in Vorschlag gebracht. Unter Vorbehalt wurde Genosse Bruno Winter am dem nächsten Sonntagabend, den 26. April, stattgefundenen Landabend hingemeldet und zum reger Beteiligung aufgerufen. Genosse Graf bewies die Anwesenden nochmals auf die Waisler. Der Bezirk Plauen nimmt Teil an dem Waisler nach der Waislerstraße 34; Waislerstr. 1 Uhr. Es ist Pflicht aller Genossen und Gewerkschaftler, sich an dem Festzug zu beteiligen und sich auch an dem bekannt gemachten Spielplätzen, wo sie gehören, zu sammeln. Genosse Hängler forderte die Genossinnen und Genossen auf, ihre schätzenswerten Kinder in das Jugendheim nach Plauen zu betreiben. Dort ist den jungen Leuten ein angenehmer Aufenthalt geboten und

auch die nötige Aufsicht von erwachsenen Personen vorhanden. Dieses Jugendheim ist jeden Sonntag von 4 bis 9 Uhr und Mittwoch von 8 1/2 bis 10 Uhr abends geöffnet. (Eing. 22./4.)

6. Kreis, 20. Bezirk. In der Jahresversammlung, die am 10. April im Restaurant Rodiger Ecke Ratsplatz, hielt Genosse Witzke den vierten Vortrag über: „Die ärgerlichen Parteien“. Eingang der Versammlung wurde der Wunsch laut, die noch kommenden Vorträge kürzer zu halten wie die vorhergehenden. Genosse Witzke entsprach diesem Wunsch. Der Vortragende gab bekannt, daß das neue Geschäftsjahr mit dem 1. April beginnt und die nächste Landesversammlung am 22. bis 24. Juni stattfindet. Als Delegierter wurde Genosse Waltherr vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Dann gab Genosse Waltherr den Geschäftsbericht und gedachte zunächst der verstorbenen Genossen. Die Versammlung ehrte sie durch Erheben ein recht ruhiges gewesen sei und rügte die flüchtige Beteiligung am Flugblatttragen. Im verstorbenen Jahr ist die Mitgliederzahl von 553 auf 599 gestiegen. Mitgliederbestimmungen haben 7 stattgefunden, eine Parteiverammlung fand in Plau, eine öffentliche Frauenversammlung in Plauen statt, die recht gut besucht war, und wo nach dem Vortrag der Genossin Bötzsch 22 Maßnahmen zu verzeichnen waren. Gemeinderatswahl fand in Plau statt, bei der Genosse Witzke in der ersten Klasse der Umanitätsfragen unterlag. Die Beiträge auf das letzte 1/4 Jahr betragen 2146,10 M., im Vorjahr 2510,90 M., pro Mitglied 56 1/2 M., im Vorjahr 59 M., die Beitragsbeiträge betragen 150,80 M., außerdem wurden 80 M. von Helfschichten und 20 M. von einem Wirt im Bezirk vereinnahmt. Genosse Witzke den Antrag auf Entlassung, der einstimmig angenommen wurde. In der Debatte wurde noch manche Anregung gegeben betreffs des minimalen Versammlungsbesuchs; auch wurden die Zimmerer erwähnt, die in unserem Bezirk wohnen und immer mit ihrer Abwesenheit in den Versammlungen und bei der sonstigen Parteiarbeit glänzen. Bei den Neuwahlen der Bezirkverwaltung wurden die bisherigen Genossen wiedergewählt mit Ausnahme eines Weitz und Waltherr forderten noch auf, im neuen Geschäftsjahre alles daran zu setzen, um unsere Sache zu fördern, und dankte allen Genossen für die geleistete Parteiarbeit im verstorbenen Geschäftsjahr. (Eing. am 23./4.)

6. Kreis, Bezirk Gotta. In der am 17. April stattgefundenen Mitgliederversammlung sprach Genosse Grösch über das Thema: „Aus dem wozu denkwürdigen Wetterwinkel“. Seine interessanten Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. Den Bericht aus dem Kreisverband brachte Genosse Witzke zur Kenntnis. Als Mitglied der Zeitungskommission wurde Genosse Hermann Naumann-Gotta gewählt. Zu einem Bildungsbüro der Genossin Gradnauer wurden zwei Genossinnen delegiert. Zur Landesversammlung wurden Genosse Witzke und Genossin Witzke vorgeschlagen. Genosse Schneider erstuchte um zahlreichem Besuch des Kongresses der Stockholmer Arbeiterkongress; den gleichen Wunsch Genosse Witzke für die ständige Unterfertigung der Arbeiterturner. Groß sei die Zahl der Kinder, die Eltern die Schule verlassen haben, aber immer noch suchen diese Arbeiterkinder in ärgerlichen Vereinen unterkommen. Die Versammlung erstuchte weiter, einen Antrag Gotta-Stein zu unterstützen, der die Abhaltung eines Festes des Genossen Witzke verlangt. Die Genossen Naumann und Witzke behandelten einen Fall der Rinderstufungskommission und mochten dabei, keine Vergehen der Rinder den Vereinen mitzuteilen. Der Besuch der Mitgliederbestimmungen muß in letzter Zeit ein recht schlechter genannt werden. Es wäre zu wünschen, daß die Genossen den Arbeiten der Partei ein größeres Interesse entgegenbrächten.

Kontanzengloß 11 zur Täglich 8.30 Uhr

Lymians Thalia-Theater Str. 6 u. 7

Dresden, Götlicher Str. 6 teleph. 4890

Sonntag 3 Vorstellungen: Um 11, 4 u. 8 Uhr. Zum Frühstücken 20 u. 80 Pf. Entree. Donnerst.: „Bismarck“.

Vorzugsf. Wode u. Gount. nachg. gültig.

TADELLOS

ist die

Jasmatzi-Dubec

2 1/2 Pfg.

CIGARETTE

Nur echt in der ges. gesch. Packung mit dem Tabakblatt

GEORG A. JASMATZI A.G.

DRESDEN

Grösste Deutsche Cigarettenfabrik

Herren

welche Wert auf elegante Garderobe legen, bietet sich Gelegenheit, in der

„Blitz“

Reinigungsanstalt

Schloßstraße 4, I.

sich mit gebrauchter, moderner Kleidung zu versehen. Es bieten sich für jedermann große Vorteile, da sich diese Garderoben durch besonders gute Verarbeitung u. tadelloser Sitz auszeichnen. Wir empfehlen

chemisch gereinigte Maß-Anzüge 10, 15, 20 M. usw.

Maß-Paletots 8, 12, 18 M. usw. und neue Garderoben.

„Blitz“ Reinigungsanstalt

Schloßstraße 4, I. neben Café Central.

Billig und gut!

Heidelbeerwein

8 Liter 2.75 M.
10 Liter 3.25 M.

Johannisbeerwein

8 Liter 3.25 M.
10 Liter 3.75 M. [K 83]

Joseph Jurasko

Weinhandlung u. Biersfabrik
Freiburger Platz 24.

Kleian's

Puddingpulver.

Staatssekretär Dr. Wulff: Der Abg. Frank hat gesagt, daß ein tiefes Mißtrauen im Volke gegen die Regierung bestehe, und daß man nicht das Vertrauen hätte, daß eine von der Regierung eingesetzte Kommission unpartisanisch arbeiten könne.

Abg. Ledebauer (Soz.): Wenn auf Antrag unserer Partei über andere Parteien die Frage der eiblichen Vernehmung durch eine Kommission prinzipiell geregelt wird, dann dürfen wir der Zustimmung des Abg. Spahn und seiner Reaktion hoffentlich sicher sein.

Abg. Ledebauer (Soz.): Wenn auf Antrag unserer Partei über andere Parteien die Frage der eiblichen Vernehmung durch eine Kommission prinzipiell geregelt wird, dann dürfen wir der Zustimmung des Abg. Spahn und seiner Reaktion hoffentlich sicher sein.

Abg. Ledebauer (Soz.): Wenn auf Antrag unserer Partei über andere Parteien die Frage der eiblichen Vernehmung durch eine Kommission prinzipiell geregelt wird, dann dürfen wir der Zustimmung des Abg. Spahn und seiner Reaktion hoffentlich sicher sein.

Abg. Ledebauer (Soz.): Wenn auf Antrag unserer Partei über andere Parteien die Frage der eiblichen Vernehmung durch eine Kommission prinzipiell geregelt wird, dann dürfen wir der Zustimmung des Abg. Spahn und seiner Reaktion hoffentlich sicher sein.

6. Kreis, 4. Bezirk. (Ordnungsversammlung vom 19. April in der Goldenen Krone in Böhschen.) Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte über die vorgeschlagene Tagesordnung wurden Änderungsanträge zu demselben abgelehnt.

6. Kreis, 4. Bezirk. (Ordnungsversammlung vom 19. April in der Goldenen Krone in Böhschen.) Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte über die vorgeschlagene Tagesordnung wurden Änderungsanträge zu demselben abgelehnt.

6. Kreis, 4. Bezirk. (Ordnungsversammlung vom 19. April in der Goldenen Krone in Böhschen.) Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte über die vorgeschlagene Tagesordnung wurden Änderungsanträge zu demselben abgelehnt.

6. Kreis, 4. Bezirk. (Ordnungsversammlung vom 19. April in der Goldenen Krone in Böhschen.) Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte über die vorgeschlagene Tagesordnung wurden Änderungsanträge zu demselben abgelehnt.

und die übrige Aussicht von etwa 100 Personen vorhanden. Die Tagungsbüro ist jeden Sonntag von 4 bis 9 Uhr und Mittwoch von 8 1/2 bis 10 Uhr abends geöffnet. (Eing. 21./4.)

6. Kreis, 20. Bezirk. In der Jahresversammlung, die am 19. April im Restaurant Metzger'sche im Seebad, hielt Genosse Richter den vierten Vortrag über: „Die ästhetischen Parteien“.

6. Kreis, 20. Bezirk. In der Jahresversammlung, die am 19. April im Restaurant Metzger'sche im Seebad, hielt Genosse Richter den vierten Vortrag über: „Die ästhetischen Parteien“.

6. Kreis, 20. Bezirk. In der Jahresversammlung, die am 19. April im Restaurant Metzger'sche im Seebad, hielt Genosse Richter den vierten Vortrag über: „Die ästhetischen Parteien“.

Unter Ablehnung der sozialdemokratischen Entwürfe wird die Resolution der Budgetkommission angenommen.

Veranstaltungen.

Arbeiterturner. Der Bezirksrat hielt am Sonntag den 20. April seine zweite diesjährige Sitzung ab. Der Bezirksvertreter gab unter Mitteilungen die Antwort des Dresdner Stadtrats auf das Gesuch um Ueberlassung der Schulturnhalle für Erhaltung eines Turnwartelganges, sowie die Behandlung des Gesuchs um Ueberlassung der Schulturnhalle zum Vereinturnen, das in der letzten Stadtratssitzung zur Beratung kam.

Abg. Ledebauer (Soz.): Wenn auf Antrag unserer Partei über andere Parteien die Frage der eiblichen Vernehmung durch eine Kommission prinzipiell geregelt wird, dann dürfen wir der Zustimmung des Abg. Spahn und seiner Reaktion hoffentlich sicher sein.

Veranstaltungen.

Arbeiterturner. Der Bezirksrat hielt am Sonntag den 20. April seine zweite diesjährige Sitzung ab. Der Bezirksvertreter gab unter Mitteilungen die Antwort des Dresdner Stadtrats auf das Gesuch um Ueberlassung der Schulturnhalle für Erhaltung eines Turnwartelganges, sowie die Behandlung des Gesuchs um Ueberlassung der Schulturnhalle zum Vereinturnen, das in der letzten Stadtratssitzung zur Beratung kam.

Abg. Ledebauer (Soz.): Wenn auf Antrag unserer Partei über andere Parteien die Frage der eiblichen Vernehmung durch eine Kommission prinzipiell geregelt wird, dann dürfen wir der Zustimmung des Abg. Spahn und seiner Reaktion hoffentlich sicher sein.

Veranstaltungen.

Arbeiterturner. Der Bezirksrat hielt am Sonntag den 20. April seine zweite diesjährige Sitzung ab. Der Bezirksvertreter gab unter Mitteilungen die Antwort des Dresdner Stadtrats auf das Gesuch um Ueberlassung der Schulturnhalle für Erhaltung eines Turnwartelganges, sowie die Behandlung des Gesuchs um Ueberlassung der Schulturnhalle zum Vereinturnen, das in der letzten Stadtratssitzung zur Beratung kam.

Advertisement for Tadellos Jasmatzi-Dubec Cigarettes, featuring the brand name in a stylized font and the manufacturer's name, Georg A. Jasmatzi A.G. Dresden.

Advertisement for Herren cleaning and tailoring services, listing 'Reinigungsanstalt Schloßstraße 4, I.' and 'Blitz-Reinigungsanstalt Schloßstraße 4, I. neben Café Central.' Also includes 'Billig und gut! Heidebeerwein' and 'Joseph Juraske'.

Leben • Wissen • Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 93

Dresden 24. April

1913

Elektrizität direkt aus Kohle

Das Problem, die Energie der Braunkohle unmittelbar in elektrische Energie umzuwandeln, ist die Weltöffentlichkeit und auch die deutsche Öffentlichkeit durch die in den letzten Jahren erschienenen Erzeugnisse der Kraftwerke der Braunkohle sehr beschäftigt. Die Umwandlung der Braunkohle in elektrische Energie ist ein Problem, das sich in den letzten Jahren sehr stark gelöst hat. Die Umwandlung der Braunkohle in elektrische Energie ist ein Problem, das sich in den letzten Jahren sehr stark gelöst hat. Die Umwandlung der Braunkohle in elektrische Energie ist ein Problem, das sich in den letzten Jahren sehr stark gelöst hat.

Die Umwandlung der Braunkohle in elektrische Energie ist ein Problem, das sich in den letzten Jahren sehr stark gelöst hat. Die Umwandlung der Braunkohle in elektrische Energie ist ein Problem, das sich in den letzten Jahren sehr stark gelöst hat. Die Umwandlung der Braunkohle in elektrische Energie ist ein Problem, das sich in den letzten Jahren sehr stark gelöst hat.

Zeitchriften

Die Sozialistische Monatshefte, herausgegeben von Dr. J. Bloch, erscheint in Berlin 11, Friedrichstraße 121b, jeden Monat das 8. und 15. des Monats. Der Inhalt ist sehr reichhaltig und umfasst die verschiedensten Gebiete der Sozialwissenschaft. Die Monatshefte sind ein wertvolles Organ für die sozialistische Bewegung.

Die Monatshefte sind ein wertvolles Organ für die sozialistische Bewegung. Sie behandeln die verschiedensten Gebiete der Sozialwissenschaft und sind ein wertvolles Organ für die sozialistische Bewegung.

Dresdner Kalender

Der Dresdner Kalender für das Jahr 1913 ist ein wertvolles Organ für die Bevölkerung. Er enthält die verschiedensten Informationen über die Stadt Dresden und die Provinz Sachsen. Der Kalender ist ein wertvolles Organ für die Bevölkerung.

Der Dresdner Kalender für das Jahr 1913 ist ein wertvolles Organ für die Bevölkerung. Er enthält die verschiedensten Informationen über die Stadt Dresden und die Provinz Sachsen. Der Kalender ist ein wertvolles Organ für die Bevölkerung.

Jugend-Bildungsverein von Dresden u. Umgegend

Der Jugend-Bildungsverein von Dresden u. Umgegend ist ein wertvolles Organ für die Jugend. Er bietet die verschiedensten Bildungsangebote für die Jugend. Der Verein ist ein wertvolles Organ für die Jugend.

Geistliche

Die Geistlichen sind ein wertvolles Organ für die Bevölkerung. Sie behandeln die verschiedensten Gebiete der Religion und der Moral. Die Geistlichen sind ein wertvolles Organ für die Bevölkerung.

Die Geistlichen sind ein wertvolles Organ für die Bevölkerung. Sie behandeln die verschiedensten Gebiete der Religion und der Moral. Die Geistlichen sind ein wertvolles Organ für die Bevölkerung.

Wichtige Mitteilungen

Die Wichtige Mitteilungen sind ein wertvolles Organ für die Bevölkerung. Sie behandeln die verschiedensten Gebiete der Politik und der Wirtschaft. Die Wichtige Mitteilungen sind ein wertvolles Organ für die Bevölkerung.

Die Wichtige Mitteilungen sind ein wertvolles Organ für die Bevölkerung. Sie behandeln die verschiedensten Gebiete der Politik und der Wirtschaft. Die Wichtige Mitteilungen sind ein wertvolles Organ für die Bevölkerung.

